

Ercheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Illustr. Sonntags-Beilage "Neue Welt" 10 Pf. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Einzelte in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1895 unter Nr. 7124.

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgepaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verleger: Just 1, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 29. März 1895.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Kunst und Polizeistaat.

Aus Künstlerkreisen wird uns geschrieben: Die offiziellen Vertreter der Wissenschaft und die „Bachträger der Wissenschaft“, wie Lassalle einst die Buchhändler benannt hat, haben sich zu Protesten gegen die Strangulierung ihres Geistes und Erwerbes durch die Umsturzgesetze aufgerafft. Jetzt regen sich auch die Kräfte einer anderen „sozialen Funktion“, als welche der brave Demokrat Ludwig Pfau die Kunst bezeichnete.

Das wohl derzeit führende Organ auf diesem Gebiet „Der Kunstwart“, hat in seiner Berliner Beilage das Wort ergriffen, um zu zeigen, daß auch die bildenden Künste von der Reaktion mit Stangen und Spießen von Bütteln und Staatsanwälten bedroht zu werden sich gefast machen dürfen.

Im Polizei- und Militärstaat führen ja die Künste überhaupt nur ein geduldetes Dasein, wobei sogar ihre volkswirtschaftliche Bedeutung, rein materiell betrachtet, durchaus nicht erkannt wird. Für die gemüthlichen und ethischen Momente erwartet man in Ländern, wo der Säbel und der Geldsack alles prostituiert, ja gar keine Rücksicht. Man weiß, daß echte Kunst ihr Lebenselement nur in der Freiheit findet und diese wiederum fördert; aber gerade das können Säbel und Geldsack nicht dulden, weil es dann mit ihren Privilegien bald Mathäi am letzten sein muß. Kapitalismus und Militarismus sind Kulturfeindlich, folglich auch Kunstfeindlich.

Vorbildlich ist es für den Staat Preußen, daß Windelmann, der Begründer einer Kunstwissenschaft, dies im preussischen Staate nicht werden konnte, sondern ebenso wie Herder und andere „große Preußen“ ihrem Vaterland den Rücken kehrten, um ihre kulturgeschichtlichen Sendungen erfüllen zu können.

In Sparta haben die Mufen nichts zu suchen, klagte Windelmann mit sehr deutlicher Spitze gegen seinen Heimathstaat, der allzeit nur militärische Machtworte verfolgte, im günstigsten Falle die Nutzbarkeit des Volkes steigerte, wie etwa der Viehhändler seine Heerden hegt und nährt, um Milch, Wolle, Leder, Fleisch, Leim u. s. w. zu erzielen.

Die neueste Zeit hat darin nichts geändert, Berlin ist der Sitz des preussischen Königs, der Präsident des Bundes der deutschen Fürsten und oberster Kriegsherr der deutschen Streitkräfte — eine Hauptstadt deutscher Kunst ist es nicht.

Die außerpreussischen Interessenten und Kenner der bildenden Kunst nun sehen in der Umsturzvorlage ein echt

preussisches Gewächs, das entschiedene Gefahren für das allgemeine deutsche Kunstleben im Gefolge haben muß, falls die russisch-tatarischen Bestimmungen dieses Katerklats von Gesehentwurf Rechtskraft erlangen sollten.

Darum heißt es mit recht in dem angezogenen Artikel des „Kunstwartes“: „Nicht alle Bestimmungen der Vorlage berühren unmittelbar diejenigen Kreise, an die diese Zeitschrift sich wendet; aber alle athmen jenen Geist der Reaktion, gegen den Front zu machen als Pflicht jedes freien Künstlers erscheint.“

Da wird denn zunächst der famose Zusatz besprochen, den die Vorlage zu § 111a des Strafgesetzbuches gemacht wissen will, der das Anpreisen oder „Als-erlaubt-hinstellen“ von gewissen Vergehen unter exorbitante Strafen stellt. Ueber diesen Zusatz heißt es am angeführten Orte:

„Dieser Paragraph kann nur demjenigen harmlos erscheinen, der die Klippen zünftiger Jurisprudenz nicht kennt. Sollte man dem Staate — so mühte man auf den ersten Blick fragen — nicht das Recht zugestehen, sich gegen denjenigen zu wehren, der den zur Sicherheit seiner Bürger aufgestellten Strafschutz auf diese Weise zu beseitigen bestrebt ist? Wer aber weiß, was oft in der Hand von Staatsanwälten und Richtern — ohne daß ihnen der Vorwurf der Böswilligkeit zu machen wäre, sondern lediglich der, daß sie eben auch nur fehlbare Menschen sind — aus den Ausdrücken unserer deutschen Sprache geworden ist, welche Aus- und Unterlegungen vorgelommen sind, der wird mit uns erklären müssen: Weg mit diesem Paragraphen! Wer es erfahren hat, was allmählich aus unserm Anpreisungsparagraphen geworden ist, wer es erfahren hat, wann z. B. es dem Staatsanwalt beliebte, wegen vorliegenden öffentlichen Interesses bei Verleumdungen einzuschreiten und wann nicht, der weiß auch, daß dieser § 111a genügt, um jede freie Kritik zu unterdrücken.“

An der Hand der famosen „Motive“, der sogenannten Begründungen zu den lassalibischen Gesehsvorschlägen wird dargelegt, daß es gefährlich sei, wie z. B. der Maler Kaufmann gelhan, die Freisprechung der Ehebrecherin durch Christus zu malen und anzustellen, obgleich schon auf der Schule an der Hand der Bibel mächtig viel Umsturz gepredigt werde.

Das Große, das Neue komme selten geschritten auf der glatten Landstraße der Gesehmäßigkeit, und selbst, was für das Unantastbarste, Heiligste gelte, die christliche Religion und ihre Stiftung wäre straffällig gewesen, wenn es damals Gesehe nach Art der Umsturzvorlage gegeben hätte. Ebenso können auch natürlich die Reformation und ihre „Helden“ — Joachim u. s. w., schlecht weg bei solcher Praxis! —

Der Zusatz zu § 126 führe einen ganz neuen Begriff in die Strafgesetgebung ein, das „Einwirken auf den Umsturz der betreffenden Staatsordnung“. Nun, wir haben

ja seit der Zeit der Demagogenheben der 20er, 30er und 40er Jahre erstaunliche Fortschritte gemacht, bis wir zu Bestimmungen gelangten, die sprachlich monströs ausgedrückt werden müssen: Versuchter Versuch des versuchten Versuchs zum Versuch des Hochverraths u. s. w. Wir sind eben das Volk der Denker, und die strafrecht-ausschweifenden Denker suchen und suchen von je diesen Ruhmestitel deutscher Nation immer frisch und grün zu erhalten.

Gegen den Zusatz zu § 130, der strafgeselliche Dornenbuden um Religion, Monarchie, Ehe, Familie und Eigenthum ziehen soll, um diese Institutionen gegen Beschimpfung zu schützen, wenden sich folgende Sätze:

Gegenüber der Fassung dieser neuen Strafbestimmung weiß man wirklich nicht: soll man mehr staunen über die Unbefangenheit, mit der hier Begriffe als feststehend angenommen werden, deren Grenzen die Philosophie seit Jahrtausenden vergeblich zu fixiren bemüht war, oder soll man schärfer den Mahnruf ertönen lassen: Wachtet auf! Euer bestes Können ist in Gefahr, unterdrückt zu werden.

Was ist Religion? Welche ist gemeint? In einer Zeit, wo jeder ernste Mann sich sein eigenes Glaubensbekenntnis aufbaut! Und ist denn die Ehe noch immer, selbst in protestantischen Landen, ein Sakrament und nicht vielmehr eine menschliche Einrichtung?

Aber auch das Eigenthum soll als solches heiligen Schutz genießen. Es ist gleichgiltig, wie du es dir erworben hast; ob du es ergrannert, erworben hast, das Eigenthum ist heilig — jenes Eigenthum, welches die Grundlage des Reichthums ist, von dem Christus predigt, es gehe eher ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel komme.

Der kunstsinige Kritiker der Gesehsvorlage kommt zu dem Schlusse, daß man mit dieser Erweiterung des § 130 in der Hand jede freie That bedrohe, auf welchem Gebiete der Kunst sie auch immer erfolgt sein mag. Er hebt auch gebührend hervor, daß die Vorlage von neuem eine Schranke zwischen der breiten Masse des Volkes und den sogenannten Gebildeten aufrechten wolle.

Und die „Staatszerhaltenden“ phantastiren fortwährend von „Versöhnung der Gegensätze, Ausfüllung und Ueberbrückung der Kluft, Harmonie der Interessen“, und wie die schönen Sächelchen alle heißen!

Alle Künstler, Kunsthandwerker, Kunstindustriellen, Kunstkonumenten und Kunstfreunde, alle, alle haben wir, wenn uns Künste und Kunstpflege noch irgend etwas mehr als Heluba, als Firtelanz sind, dringende Ursache, gegen Einführung der neuen Denkergeräthe gegen die Kunst, die nichts ist als „Arbeit in höchster Potenz“, zu protestiren aus allen Kräften.

Feuilleton.

[Nachdruck verboten.]

In Code geht!

Eine Erzählung nach dem Leben von Franz Delb.

„Mit Gewalt kannst Du das nicht durchsetzen. Wir werden ihm Miethsentschädigung zahlen müssen.“

„Meinst Du? hm —“

Seine schäumende Wuth wurde durch diesen Gedanken bedeutend abgekühlt.

Es ist immer noch besser, als daß er uns das Doppelte und Dreifache stiehlt und verdirbt, fuhr die Frau fort. Wir müssen auf jeden Fall endgiltig mit ihm auseinander kommen.“

Zu dieser Nachgiebigkeit um jeden Preis war sie auch noch durch andere Gründe gekommen. Das Schlimmste hatte sie ihrem Mann noch gar nicht erzählt — denn sie konnte seinen Jähzorn.

Kendelmann, anfänglich die Grobheit selbst, war später nur noch in Gegenwart seiner Frau unverschämte gegen Frau Schwarz gewesen.

„Weshalb müssen wir uns denn streiten?“ hatte er unter vier Augen zu ihr gesagt. „Wo Ihr Mann doch für ein paar Wochen fort ist — wir könnten so schön mit einander auskommen —“

Und seine Kimmladen hatten leise gebebt, wie er so vor ihr stand.

Bei Tage sah er sie mit glimmenden Augen an, wie ein Wolf. Und als er sie einmal spät abends in der Nähe des Bühnenfalls allein traf, hatte er sie kurzweg um die Hüften gepackt und an's Herz drücken wollen. Aber die kräftige Frau verabreichte ihm esse so nachdrückliche Ohrfeige, daß seine Nase stark zu bluten anfing. Er ließ sie los, suchte — und wagte keinen zweiten derartigen Versuch mehr.

Es ist übrigens kein Wunder (sagte sich Frau Schwarz), daß er mit seinem spindelhären Gestell von Ehegespons nicht zufrieden ist. Aber wie kann er sich da erdreisten, gerade auf mich zu verfallen? Der — alte Ruffnacker der!!“

Schwarz kam nach zwei Tagen, während deren er sieberhaft, sogar Nachts durch, gearbeitet und so das nöthigste für ein paar Tage im voraus erledigt hatte, auf sein Gut zurück.

Inzwischen hatten sich die beiden Frauen wieder weiter gezankt, daß alle Köpfe in der Küche wackelten und klirrten. Frau Kendelmann, der es nicht entgangen war, daß ihr Mann ein Auge auf Frau Schwarz habe (sie konnte seine Wüstlingsnatur von seinen häufigen Attentaten auf ihre Dienstmädchen her, und bedauerte ihn deshalb beständig). Die Verschmähte suchte ihre Wuth gegen ihre Nebenbuhlerin auf jede Art und Weise anzulassen. Sie schüttete der Gottliebe das Waschlaf mit Blau um, als ob es zu fällig geschehen wäre — beanspruchte die Waschlüche die ganze Zeit über für sich allein, so daß ihre ältesten und schon auf den Aussterbe-Etat gesetzten Handtücher und Bettüberzüge sich einer gründlichen Verjüngungskur zu erfreuen hatten — füllte den Holz Keller mit ganzen Wäldern an, daß für das Holz der anderen kein Platz blieb — wollte die Reinigung des gemeinsamen Hausflurs der Gottliebe aufbürden, die sie einer an gewisse, nahrhafte Vorleserhiere gemahnenden Unsauberkeit zick — ließ endlich (als kräftigsten Trumpf!) das Schweinefutter von ihrem Knecht in den Brunnen-Trog schütten, so daß dessen Wasser auf längere Zeit für die feindlichen Kühe und Pferde ungenießbar wurde — und schuldiger Chikanen noch unzählige, wie sie nur ein erbostes Nachbarinnengemüth zu erfinden weiß.

Nun war Schwarz plötzlich wieder da!

Es gab einen sehr heftigen Streit zwischen den beiden Männern. Schließlich warf Schwarz dem Kendelmann die Beschuldigung direkt ins Gesicht, er habe ihm so und so viel Getreide vom Speicher gestohlen.

„Jawohl, gestohlen!“

Kendelmann wollte statt aller Antwort auf ihn loschlagen. Zum Glück fiel ihm seine Frau in den Arm, weil sie die Dinge denn doch nicht bis zu Mord und Todschlag getrieben sehen mochte.

Der Beschuldigte erklärte leuchtend, mit einem Menschen, der ihn derartig beleidige, wolle er keine Stunde mehr zusammen wohnen. Da sei man ja seines Lebens nicht mehr sicher!

„Da thun Sie gut dran!“ eiferte Frau Schwarz. Wir sind froh, wenn wir Sie erst heraus haben. Sie wissen schon, weshalb.“

Kendelmann verstummte und warf einen scheuen Blick auf seine Frau.

„Ja, gut!“ leiste diese, wir ziehen noch heute! Mit so einem Gesindel zusammen kann's ja die Sanftmuth selbst nicht aushalten!“

„Raus! Raus!“ brüllte Schwarz mit erhobener Faust.

Die Knechte und Mägde lugten neugierig und hämisch hinter allen Ecken des Hofes hervor.

„Schmeißt sie raus“, wandte sich ihr Herr an die Hausfrau zurück. Aber seine Frau winkte dem Gesindel ab.

„Sie müssen mir die Miethe, die ich hier nicht abwohnen kann, in Geld vergüten!“ schrie Kendelmann, während er sich zum Gehen wandte.

„Das thu' ich gern, wenn ich damit mein Haus von Ungeziefen säubern kann.“

„Was? Ungeziefen? Und vorher Dieb? Ich verklage Sie wegen Verleumdung, Sie gemeiner Keul!“

„Und ich Sie wegen Brandstiftung und Diebstahl!“

„Sie sind ein ganz schmieriger Verleumder!“

„Und Sie sind ein Erzpöhbube, ein Gallunke und Filou!“

In diesem Tone ging es noch einige Zeit weiter, bis beide Parteien nicht mehr konnten. Ja, als nach drei Tagen die Familie Kendelmann wirklich mit Sad und Bad abzog, wurde das „Klingende Spiel“ des Gezänks womöglich noch lauter, denn Kendelmann nahm allerlei Geräthschaften mit, die ihm nicht gehörten. Und Schwarz, wie er das entdeckte, ließ sich von Thätlichkeiten nur durch die dringenden Vorstellungen seiner Frau abhalten. Sie hätte ein genaues Verzeichniß von allem gemacht, was sie mit auf den Hof brachten. Und sie könne vor Gericht beweisen, daß Kendelmann dies und jenes direkt gestohlen habe. „Laß Dich nicht in eine Prügelei ein, schloß sie, wo Du ja doch alles durch's Gericht zurückbekommen wirst!“

„Ach was!“ meinte Schwarz, als der Kendelmann'sche hochgepackte Möbelwagen an der Biegung der rothbraunen sonnenleuchtenden Landstraße hinter der dichtbeschnitten Erlemböschung verschwunden war. „Wenn ihn die paar

Politische Uebersicht.

Berlin, 28. März.

Aus dem Reichstage. Die Volksvertreter hatten heute die Aufgabe, innerhalb weniger Stunden diverse hundert Millionen Mark zu bewilligen. Position um Position wurde verlesen, ohne daß einer der verhältnismäßig zahlreich anwesenden Abgeordneten hinzörte, um was es sich handelte.

Zu Beginn der Sitzung und vorher schon erwähnte man sich allerhand Geschichten über neueste Beschlüsse der Regierung, darunter auch die Mitteilung, daß der Reichstag, nach Bewilligung des Etats, bis zum nächsten Herbst vertagt werden soll. Andere wieder wollten wissen, daß keine Vertagung, wohl aber die Auflösung beschlossen sei.

Alle diese Gerüchte erweisen sich als Phantasiegebilde. Die Regierung denkt weder an Vertagung noch Auflösung, sondern sie gedenkt, wie der Minister von Bötticher dem Hause versicherte, nach Ostern noch recht lange mit demselben zusammen zu tagen.

Das Geschwindigkeits-Marschtempo, mit dem die dritte Lesung des Etats heute durchgepeitscht wurde, verhinderte es, daß irgend eine eingehendere Debatte stattfinden konnte. Unsere Genossen Bebel und Vollmar begnügten sich deshalb, Anzuspinnungen der Herren Hofstaedter und Müller (Dortmund) kurz zurückzuweisen, während auf eine Anfrage des Abgeordneten Meyerger, wie es um die lange versprochene Reform der See-manns-Ordnung stehe, vom Bundesratsmitglied aus die Antwort wurde, daß die Angelegenheit eine Bundesrats-Kommission beschäfte.

Beim Justizetat machte Abg. Gerisch den Versuch, die sächsischen Polizei- und Gerichtspraktiken zur Sprache zu bringen; das Haus war aber so unruhig, daß die scharfen Angriffe unseres Genossen das Ohr der ferneren Stehenden nicht erreichen konnten.

Die Affäre Althardt kontra Kardorff fand dadurch ihre Erledigung, daß festgestellt wurde, daß Althardt wieder einmal gesteuert hat.

Auf Antrag aus dem Hause kommt morgen der Antrag Kanitz auf die Tagesordnung. Darüber wird man sich morgen und Sonnabend unterhalten und dann über Ostern zu Muttern nach Hause gehen.

Im Abgeordnetenhaus kam heute bald nach Beginn der Sitzung die Interpellation der Abgeordneten v. Pflüg und v. Meubel-Steinfeld zur Debatte, ob die Regierung noch in dieser Session gesetzliche Maßnahmen ergreifen wolle, um die Verschärfung der Futter- und Düngemittel zu verhindern. Der Minister erklärte, den Rothstand anzuerkennen und sein Möglichstes thun zu wollen. Aber das genügt den Herren Agrariern bei weitem nicht, und nun ging es über über den armen Landwirtschaftsminister her. Die feudalen Herren „Bauern“ sind bekanntlich jetzt, nach Ablehnung des Antrages Kanitz im Staatsrath sehr ungemüthlich geworden, und so zeigt sie denn auch heute im Abgeordnetenhaus, daß sie, wenn sie wollen, auch wirklich Banern sein können. Die Regierung habe die Karre in den Dreck geschoben, nun solle der Minister sie auch wieder herausziehen. In dem Stil ging es weiter. — Doch dies war nur ein Vorspiel: Morgen steht der Antrag Kanitz offiziell auf der Tagesordnung des Reichstages, sodas auch dort noch manch kräftig Wortlein über die Noth der Landwirtschaft gesprochen werden kann. Nächste Sitzung des Abgeordnetenhauses ist Sonnabend. —

Im Herrenhaus stand heute der Etat und das Anleihenwesen auf der Tagesordnung. Interessant und sehr zeitgemäß war eine Aeußerung des Grafen Mirbach, die wir hiermit tiefer hängen wollen. Er ließ sich über den „beschämenden“ Beschluß des Reichstages vom 23. März aus und bedauert die Haltung des Zentrums. Dann richtete er an die verbandelten Regierung die Aufforderung namens aller Nationalgesinnten, einen neuen Reichstag auf der Basis eines neuen Wahlrechts zusammenzutreten zu lassen (Weisfall und Bewegung). Die Aufgabe sei sehr schwer; aber niemals sei das „Zu spät!“ bedenklicher als in so hochpolitischen Momenten und auch Alexander der Große habe ein Mittel zur Ueberwindung solcher Schwierigkeiten gefunden!

lumpigen Spatenstiele glücklich machen können, dann soll er sie sich einmachen lassen. Aber das Getreide, das er gestohlen hat, das schreib ich ihm noch auf den Buckel!“

Dann ging er auf sein Zimmer und an den Sekretär, um sich noch einmal genau den Kontrakt anzusehen.

„Von so einer Sippchaft ist alles zu fürchten“, brumnte er zu seiner Frau zurück, die ihn über die Schulter sah. „Sicher stimmt es auch mit dem Fisch nicht. Tamals hab' ich ihn in meiner Vertrauensseligkeit unterzeichnet, ohne Punkt für Punkt genau durchzulesen.“

Und richtig! Er fand, daß bei den Papieren die Auflassung über eine zwanzig Morgen große Parzelle fehlte.

Sofort schrieb er an Kandelmann, er solle ihm die „unterzeichnete“ Auflassung unverzüglich schicken.

Tags darauf erhielt er vom Adressaten auf offener Postkarte die Antwort, er belägne das betreffende Schriftstück nicht (dreimal unterstrichen) — eher könne er sich den Kopf einrennen.

Das war für Schwarz zu viel. Er fuhr sofort nach Hohenthal und reichte beim Amtsgericht Klage ein gegen Kandelmann wegen Betrugs und Diebstahls.

Das mußte er durch ein von ihm selbst abgefaßtes Klageschreiben thun. Denn einen Rechtsanwalt gab's nicht in dem Dertchen — er hätte denn den famosen Amtsvorsteher Zwiebel nehmen müssen, den intimen Freund Kandelmann's.

Die Brandstiftung ließ er auf Drängen seiner Frau aus dem Spiel, weil er sie ja wirklich nicht beweisen konnte.

Fast gleichzeitig verklagte beim selben Gericht Kandelmann den Schwarz wegen Verbalinjurie.

Einige Monate verstrichen in gewitterschwüler Stille. Beim Termin in der ersten Sache war dieser Prototus Zwiebel zur Abwechslung einmal als Rechtsanwalt thätig. Tags zuvor hatte er wieder mit dem Kandelmann Stat gespielt. Die Sitzung war bis tief in die Nacht hinein ausgekehrt worden, denn Kandelmann spendirte eiliche Flaschen Nothspott — aus gute Gelingen seines morgen zur Verhandlung kommenden Prozesses.

Fällt dies nicht unter § 126 der Umsturzworlage? Dieser Paragraph lautet:

Wer durch Androhung eines Verbrechens den öffentlichen Frieden stört, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

Der Thäter in der Absicht gehandelt, auf den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung hinzuwirken, oder darauf gerichtete Bestrebungen zu fördern, so tritt Zuchthausstrafe bis zu fünf Jahren ein; auch kann auf Zulässigkeit von Polizeiaufsicht erkannt werden. —

Der Bundesrath überwiegt in seiner heutigen Plenarsitzung die Vorlagen, betreffend den Entwurf eines Regulativs über den zollamtlichen Verschluß der die Elbe und ihre Nebenflüsse befahrenden Schiffe nebst Ausführungsbestimmungen, sowie den Antrag Preussens wegen Zulassung der Privattransitlager ohne amtlichen Mitverschluß für die in Nr. 9 des Zolltarifs aufgeführten Waaren (Getreide u. s. w.) den zuständigen Ausschüssen. Den Ausschüssen berichten über den Entwurf von Vorschriften, betreffend die Vermessung der Schiffe für die Fahrt durch den Suezkanal wurde zugestimmt.

Die Unternehmer des Bismarck-Nummels haben die Sache sehr schlecht gemacht und erleiden deshalb verdientes Pech. Zunächst war ihr Fehler, daß sie zu früh „schrieten“ und gleich so laut, daß es keine Steigerung mehr gab. Dann warfen sie den Erisapfel des Kanitzantrages zu früh hin; und endlich war es eine gewaltige Dummheit, daß sie durch ihre Brutalitätsversuche den Reichstag zu dem weltgeschichtlichen Fuhrtritt des 23. März zwangen. Wären die Herren Geschäfts-Nadaumacher klüger zu Werl gegangen, so hätten sie Deutschland am 1. April recht hübsch in den April schicken können, während jetzt die Herren Hurrahpatrioten betrübt wie die Vohgerber den wegschwimmenden Häuten nachblicken und selber in den April geschickt sind.

Im Reichstage herrscht unter den Geschlagenen des 22. März ein tragikomischer Kagenjammer; sie sind so verlatert, daß sie noch am 1. April ganz marode sein werden — vorausgesetzt, daß sie über den Bank um den Kanitzknochen den denkwürdigen Tag nicht ganz vergessen. —

Die Presse des Auslandes, so weit sie nicht durch wohlbekannte Fäden mit der deutschen Regierung zusammenhängt, läßt ausnahmslos die durch das Telegramm des Kaisers an den Fürsten Bismarck geschaffene Lage als äußerst ernst an, und erblickt darin den Anfang eines schweren Konfliktes. Auch nicht eine dieser Auslassungen kann von uns veröffentlicht werden, weil sie bei der herrschenden Loyalitäts-Epidemie zur Anhängigmachung von Majestätsbeleidigungs-Prozessen ausgenutzt werden könnte. Im Ausland nimmt man Konflikte zwischen dem Haupt der Exekutive einer- und der Volksvertretung andererseits nicht so leicht, wie die Schwadroniere unserer Hurrah-Minorität in ihrer bodenlosen Gedankenlosigkeit es thun. Die Engländer und Franzosen wissen aus der Geschichte ihrer Länder, daß solche Konflikte zu Bürgerkrieg und Revolution führen können. —

Den kartellparteilichen Heißspornen, welche in ihrem Ueberzeifer die Batterien vorzeitig demaskirt haben, ertheilen die hiesigen „Neuesten Nachrichten“ einen Kläffsel, der freilich selbst wieder erst recht deutlich zeigt, um was es sich bei dem Geburtsstagsklimbim handelt. Das Hauptorgan der Bismarckspitze sens phraso schreibt nämlich:

Daß konservative, freikonservative und nationalliberale Blätter in den letzten Tagen einen Heißzug gegen das gültige Reichstagswahlrecht eröffnet haben, halten wir für einen großen politischen Fehler. Je unausbleiblicher eine Auflösung dieses Reichstages früher oder später ist, desto weniger Sinn hat es, jetzt das Reichstagswahlrecht anzugreifen, mittels dessen früher oder später die Remnablen unter allen Umständen zu vollziehen sein werden. Oder glaubt man, daß die jetzige Reichstagsmehrheit zu einer Modifikation des gültigen Wahlrechts die Hand bieten würde? Im Gegentheil, sie wird sich den Wählern als Hütern dieser von nationaler Seite „bedrohten“ Privilegien vorstellen und damit eine gewichtige Hilfe im Wahlkampfe gewinnen, wenn nationale Blätter fortfahren, ihr Pulver zur Unzeit zu vermalmen. Wir sind der Ueberzeugung, daß ein fester und entschlossener Wille auch mit dem jetzigen Wahlrecht wesentlich andere Wahlen zustande zu bringen vermag und daß dieser Versuch unbedingt gemacht werden muß, bevor man die Frage des Wahlrechts auf die Tagesordnung setzt.

Wir möchten, diese Zeilen sind deutlich und zeigen auch den Blödesten, worauf es abgesehen ist. Erst will man durch Mobilisirung der Hurrahgarde die nöthige Stimmung

Der Herr Amtsanwalt war in Folge dessen bei der Gerichtssitzung etwas verkatert und recht drakonischer Laune. Doch äußerte sich seine Magenverstimmung nur gegen Schwarz, den er bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit anschnauzte, er solle „seine Schwarte halten“.

Schwarz wollte dann auffahren — aber ein rechtzeitiger Rippenstoß seiner Frau brachte ihn dazu, die Impertinenzen des Allmächtigen hinunter zu schlucken.

Der Gottlieb, der Fingern des Schwarz für den Schlüssel-diebstahl und das Abhandenkommen des Getreides, schnitt die imposante Magistratsperson ohne viel Federlesens kurzweg das Wort ab. Die Fingerschaft der Frau Schwarz, als der Gattin des Klägers, ließ Zwiebel nicht zu.

So wurde Kandelmann, gegen den „nichts Gravitirendes ermittelt werden konnte“, freigesprochen.

Dagegen wurde Schwarz in der Verhandlung, die einige Zeit darauf, kurz vor Pfingsten, zum Antrag der anderen Sache stattfand, wegen der Beleidigung gegen Kandelmann zu 50 Mark Geldstrafe verurtheilt. Ein von Schwarz mittlerweile wegen Fahrlässigkeit entlassener Knecht, einer der Lauscher von damals, hinter der Stall-Ecke, hatte aus Rache gegen seinen frühern Herrn dessen Verbal- Injurie eidlich bestätigt.

Der soldergestalt triumphirende Kandelmann ermangelte nicht, sich der in der Person Zwiebel's für ihn verkörpertem Justiz am Abend beider Gerichtstage durch Auf-fahren neuer Weinflaschen-Batterien erkenntlich zu zeigen.

Ingrimmig knirschend bestieg nach dem zweiten Termin Schwarz seinen Wagen zur Rückfahrt. Er hätte gern vorher dem Amtsanwalt seine Meinung gesagt. Aber in Folge des Jurebens seiner Augen Frau verbiß er seinen Groll und würgte seine Wuth herunter.

Der Gaul seines Wagens aber hätte in Folge der Fehlerbarkeit der irdischen Justiz an der Unschicklichkeit der göttlichen zu zweifeln beginnen können — so unheimlich und unumolirt juckten die Reitschnehe auf ihn herab, im hurtigen Hitzad, wie das ferne Wetterleuchten zwischen den schattigen Weiden Baumwipfeln der samtenen Früh-sommernacht.

(Fortsetzung folgt.)

herdorrufen, dann sollen die Wahlen durch einen „entschlossenen Willen“ gemacht werden — Aviso für Herren von Köller — und dann wird die Frage des Wahlrechts auf die Tagesordnung gestellt.

Man sieht, der Plan ist recht schön ausgeheckt — es fehlt nur an der Durchführung. Diese zu durchkreuzen wird Sache der Wähler sein, und was an uns liegt, soll geschehen, um diese darüber zu belehren, was auf dem Spiele steht. —

Noch ein Verrücktgewordener! Ein sonst unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinendes Chemnitzer Blättchen, die „Deutschnationale Zeitung“, der wir auf diesem Wege zu etwas größerer Publizität verhelfen wollen, schreibt:

Als Wilhelm II. diese neuen Ordnungsbrüder im Schmutz zappeln sah und als er ihr Gegrünze vernahm:

Als wie 168 Sämen, da faßte ihn Ekel vor der Mehrheit, mit der seine Regierung bisher in der Hauptsache, dank der Caprivischen Staatsweisheit, Gesetze gemacht hatte. Jedem das Seine, dachte offenbar Wilhelm II., und da Ostern vor der Thür ist, wo die Jungen Zensuren bekommen, beschickte er folgende Zensur über die Reichstagsmehrheit nach Friedrichshagen:

Folgt die Entrüstungsdepesche und dann heißt es unter anderem weiter:

Donnerwetter, sagten alle anständigen Leute, das sieht! Endlich einmal ein Kaiserwort, über welches alle Patrioten un-gemischte Freude empfinden können.

Jedem das Seine! Den Juden freie Fahrt auf Nimmerwiedersehen über die Grenzen des Reichs!

Den Judenpresse des Ofens Bluth!

Den Judenschulmännern eindringlicher Unterricht über die nationalen Pflichten eines Deutschen!

Den lobsfüchtigen rothen Brüdern die Zwangsjacke!

Den Schweiswebern und Neptillen die Mißverbreißche!

Das letztere wünschen wir übrigens auch. —

Guten Geschmack verrathen Magistrat und Bürger-vorsteher-Kollegium von Harburg. Diese Körperschaft hat am Dienstag folgendes Telegramm an den Kaiser abgesandt:

Sw. Majestät bitten wir unterthänigst, den ehrfurchtsvollen Dank der hiesigen Stadt für die Allerhöchste Kumbgebung über den empörenden Beschluß des deutschen Reichstages vom 23. d. M. Allergnädigst entgegenzunehmen zu wollen. —

Die Agrarier werden ungemüthlich. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses, in welcher der Landwirtschafts-Minister erklärt hatte, daß es mit dem Antrag Kanitz nichts wäre, und sie ihm ziemlich heftig an den Wagen gefahren. Und über eine geflern im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlichte kurze Denkschrift über die Gründe, die im Staatsrath zur Ablehnung des Antrages Kanitz geführt haben, schreibt heute Abend das Blatt des Bundes der Landwirthe, die „Deutsche Tageszeitung“:

Wir freuen uns dieser Denkschrift; denn wenn wir bisher noch gegen einige kleine Einzelheiten Bedenken hatten, so sind diese Bedenken durch die Denkschrift vollkommen beseitigt worden. Der Antrag Kanitz muß wirksam, durchführbar, erfolgreich sein, wenn man nichts anderes trotz aller Mühe und trotz aller Sighs dagegen hat vorbringen können als das, was nunmehr der launenden Welt verstanden worden ist. Der Antrag Kanitz bleibt und kommt wieder, — mit tödtlicher Sicherheit... So bleibt dem für uns der Antrag Kanitz die Lösung trotz alledem. Und aber kurz oder lang wird — davon sind wir fest überzeugt — sein Grundgedanke durchgeführt werden müssen, trotz aller Sträubens und trotz aller Angst. Freilich ist's dann vielleicht zu spät. Wir beneiden diejenigen, welche die Verantwortung tragen, nicht darum.

Gut gesagt, — wie immer, wenn der Mann mit den drei Sternen spricht. Aber weiter in der That nichts, wie schön — Verlegenheitsphrasen. —

Die Noth der Landwirtschaft. Das Amtsgut Unseburg bei Magdeburg wurde vor dreißig Jahren an einen Herrn Bannert für 40 000 Mark verpachtet. In diesem Jahre läuft die Pacht ab und hat ein Herr Lude, Fabrikant aus Agendorf, achtzigtausend Mark, worauf selbstredend der alte Pächter weichen mußte. Kommentar überflüssig. —

Reichstags-Erfahrungswahl in Pössa. Bei der am 27. d. M. vorgenommenen Erfahrungswahl ist der bisherige Vertreter des Wahlkreises, der Zentrumsmann Pichler, wieder gewählt worden. Sein Mandat war in der Wahlprüfungs-Kommission für ungültig erklärt worden. Bei der Wahl im Jahr 1898 waren auf den Kandidaten der Sozialdemokratie 634 Stimmen gefallen. Ueber das genaue Stimmenverhältniß der gestrigen Wahl ist noch nichts genaues bekannt. —

Der Geschenktour zur Bekämpfung des unsanfteren Wettbewerbes soll, wie Herr v. Bötticher heute im Reichstage verkündete, womöglich dem Reichstag noch in dieser Session vorgelegt werden. —

Ueber das neue Bankdepot-Gesetz, das dem Reichstag zugleich mit dem Börsengesetz vorgelegt werden soll, ist neuerdings die Mitteilung verbreitet, daß danach diejenigen Banken, welche den Börsenhandel pflegen, in Zukunft nicht mehr be-rechtigt sein sollen, Einlagen anzunehmen. Diese Mitteilung, sagen die „Berliner Politischen Nachrichten“, dürfte auf einem Irrthum beruhen. Im wesentlichen dürften die Bestimmungen des in Rede stehenden Geschenktour's auf Maßnahmen hinaus-laufen, durch welche dem Publikum, daß bei Banken oder bei Bankiers Depots hinterlegt, die mögliche Sicherheit gewährt wird, daß diese Depots nicht angegriffen werden können. In diesem Ziele dürfte man dadurch zu gelangen suchen, daß, wie es jetzt schon bei größeren Banken geschieht, ein besonderes Nummernverzeichnis der Papiere den Depositaren ausgehändigt und die Papiere in besonderen Mappen unter besonderem Verschluss aufbewahrt werden müssen. Außerdem dürften Sicherheits-maßnahmen dagegen als nothwendig erachtet werden, daß die Depots nicht unbefugterweise lombardirt oder verkauft werden können. —

Familien-Fideikommiss. Die Abgeordneten Senjmann und Dr. Müller (Sagan) haben beim Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: den Reichsfinanzler zu eruchen, M. veranlassen, daß dem Reichstage schleunigst ein Geschenktour vorgelegt werde, durch welchen der durch Familien-Fideikommiss an Grund und Boden gebundene Besitz in freies Eigentum umgewandelt und die Gründung neuer Familien-Fideikommiss an Grund und Boden verboten wird.

Zum Frauenstimmrecht schreiben bürgerliche Blätter: Die Durchführung des Frauenstimmrechts in Ohio ist auf Schwierigkeiten gestoßen. Im letzten Sonnabend wurde in mehreren Städten des Staates der Anfang mit der Eintragung der Wählerinnen in die Wahllisten gemacht, da am 1. April Wahlen stattfinden. Viele der Erstnennnen nahmen jedoch Anstoß daran, daß sie vorchriftsmäßig ihr wirkliches Alter angeben

folten, und verschiedene Bürgerinnen verzichteten lieber auf ihr Recht, als daß sie dem Gesetze genügt hätten.

Gelogen, wie gedruckt! — Mit solchen kindlichen Scherzen sucht man die berechtigten Forderungen der Frauen auf politische Gleichstellung lächerlich zu machen und zu hintertreiben! —

Kosten der Chicagoer Weltausstellung für Preußen. Auf Ersuchen der Rechnungs-Kommission des Abgeordnetenhauses um Angabe der Gesamtaufwendungen des preussischen Staates für die Beschickung der Weltausstellung in Chicago hat die Regierung eine Zusammenstellung angefertigt, in welcher eine Ausgabe von 768 687,31 M. nachgewiesen wird. Jedoch ist dies nicht die Gesamtsumme der Ausgaben. Die Kosten, welche aus dem Militärtransporte entstanden sind, konnten noch nicht genau angegeben werden, außerdem müssen die Ausgaben, welche einzelne Verwaltungen aus ihrem laufenden Staatsfonds bestritten haben, erst durch Umfrage ermittelt werden. Die Regierung hat sich deshalb vorbehalten, die Zusammenstellung zu vervollständigen. Jedenfalls wird die Summe der Kosten, welche dem preussischen Staate aus der Weltausstellung in Chicago erwachsen sind, nicht viel unter einer Million betragen. —

Zur Lippe'schen Regentenschaftsfrage haben die Ausschuss-Deputierten des Lippe'schen Landtages, v. Benkerke, Schemmel und Potthoff, nunmehr beim Kabinetminister v. Wolffgramm gegen die Regentenschaftsfrage in Vertretung der Rechte des Landtages Verwahrung eingelegt, bis der Landtag die erforderlichen Beschlüsse zu fassen Veranlassung und genügende Grundlage habe. Zu letzterer sei vor allem ein beglaubigter Nachweis über den gegenwärtigen Gesundheitszustand des nächst berechtigten Throninhabers zu rechnen. —

Auch im Auslande werden die Bismarck'schen Verdienste um die Hebung der allgemeinen Kultur, wie schon wiederholt hervorgehoben, gebührend gewürdigt. So schreibt ein Basler Blatt:

„Die Verleüderung der Schweiz als „wildes Land“, die Einführung der politischen Polizei und die neuere Ausweisungspraxis unseres Bundesrates sind Ausflüsse der Bismarck'schen Schandpolitik.“

Und das Blatt hat recht. —

Neue Patriotentage. Dem „Gaulois“ zufolge ist die frühere Patriotentage unter dem Namen „Patriotische Tage der französischen Interessen“ unter der Präsidentschaft von Déroulède wieder errichtet worden. — Da kann man ja nächstens wieder recht nette chauvinistische Oden erwarten. —

Die Wahlen zum dänischen Folkething sind auf den 9. April festgesetzt, so daß, da der Schluß des Reichstages mit Anfang April erwartet wird, den Abgeordneten nur kurze Zeit zur Abhaltung ihrer üblichen Wählerversammlungen, die sich oft auf mehrere aneinanderfolgende Ortschaften erstrecken, übrig bleibt. —

Schweden und Norwegen. Zur Lösung des Verfassungs- und Verwaltungsstreits dieser beiden Länder werden weitere Versuche gemacht. In der nächsten Zeit sind im schwedischen Reichstage und im norwegischen Storting königliche Vorschläge betreffend die unionellen Streitfragen zu erwarten. Dieselben sollen hauptsächlich darin bestehen, daß die beiden Unionländer ihr eigenes Konsulatswesen erhalten, was eine Verwendung gemeinsamer Konsuln im großen Maßstabe nicht ausschließt. Die Verwaltung der auswärtigen Angelegenheiten des Reichs soll auf einer gemeinsamen Grundlage mit Gleichberechtigung beider Unionländer geordnet werden. Der Minister des Auswärtigen kann entweder Schwede oder Norweger sein, das ganze Ministerium des Auswärtigen soll eine gemeinsame Institution sein. Die Frage der Verantwortlichkeit des Ministers des Auswärtigen wird durch die Errichtung einer Delegation aus dem schwedischen Reichstage und dem norwegischen Storting geregelt. —

In Japan ist am 25. d. M. folgendes kaiserliches Reskript veröffentlicht worden:

„China liegt gegenwärtig mit uns im Kriege, aber nachdem es einen Gefandten unter den gehörigen Formen und Gebräuchen zu uns geschickt, um über den Frieden zu unterhandeln, haben auch wir unsere Bevollmächtigten ernannt, um in Schimonoseki mit ihm zusammenzukommen und zu beraten. Da es angemessen ist, daß wir im Einklang mit dem bestehenden internationalen Brauche und zur Ehre des Landes dem chinesischen Gefandten geeignete Behandlung und Schutz zu theil werden lassen, haben wir es den zuständigen Behörden zur besonderen Pflicht gemacht, zu diesem Ende nichts außer acht zu lassen. Wir bebauern aufs tiefste, daß leider ein Mißverständniß entstanden ist, der dem Gefandten Unbill zufügte. Der Uebelthäter wird natürlich von den zuständigen Behörden nach den Gesetzen ohne die geringste Rücksicht bestraft werden. Wir befehlen allen Beamten und dem Volke, unseres Willens strenger und genauer eingehend sich zu bestreben, Ausschreitungen zu verhüten, daß der Ehre und dem Ruhme unseres Volkes nicht Eintrag geschehe.“

Man glaubt, daß die Friedens-Verhandlungen in einigen Tagen wieder aufgenommen werden. —

Der Aufstand auf der Insel Cuba ist keineswegs unterdrückt, wie die spanisch-österreichischen Telegramme glauben machen wollten. Die Aufständischen auf Cuba haben die spanischen Truppen bei Camaguey geschlagen. Der Anführer der unterlegenen Abtheilung soll vor ein Kriegsgericht gestellt werden.

Der General Martiney Campos, der sich eben in Spanien durch seine Sabelherrschafft so verdient um's Vaterland gemacht hat, hat den Posten des Generalgouverneurs von Cuba angenommen, wo er bereits früher in ähnlicher Stellung war, und wird sich in anbetracht des Einflusses der Lage bereits am 2. April einschiffen. —

Weiter liegt eine interessante Depesche der Central News of Germany vor. Danach lassen die neuesten Nachrichten keinen Zweifel obwalten, daß der Aufstand im Wachsen und die Lage eine äußerst ernste ist. Das Kabinet hat beschlossen, Marshall Martiney Campos mit 9700 Mann und zehn Geschützen nach Cuba zu entsenden. Campos tritt seine Expedition am Dienstag an und wird nach seiner Ankunft in Cuba den Oberbefehl übernehmen. Die spanischen Kreuzer „Vincen“, „Castila“ und „Filipinas“ haben Befehl erhalten, sich sofort unter Voll dampf nach Cuba zu begeben. Man glaubt, daß eine Freibeuter-Expedition von Costa Rica an Bord englischer Schiffe auf dem Wege nach Cuba ist. —

Vom Hochverrathprozeß in Honolulu gehen der „Voss. Ztg.“ und Australien recht interessante Mittheilungen zu. Nach hawaiischem Gesetz ist Gefängnißstrafe für verbrecherische Handlungen stets mit schwerer Arbeit verbunden. Der Exkönig, der bekanntlich zu fünf Jahren Gefängniß und Strafzahlung von 5000 Dollars verurtheilt worden ist, wird die Zuchthausarbeit jedoch erlassen. Weitere Milderung des Urtheils scheint die Regierung nicht gewähren zu wollen. Infolge des Einspruchs der Gesandten der Vereinigten Staaten und Englands hat Präsident Dole jedoch sämtliche Todesurtheile in lange Gefängnißstrafen umgewandelt. So wurden die Rebellenführer, die Amerikaner Gulik, Senard, der Engländer Richard, die Mischlinge Wilcox und Rowlein, der Deutsch-Hawaiter Bertelmann (die das Kriegsgericht zum Tode verurtheilt hatte) zu je 35 Jahren Zuchthaus und je 10 000 Dollars Strafzahlung verurtheilt, das Urtheil gegen Rowlein und Bertelmann, die als Staatszeugen aufgetreten, vorläufig aber nicht vollstreckt und diese in Freiheit gesetzt, ferner Karl Widemann, Sohn des hervorragenden hiesigen deutschen Gymnasiallehrers, zu 30 Jahren Zuchthaus und gleichfalls 10 000 Dollars Strafzahlung, die Amerikaner

Marshall und Greig zu 20 Jahren und 10 000 Dollars und die Brüder Lane zu 5 Jahren und je 5000 Dollars. Da das Urtheil vom 26. Januar datirt, sind die Verurtheilten bereits sämtlich in Sträfkleidung gekleidet und in Arbeit gekleidet worden. Sie hoffen alle auf schließliche Amnestirung Hawaii's durch die Vereinigten Staaten und ihre dadurch gesicherte Freilassung.

Heute wird übrigens von den Sandwichinseln telegraphirt, daß das Ständrecht in Honolulu jetzt wieder aufgehoben worden ist. —

Parlamentarisches.

Der Seniorenkongress des Reichstages hat in seiner Donnerstags-Sitzung sich dahin verständigt, daß nach der Beratung des Antrages Kanitz, die Sonnabende zu Ende geführt werden soll, die Oesterreicher eintreten. Die Sitzungen werden am 23. April wieder aufgenommen. Die parlamentarischen Arbeiten beginnen nach den Ferien mit der zweiten Lesung der Zolltarif-Novelle.

Die Wahlprüfungs-Kommission beschloß in ihrer Sitzung am Mittwoch Abend die Wahl des Abg. v. Dylembowski (Womst (Posten III) Referent) Womst, wegen Wahlbeeinträchtigung durch den Landrath, die Wahl für ungültig zu erklären. Die Wahl des Herrn v. Dylembowski war besonders von den Polen bestritten, welche in der Stichwahl mit 240 unterlegen sind. — Gegen die Wahl des Abgeordneten Pöhlmann, welcher im VI. Wahlkreise (Schlettstadt) gewählt ist, liegt ein Protest vor. Der Abgeordnete Pöhlmann ist Kreisdirektor in Schlettstadt, ein Altbesitzer, und im Reichstage den Deutsch-Konservativen beigetreten ist. Die Kandidatur ist von den Bürgermeistern des Kreises aufgestellt und diese betrieben auch die Agitation für die Wahl des Kreisdirektors. Der einzige Bürgermeister, Herr Spies in Schlettstadt, welcher sich weigerte, sich an der Aufstellung des Pöhlmann und an der Agitation für denselben zu betheiligen, wurde kurz nachher auf Grund der in den Reichslanden geltenden Ausnahmebestimmungen von der Regierung kurzer Hand seines Postens enthoben. Angekündigt soll der Gemahlsgehilfe für einen regierungsfremden Kandidaten gewirkt haben, eine Angabe, welcher Herr Spies auf das entschiedenste widerspricht. Auf Herrn Pöhlmann fielen 6888, auf seinen altfeindlichen Gegner 4865 Stimmen. Für den Kandidaten der Sozialdemokraten wurden im Kreise 175 Stimmen abgegeben. Die Kommission beschloß in der Donnerstags-Sitzung, die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl anzusehen und dem Reichstage zu empfehlen, die beantragten Beweisvorbringen zu beschließen.

In der Reichstags-Kommission für das Tabaksteuer-Gesetz wurde gestern die Nr. 2 des § 1 beraten, welcher den Zoll auf Tabakfabrikate festsetzt, und zwar für Zigarren und Zigaretten 900, für andere Fabrikate 450 M. Ein weiterer Abg. besagt: „Der Bundesrath ist ermächtigt, Prohibitoren zur Herstellung von Schnupftabak unter Kontrolle der Verwendung zum Holze von 180 M. für 100 kg zuzulassen. Abg. Müller (B.) wünscht eine Erhöhung des Zolles auf importirte Fabrikate. Staatssekretär Graf Posadowsky hält es für unmöglich, den Werthzoll in das vorliegende Gesetz hineinzuarbeiten und giebt anheim, diesen Wunsch in einer Resolution zum Ausdruck zu bringen. Abg. Müller beantragt darauf folgende Resolution: zu erklären, daß für die ergeblichere Erhaltung der Einnahmen aus der Tabaksteuer die Form eines Werthsteuer-Zusatzes auf importirten Rohtabak der Tabak-Fabriksteuer vorzuziehen sei und daß kein Bedenken bestehe, aus ersterer Einnahmen in noch zu bestimmender Höhe zu bewilligen, sofern ein Bedürfnis dafür nachgewiesen ist und die verbundenen Regierungen sich von der Durchführbarkeit dieser Besteuerungsform überzeugt haben.“ Die Kommission beschloß, diese Resolution erst in der zweiten Lesung zur Verhandlung und Abstimmung zu bringen. Der in Nr. 2 des § 1 vorgeschlagene Zoll auf Tabakfabrikate und der mitgetheilte Schlußsatz werden darauf einstimmig abgelehnt. Der Vorsitzende, Abg. Friese, giebt nun zu erwägen, ob es, nachdem die Grundlagen des Gesetzes abgelehnt worden, überhaupt noch angezeigt erscheine, in die zweite Lesung einzutreten. Abg. Dr. Schädlcr (B.) wäre dafür, wenigstens noch in erster Lesung den Theil des Gesetzes zu beraten, der den Tabakpflanzern Erleichterungen bringen könne, giebt aber den Vorschlag auf fast allseitigen Widerspruch zurück. Es entspinnt sich darauf eine längere Debatte darüber, ob und wann die zweite Beratung beginnen soll. Die Abgeordneten Richter und Frese sind dafür, möglichst bald, womöglich noch in dieser Woche, auch die zweite Lesung zum Abschluß zu bringen, um endlich die schwer heimgesuchte Tabakindustrie zu beruhigen. Auf Antrag des Abgeordneten Dr. Schädlcr entscheidet sich jedoch die Kommission mit 14 gegen 11 Stimmen dahin, erst nach den Osterferien in die zweite Lesung des Tabaksteuergesetzes einzutreten.

Die Gewerbe-Ordnungs-Kommission tagte am Donnerstag Vormittag. Zur Beratung steht der § 60 des Antrages Gröber. Nach diesem Antrage soll der Wandergewerbebesitzer nur für einen Regierungsbezirk ertheilt werden eine Ausdehnung auf einen neuen Bezirk bedarf des besonderen Antrages und kann unter bestimmten Voraussetzungen verlagert werden. In mehreren Eventualanträgen zu § 67, 60 und 61 beantragt Gröber (Zent.) den Landesregierungen anheimzugeben, von dieser Befugniß Gebrauch zu machen.

Abg. Schneider (fr. Vg.) weist in längeren Darlegungen nach, wie durch diese Bestimmung der Haushandel nahezu vernichtet wird.

Geheimrath v. Sydow giebt im Namen der preussischen Regierung die Erklärung ab, daß die Regierung auch dem Eventualantrag Gröber nicht zustimmen kann. Bayern würde durch ein Landesgesetz von dieser Bestimmung der Gewerbe-Ordnung Gebrauch machen, damit sind die anderen süddeutschen Staaten gleichfalls gezwungen, diesen Weg zu beschreiten, und wäre somit eine Mainlinie in optima forma wieder hergestellt. v. Landmann (bayerischer Bevollmächtigter): Wir wollen zunächst im eigenen Lande Ordnung schaffen und dahin wirken, daß die Dauerer sich einem anderen Gewerbebetrieb zuwenden. Das Vorgehen Bayerns würde die von der preussischen Regierung geürdeten Folgen nicht haben. Die verschiedenen wirtschaftlichen Verhältnisse bedürfen auch der besonderen gesetzlichen Regelung.

Abg. Haffe: Er wäre geneigt, den weitgehendsten Bestimmungen für die Beschränkung des Haushandels zuzustimmen, wenn nicht die Detailreformen mit dem Hauswerk gleichgestellt werden. Redner erklärt sich mit dem Eventualantrag Gröber einverstanden, behält sich aber seine Stellung für die zweite Lesung vor.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.) und Abg. Dr. Pachnicke (fr. Vg.) wenden sich gegen die Anträge Gröber.

Abg. v. Holleuffer (L.): Seine Fraktion stehe auf dem Standpunkt, den Haushandel möglichst zu beschränken, weshalb er für den Eventualantrag Gröber stimmen werde.

Bei der Abstimmung wird der Eventualantrag Gröber gegen die Stimmen der freisinnigen und sozialdemokratischen Mitglieder sowie des Abg. Strombeck (B.) und des Abg. Frank (ntl.) angenommen.

In der Justizkommission des Reichstages wurde gestern § 208 der Novelle zum Strafprozeß in folgender nach dem Antrage des Abg. Verno abgeänderten Fassung angenommen: „Beitrag des Vorverfahrens mehrere derselben Person zur Last gelegte strafbare Handlungen, und erscheint für die Strafzumessung die Feststellung des einen oder des anderen Strafalles un wesentlich, so kann das Gericht beschließen, daß in

Ansehung eines solchen das Verfahren einzustellen sei. Dasselbe gilt, wenn einer zur Freiheitsstrafe rechtskräftig verurtheilten Person eine strafbare Handlung zur Last gelegt wird, und die Feststellung des Strafalles mit Rücksicht auf die noch nicht vollständig verbüßte Strafe unwesentlich erscheint. Die Aufhebung des Einstellungsbeschlusses kann im Falle des Absatzes 1 binnen einer Frist von drei Monaten nach Rechtskraft des Urtheils von der Staatsanwaltschaft beantragt werden, wenn nicht Verjährung eingetreten ist.“

Parteinachrichten.

Parteiengenossen des vierten Wahlkreises! Die Euch allen bekannt ist, wird am 1. April die Parteispedition für unseren Kreis eröffnet. Es ist Obrenpflicht eines jeden Genossen, diese neue Einrichtung erfolgreich zu gestalten. Um die Vorarbeiten schneller zu erledigen und jede Störung zu vermeiden, werden die Genossen ersucht, das Abonnement bei den bisherigen Speditoren abzugeben und dasselbe bei der Parteispedition sofort bewirken zu wollen.

Die Namens-Eintragung kann in untenbezeichneten Lokalen geschehen.

Die Abonnement-Sammellisten sind, soweit sie Leset enthalten, sofort an die entnommenen Stellen abzuliefern. Die Central-Sammelliste befindet sich für den Osten bei Engels, Fruchtstr. 30; für den Südosten bei Tolkendorf, Görlitzerstr. 58.

Die Abonnements-Listen liegen in folgenden Lokalen aus:

Für den Osten: bei Friß Wille, Andreaskstr. 26. — Wiedemann, Blumenstr. 38. — G. Böhl, Frankfurter Allee 74. — Otto Jabel, Frankfurter Allee 90. — Wilh. Loth, Friedrichsbergerstr. 11. — Raitke, Krautstr. 48. — Bippel, Gräner Weg 14. — Stadernad, Mühlentstr. 49. — G. Böhl, Radersdorferstr. 8. — Bredschneider, Radersdorferstr. 46. — Röpnick, Schillingstr. 30a. — Späth, Weinstr. 28. — H. Wolze, Landsbergerstr. 41. — Vogel, Elbingerstr. 9. — Dwejarz, Langestr. 68.

Für den Südosten bei: Wilhelm Erbe, Cuvurstraße 25. — G. Trittelwih, Faldensteinstr. 7. — T. Tolkendorf, Görlitzerstr. 58. — Streit, Naunynstr. 86. — Schilling, Päcklerstr. 55. — Köppen, Reichenbergerstr. 118. — Schmidt, Albalterstr. 16. — Biebertsch, Lauffer Weg 2. — Färkenau, Montersfelderstr. 52. — Lukas, Brangelstr. 32. — Schaper, Reichenbergerstr. 54. — Rumpf, Wienerstr. 21. — Holl, Waldemarstr. 61.

Die Fünfzehner-Kommission.

Im Reichstags-Wahlkreise Passau lobt der Wahlkampf, wie der „Münch. Post“ mitgetheilt wird, auf das Bestigste. Der Zentrumskandidat Pichler, der selbst agitatorisch sehr thätig ist, muß es erleben, daß immer mehr Schäflein abfallen und übergehen, entweder zu den Bauernbündlern oder gar zu den Nothen. Am 24. d. M. sprach der Genosse v. Bollmar vor etwa 500 Personen in Passau. Seine Rede, die das Verhalten der Zentrumsparthei aufs schärfste geißelte, wurde mit großem Beifall, auch von anwesenden Landeuten entgegengenommen.

Eine Protesterklärung gegen den von den Gemeinde- und Schulbehörden in Szene gesetzten Bismardrummel erlassen die sozialdemokratischen Gemeinderaths- und Schulvorstands-Mitglieder einer ganzen Reihe von Ortschaften um Dresden. Sie protestiren dagegen, daß die ordnungsparteiliche Minderheit, die nur infolge eines ungeredeten Wahlstimmens die Mehrheit in den Schul- und Gemeinde-Verwaltungen bildet, die Kinder der proletarischen Mehrheit zwingen will, einen Mann zu ehren, mit dessen Namen die brutalste Unterdrückung der berechtigten Bestrebungen der Arbeiterklasse, die Vernichtung unzähliger Arbeiterexistenzen, die Schmach des Sozialistengesetzes untrennbar verknüpft ist. — Schließlich wird noch ziffermäßig nachgewiesen, daß in den in betracht kommenden Gemeinden die sozialdemokratische Bevölkerung bei weitem überwiegt. Bei der 1898er Wahl wurden 464 sozialdemokratische gegen nur 1701 ordnungsparteiliche Stimmen abgegeben.

Wilhelm a. d. Ruhr. Die am 24. März abgehaltene Kreisversammlung des Wahlkreises Duisburg-Wilhelm a. d. Ruhr von sechs Orten beschloß. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht der Vertreter der einzelnen Orte, Agitation u. s. w. 2. Wahl eines Kreisvertrauensmannes. 3. Kandidatenfrage. 4. Anträge der Delegirten. 5. Verschiedenes. Der 1. Punkt entrollte ein wahrhaft seltenes Bild von den oft ungläublichen Maßnahmen und der Geschehenkenntniß mancher Polizeiorgame. So wurde von Duisburg berichtet, daß ein Beamter das Wort „Purpuroth“ das in einem Liede vorkommt, für sehr staatsgefährlich hielt und den Gesang inhibiren wollte. Die Vertreter von Oberhausen und Weidertich klagten gleichfalls über vielfache Beschränkungen ihrer Bewegungsfreiheit. Weiter wurde über die Saalperre geklagt. Mit Ausschluß Wilhelms ist in allen vertretenen Orten kein Lokal zu Vereinen und Versammlungen zu haben. In bezug auf die Presse ist mitzutheilen, daß der Werth dieses allerwichtigsten Agitationsmittels noch überall im Kreise viel zu wenig erkannt wird. Von einer Seite wurde betont, daß die Tagespresse des Rheinlands „ruppiger“, soll heißen populärer, drastischer schreiben müsse. — Die Wahl eines Kreis-Vertrauensmannes wurde allseitig als recht praktisch angesehen, weil dadurch der ganze Kreis organisch verbunden würde. Es soll besonders Aufgabe des Vertrauensmannes sein, die Genossen der zerstreut liegenden ländlichen Orte zu sammeln und ihnen ermutigend und beratend und unterstützend an die Hand zu gehen. Genosse Friß Kahl, Duisburg, Neanderstr. 10 wurde hierfür gewählt. Zum Reichstagskandidaten wurde einstimmig unter großem Jubel der Genosse Hermann Rohlfeld in Berlin gewählt und verpflichteten sich die Anwesenden, mit allen Mitteln dahin zu wirken, unseren Kreis wieder unter das Banner der Sozialdemokratie zu bringen. Weiter wurde noch beschloffen, daß alle überflüssigen Gelder dem Kreisvertrauensmann zu überweisen sind; daß jedes halbe Jahr eine Kreis-Konferenz stattfinden soll; und daß rheinische Agitations-Komitees an den Beschluß des Duisburger Parteitages zu erinnern und zu ersuchen sei, sobald wie möglich im Kreise Duisburg-Wilhelm eine Ortsverbreitung der „Niederh. Volkstribüne“ stattfinden zu lassen. Damit fand die Konferenz ihren Abschluß. — Wenn wir auch im Kreise, wie der Bericht zeigt, mit außerordentlichen Schwierigkeiten zu rechnen haben, so ist die Thatkraft der Genossen dadurch keinesfalls erlahmt. Im Gegentheil wurde allseitig versichert, daß alle Gefahren und Drangsalen nur dazu beitragen könnten, den Gegendruck zu verstärken und an das Wort zu erinnern: „Drängt Stürmschritt vorwärts in den Streit, Wenn auch der Feind Kartätschen speit!“

Die Parteikonferenz des 1. pfälzischen Wahlkreises, die am 24. d. M. in Ludwigshafen stattfand, war von 18 Orten besetzt. Die Konferenz stimmte dem Vorschlag der Agitations-Kommission zu, welcher dahin geht, für die Pfalz bald ein eigenes Organ herauszugeben. (Bisher wird in der Pfalz die Rheinheimer „Volkstimme“ verbreitet.) Die Minister beschloß man dergestalt zu begehren, daß überall da, wo es möglich ist, am Abend des 1. Mai eine Versammlung oder eine Festlichkeit stattfinden habe.

Auf Antrag der Mannheimer sozialdemokratischen Stadtverordneten machte der Stadtrath die von der dortigen Stadtkammer ausgehende Petition gegen die Tabak-Fabriksteuer zu der seinigen.

Wahlkreis-Konferenz. Am 31. März findet für den Wahlkreis Hagen-Schwelm in Sprohköbel eine Wahlkreis-Konferenz statt. Als provisorische Tagesordnung ist vorgeschlagen: Agitation und Organisation, die Presse und Kandidatenfrage.

Genosse Segitz in Fürth trat am 25. d. M. die ihm wegen „Beleidigung“ des Nürnberger Bürgermeisters zu diktierte vierwöchentliche Gefängnisstrafe an.

Die Gewerbegerichts-Wahlen in Fürth ergaben den vollständigen Sieg der sozialistischen Liste sowohl für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer und zwar siegen die Arbeitnehmer mit 1200 Stimmen gegen 93 Hirsch-Dandrianer. Die Arbeitgeber mit einer Majorität von 40 Stimmen.

Eine rothe Märznummer ist auch in Amerika erschienen, herausgegeben vom Volksanwalt in Cleveland O. In mehreren Artikeln und Freilichtgedichten: Die Revolution, werden die Erinnerungen an die Kämpfe der Vergangenheit erneuert. Ein Glückauf den Brüdern jenseits des Ozeans!

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Genosse Peus wurde am 27. d. M. von der Desfauer Strafkammer wegen Richterbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte in einer Rede die rigorosen Verurteilungen, die im Attentatsjahre 1878 und später von deutschen Richtern erfolgt sind, kritisiert. Der Staatsanwalt hatte 8 Monate beantragt.

— Die Beschwerde des sozialdemokratischen Volksvereins in Solingen gegen die Wahl der Arbeitgeber zum Gewerbegericht wurde vom Bezirksauschuss zu Düsseldorf verworfen.

— Am 27. d. M. fand in Falkenstein i. B. die Hauptverhandlung statt gegen die 22 Personen, welche gelegentlich der am 26. November v. J. stattgefundenen Versammlung nach Auflösung derselben den Saal nicht sofort verlassen haben sollen. Von diesen wurden 16 Mann zu je 3 M. Geldstrafe event. 1 Tag Haft, Ranzel dagegen zu 25 M. Geldstrafe event. entsprechender Haft verurteilt. Ein Angeklagter wurde freigesprochen. Gegen 4 weitere Angeklagte wird nochmalige Verhandlung stattfinden, theils wegen nicht genügender Beweisaufnahme in Folge Fehlens eines Zeugen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, den 26. März 1895, nachm. 5 Uhr.

Die Etatsberatung wird fortgesetzt. Der Etat der Straßenbeleuchtung, Straßeneinigung und Straßenbesprengung wird unverändert genehmigt. Beim Etat der Gasanstalten theilt der Ausschuss mit, daß bezüglich der Herabsetzung des Preises für das Gas zu gewerblichen und Kochzwecken die Verhandlungen mit der englischen Gesellschaft noch nicht abgeschlossen sind. Es wird daher in dem im Entwurf veranschlagten Einnahmen einwillen nichts geändert. Der Magistrat stellt eine Vorlage hierüber in Aussicht, sobald die erwähnten Verhandlungen zum Abschluß gelangt sind.

In Sachen der Ausführung von Privatleitungen zu Koch- und Heizzwecken hat der Ausschuss über die aus seiner Mitte aufgetretenen Klagen wegen mehrfacher Ablehnung der in Aussicht gestellten unentgeltlichen Leitung von Zuleitungsrohren folgende Resolution vereinbart:

Den Magistrat zu ersuchen, zu veranlassen, daß in betreff der unentgeltlichen Zuführung der Gasrohre bis zum Gasmesser bei Gebrauch des Gases zu Koch-, Heiz- und Wirtschaftszwecken sowie zum Betriebe von Motoren von der Deputation der städtischen Gaswerke bestimmte Grundsätze aufgestellt werden.

Nachdem die Versammlung diesen Antrag einstimmig angenommen, kommt Stadtver. Peter auf das nach seiner Ansicht eigentümliche Verfahren des Magistrats zurück, der zuvor mit der Englischen Gesellschaft unterhandelt, ehe er mit der Versammlung über die Frage der Ermäßigung des Preises für Kraftgas einig geworden sei. Außerdem wirft der Redner dem Magistrat und besonders dem Stadtrath Marggraf mangelnde Roulang und geradezu Unlust gegenüber den Anträgen des Publikums bezüglich der Zustellungen vor.

Stadtrath Marggraf verwahrt sich gegen diese Behauptungen; nach der Lage der Verhältnisse mußte zuvor mit der Englischen Gesellschaft verhandelt werden.

Der Etat wird genehmigt unter Absetzung von 40 000 M. von dem Betrage von 600 000 M. Ausgaben in Veranlassung der Privatbeleuchtung; ferner mit kleinen Abstrichen der Etat der Wasserwerke. Der bisherige Tarif für die Wasserlieferung bleibt in Kraft. Der Nettoüberschuß für die Stadtkasse bessert sich nach diesen Beschlüssen bei der Verwaltung der Gaswerke auf 3 682 140, bei den Wasserwerken auf 1 700 800 Mark.

Es folgt die Beratung des Etats der Kanalisationswerke und Rieselfelder.

Die steigenden Kosten für die Bewirtschaftung der Rieselfelder, die schon lange keine Rente mehr abwerfen, sondern in diesem Etatentwurf eine Unterbilanz von 59 814 M. aufweisen, haben im Ausschuss zu einer Erörterung Veranlassung gegeben; man hält für nöthig, dieser unerfreulichen Erscheinung näher zu treten, und schlägt der Versammlung vor, einen besonderen Ausschuss niederzusetzen, der über Bebauung, Anpflanzung und Bewirtschaftung der Rieselfelder berathen und demnächst berichten soll. Außerdem soll der Magistrat ersucht werden, der Kanalisations-Deputation aufzugeben, einen generellen Plan für die Bewirtschaftung der Rieselfelder, sowie einen Normaletat für die Befolgung der Beamten aufzustellen und vorzulegen.

Beide Resolutionen werden von der Versammlung ohne Diskussion angenommen.

Auf den Rieselfeldern Osdorf und Großbeeren will der Ausschuss je einen der zwei resp. vier Inspektoren als „künftig fortfallend“ bezeichnen wissen, da er einen resp. drei für genügend hält. Stadtrath Marggraf erhebt gegen diesen Vorschlag lebhaften Protest; die Verwaltung würde besonders in Osdorf von einem einzigen Inspektor absolut nicht ordnungsmäßig wahrgenommen werden können, und der Magistrat müßte die Verantwortung dafür ablehnen. Er legt ausführlich dar, wieviel Funktionen als Amtsvorsteher, Stabsbeamter, Kirchenpatronatsvertreter u. dgl. diese Inspektoren haben und wie sie für die kleine Arbeit keine Zeit übrig behalten würden. Auch gegen die Streichung der Schreibhilfe macht der Stadtrath Bedenken geltend.

Von den Stadtver. Lüben und Virchow wird ebenfalls die Streichung des Vermerks „künftig wegfällig“ befürwortet. Stadtver. Virchow betont, daß die Stadt für die Rieselgüter eine große Verantwortung trage und sich ihr technisches Personal erst ersuchen müsse. An diesem Orte zu sparen wäre falsch und unrecht; man sollte also auch die Stelle für den Bureau-Assistenten bewilligen.

Referent Stadtver. Kalisch: Diese Stelle steht doch mit der Aufsicht auf den Rieselfeldern in gar keiner Verbindung.

In der Abstimmung werden die Ausschufanträge wegen des Vermerks und auf Streichung der 1000 M. Gehalt für die neu-geforderte Schreibkraft für Osdorf abgelehnt, für den Administrationsbezirk Großbeeren dagegen angenommen, ebenso für Falkenberg, Malchow und Blankenfelde. Der Kanalisationsetat wird nach den Ausschufanträgen unverändert angenommen; er bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 9 793 916 M.

Im Etat für den städtischen Viehmarkt stehen 5000 M. Einnahme an Miete für den Rummelsburger Viehmarkt. Der

Ausschuss will diese Summe als „künftig wegfällig“ bezeichnen, da er die Beseitigung dieses Magerfleischmarktes der Seuchengefahr wegen für nothwendig hält. Die Versammlung stimmt dem zu.

Beim Etat für den Schlachthof kommt der Referent Stadtr. Heilmann auf die gestern in dem Abgeordnetenhaus gegen die städtische Verwaltung gerichteten Angriffe zurück, die ja der Vorlieber an Ort und Stelle schon treffend zurückgewiesen habe und die zum allergrößten Theile hinfällig seien.

Der bestehende Schlachtgebührentarif soll auch für 1895/96 gelten; die Schaugebühr für ein Kind wird von 50 auf 40 Pf. herabgesetzt, im übrigen bleiben auch die Schaugebühren unverändert.

Der Etat wird genehmigt, desgleichen der Etat der Markthallen, bei dem eine Resolution zur Annahme gelangt, welche Ermittlungen behufs gerechter Vermietung der Standplätze vom Magistrat angeht zu sehen wünscht.

Das Kapitel „Kapital- und Schuldenverwaltung“ wird mit 13 Millionen genehmigt.

Der Spezialetat „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ enthält auch die Leistungen der Stadt für wohlthätige und gemeinnützige Stiftungen und Institute.

Für den Irrenvereins sind wie früher 4500 M. vorgezogen. Ueber die Petition des Vereinsverbandes, die Beihilfe auf 6000 M. zu erhöhen, wird zur Tagesordnung übergegangen.

Neu eingestellt sind 6000 M. als Beihilfe bis auf weiteres zahlbar an den Vorstand des Berliner Lokalvereins des evangelisch-kirchlichen Hilfsvereins zur Unterhaltung seiner Hospitalkolonien für häusliche Krankenpflege. Der Ausschuss hat die Forderung gestrichen, weil er trotz lebhafter Anerkennung für die Wirksamkeit der Diakonissen einer einzelnen Veranstaltung dieser Art einen solchen Beitrag zu leisten nicht für angemessen hält.

Stadtrath Naußlau tritt mit großem Aufwand von statistischem und gutachtlichem Material sehr lebhaft für die Bewilligung ein.

Stadtr. Lademwig meint, daß sich das Gesagte ganz ebenso auf die katholischen grauen Schwestern anwenden ließe, und dabei beschränkt sich diese nur mit der Krankenpflege, nicht wie der Hilfsverein hauptsächlich mit kirchlichen Zwecken.

Stadtr. Sachs II. spricht dagegen für die Bewilligung, da nachgewiesen sei, daß durch die Thätigkeit der Diakonissen die städtischen Krankenhäuser entlastet würden und die Armenärzte sich durchweg lobend über diese Thätigkeit ausgesprochen hätten. Von konfessioneller Propaganda sei keine Rede. (Beifall.)

Überbürgermeister Zelle: Wir wollen die 6000 M. nicht dem Verein an sich, sondern ausdrücklich für seine Pflegeschwestern zur Verfügung stellen. Die Schwestern leisten etwas, was kein Krankenhaus, kein Armenkommissions-Vorsteher leisten kann: sie halten in den armen Familien das Familienband zusammen, während sonst die Familie zerrissen wird und Waisenpflege eintreten muß.

Stadtr. Lademwig bleibt bei seiner Auffassung stehen. Der Posten von 6000 M. wird bewilligt. Gestrichen werden 500 M. Zuschuß für den Frauenverein zur Unterstützung verfallener Armen.

Die Petition des Vorstandes des Vereins für die Berliner Arbeiterkolonie um 5000 M. Zuschuß aus städtischen Mitteln wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Die Petition des Vorstandes des Vereins für Kinder-Bolsküchen um 10 000 M. Subvention empfänglich der Ausschuss zur Ueberweisung an den Magistrat zur Berücksichtigung. Stadtr. Sachs II. befürwortet diesen Vorschlag und zollt den Bestrebungen des Vereins, der im letzten Jahre 84 000 M. ausgebracht habe, fast enthusiastisch das höchste Lob.

Der Ausschussantrag wird hierauf unter vereinzeltm Bravo der Mehrheit abgelehnt.

Ferner wird vom Ausschuss folgende Resolution vorgeschlagen:

Den Magistrat zu ersuchen, die Gesellschaft für ethische Kultur zur Herstellung von Lesehallen mit entsprechenden Geldmitteln zu unterstützen.

Die Resolution wird ohne Debatte angenommen. Der geforderte extraordinäre Beitrag von 3000 M. für das schon anderweitig subventionirte Magdalenenstift wird gestrichen. Die Spezialanträge für das Märkische Museum, das Statistische Amt und das Gewerbegericht werden genehmigt.

Zur Annahme gelangt ferner ohne Debatte folgende vom Etatsauschuss beantragte Resolution:

Die Versammlung ersucht den Magistrat thunlichst darauf Bedacht zu nehmen, daß Ausgabe-posten erst dann in den Etat eingestellt werden, wenn die bezüglichen Projekte und Kostenanschläge von der Versammlung definitiv genehmigt sind.

Zur Beratung kommen nunmehr die städtischen Steuer-etats und zugleich als dringliche Vorlage ein Antrag des Magistrats, im § 9 der Gemeindegrund- und Bauplatz-Steuerordnung die Worte „gemäß Gesetz vom 2. Juli 1875 erfolgte“ zu streichen. Der Oberpräsident hat die Anziehung dieses Baufluchtlinien-Gesetzes in der neu. Steuerordnung beanstandet, da danach nur der Mehrwerth derjenigen Liegenschaften besteuert werden könne, für die nach dem Erlaß dieses Gesetzes Baufluchtlinien festgesetzt sind, während kein Grund vorliegt, diejenigen Terrains steuerfrei zu lassen, für die schon vorher Baufluchtlinien festgesetzt waren.

Die Versammlung genehmigt diese Aenderung und nach den Etatsanschlägen die Einnahme aus der Bauplatzsteuer, Betriebssteuer, Hundesteuer, Brau- und Malzsteuer und Umsatzsteuer, nachdem bei letzterer Stadtr. Singer der Bemerkung des Referenten Stadtr. Liebenow, daß der Betrag von 2 Millionen wohl nicht werde erreicht werden, widersprochen hat.

Die beweglichen Steuern: Gemeinde-Grundsteuer, Gewerbesteuer, Einkommensteuer, werden nach dem zum Etat gefaßten Beschlusse so normirt, daß 144 pSt. des Normallohs der Grundsteuer = 5/2 pSt. des Nutzungswertes, 144 pSt. Gewerbesteuer und 96 pSt. des Normallohs von 22 600 000 M. der Gemeinde-Einkommensteuer für 1895/96 erhoben werden sollen. Damit ist die Einzelberathung des Etats erledigt, und es erfolgt die Annahme des Etats im ganzen; er balancirt mit 90 386 000 M.

Die übrigen Gegenstände werden vertagt. Schluß 1/2 Uhr.

Soziale Ueberblick.

Der städtische Arbeitsnachweis in Mülheim a. Rh., der bekanntlich in einer im Rathhaus aufgehängten Tafel besteht, soll am 1. April eröffnet werden. Die „Abein Jg.“ meint, daß die Stadtväter zur Eröffnung dieses Werkes den passendsten Tag gewählt haben. Wer sich also diese städtische Einrichtung, von der noch die spätesten Geschlechter singen und sagen werden, ansehen will, mag am 1. April einen Gang zum Rathhause machen.

Der städtische Arbeitsnachweis der Stadt Rön vermittelte in den drei Monaten seines Bestehens von 4193 männlichen Arbeitsuchenden 174 eine Arbeitsstelle. Darunter befanden sich 509, die als gewerbliche Arbeiter dauernde Beschäftigung erhielten.

Sämmtliche Lehrervereine von Barmen wurden unter das Vereinsgesetz gestellt. — Siehen diese etwa auch schon im Geruch, umfängerlicheren Ideen zu huldigen?

Einen köstlichen Beitrag zum Kampf für Religion, Ordnung und Sitte“ bringt das „Hamburger Echo“. Es schreibt:

„Ein unästhetisches Verhältniß“ soll, wie erzählt wird, die Finanzdeputation mit einigen Beherbergern unterhalten haben. Zwecks Regulierung von Strafzinsen hat, so wird erzählt, der hamburgische Staat im vorigen Jahre einige Häuser im Speckgang ankaufen müssen, in denen Vorderwirthschaften betrieben wurden. Die Finanzdeputation zog sehr hohe Mieten aus diesen Häusern, in Folge des „schlechten Geschäftsganges“ blieben aber einige der Vorderwirthschaften mit ihren Mieten in Rückstände. Daraus sollen dieselben nun von der Finanzdeputation auf Zahlung der rückständigen Miete verklagt worden sein, das betreffende Gericht aber soll die Finanzdeputation mit ihrer Klage gegen die Vorderwirthschaften kostenpflichtig abgewiesen haben, nach dem Rechtsgrundsatz, daß Klagen, denen ein „unästhetischer Vertrag“ zu Grunde liegt, nicht statthaft sind. Wir haben leider näheres über die Sache noch nicht erfahren können. Ist das erwähnte Urtheil wirklich ergangen oder ist es zutreffend, daß in staatlichen Gebäuden Vorderwirthschaften betrieben werden, dann ist das eine vortreffliche Illustration zum „Kampf für Religion, Ordnung und Sitte“.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Töpler! Kollegen! Unterzeichnete, in der am 26. März tagenden öffentlichen Töpferversammlung gewählte aus vier Personen bestehende Kommission unterbreitet Euch folgenden, in der Versammlung gefaßten Beschluß:

Die Versammlung weist mit Entrüstung das rigorose Vorgehen des Unternehmertums, insbesondere das der Zinnangewiesener gegen unseren Lohnarbiträr juristisch und macht es daher jedem einzelnen Kollegen zur unerlässlichen Pflicht, sich unter keinen Umständen die Reduzierung des Lohnarbiträr gefallen zu lassen, eventuell durch Arbeitsniederlegung den lautesten Protest zu erheben. Zur Regelung, Leitung und Kontrolle des sich daraus entwickelnden Abwehrkampfes und zur Entgegennahme von Beschwerden und Vorbringen, ist obige Kommission gewählt, die ihren Sitz im Lokale von Blaurod, Gipsstr. 16, hat und dort den ganzen Tag über alle Angaben und Beschwerden der Kollegen entgegennimmt. Auch ist die Kommission beauftragt, mit dem Unternehmertum, der hiesigen Innung, sowie der freien Vereinigung, eine gemeinsame Sitzung, zur gütlichen Beilegung und Schlichtung der Streitigkeiten anzubahnen.

Kollegen! Obgleich Stimmen aus der Versammlung sich nicht besonders viel von diesem Schritt versprechen, — indem wir bereits 10 Jahre organisiert sind und das Unternehmertum sich noch nie ernstlich herbeigelassen hat, mit uns gemeinsam über etwaige Mängel in unserem Gewerbe zu verhandeln — so war doch die übergroße Majorität der Kollegen dafür, nichts unversucht zu lassen, um endlich einmal eine Verständigung mit den Arbeitgebern, zur gütlichen Regelung der Lohnunterschiede herbeizuführen. Die Kommission ist daher beauftragt, die gemeinsame Sitzung in der kürzesten Zeit stattfinden zu lassen und über das Resultat der Verhandlung mit den Arbeitgebern, einer demnächst stattfindenden öffentlichen Töpferversammlung Bericht zu erstatten.

Kollegen! Eure Pflicht ist es nunmehr, mit ganzer Kraft den Beschluß der Versammlung, „unseren so schwer erzwungenen Lohnarbiträr unter allen Umständen hochzuhalten“, voll und ganz zur Durchführung zu bringen.

Auch ersuchen wir zugleich die Kollegen eindringlich, so viel wie möglich die retirirenden Beiträge in den Organisationen zu begleichen, damit Geld zur Unterstützung der streikenden Kollegen vorhanden ist. Dem. Böhme, Mor. Lother, Otto Münzapoß, Carl Thieme.

Achtung, Vergolder! In der am Sonnabend, den 30. d., stattfindenden Versammlung wird der Genosse Hoffmann über: „Die Gewerkschaften und die Umsturzwahl“ sprechen und werden die Kollegen ersucht, zahlreich zu erscheinen. Die Versammlung findet bei Deigmüller, Alte Jakobstr. 48a, abends 8 1/2 Uhr statt.

Die Porzellanarbeiter von Altwasser bei Waldenburg (Schl.) haben in einer von 400 Personen besuchten Versammlung die Aufrechterhaltung und Verschärfung der Sperre beschlossen. Die Fabrikleitung — es handelt sich um die Fabrik von G. Tilsch u. Co. — erhält sich zur Zeit noch durchaus ablehnend gegen die Forderungen der Arbeiter.

Die Maurer und Zimmerer in Jever (Oldenburg) treten in eine Lohnbewegung ein. Der Zugang ist sehr zahlreich.

Der Verband der Solinger Taschen- und Federmesser-Arbeiter beschloß in einer Versammlung nach eingehender Berathung, den streikenden Ausmachern ihre volle Sympathie auszusprechen und erklärt es als Pflicht des Verbandes, voll und ganz für die gerechten Forderungen der Streikenden einzutreten.

Der Streik der Arbeiter der französischen Zündholzfabriken ist nun unvermeidlich geworden. Nachdem ihnen der Finanzminister die geforderten Lohnerhöhungen verweigert hatte, versammelten sich gestern die Arbeiter und beschloßen nach langen Debatten mit 197 gegen 187 Stimmen, den Ausstand zu erklären. Die Arbeiter sämtlicher Zündholzfabriken wurden sofort telephonisch benachrichtigt und aufgefordert, die Arbeit einzustellen.

Depeschen.

Wolff's Telegraphen-Bureau.

Gené, 23. März. In einer gestern Abend stattgehabten, sehr zahlreich besuchten Versammlung der sozialistischen Arbeiterpartei wurde einstimmig beschlossen, auf die erste Aufforderung des Generalrathes den Streik zu beginnen.

Paris, 28. März. Eine Versammlung von 700 Arbeitern der staatlichen Zündholzfabriken von Pantin und Aubervilliers beschloß mit einer Mehrheit von 100 Stimmen den allgemeinen Streik. Die Ausständigen haben sich an alle anderen Fabriken gewandt mit der Aufforderung, sich dem Streik anzuschließen.

Paris, 28. März. Nach Meldungen aus Lima sind die Anhänger Balcarrals und Del Solar's mit Pirola nicht zufrieden und drohen mit einer Gegenrevolution.

Charleroi, 28. März. Das Schiedsgericht, welches den Arbeitgebern vorgeschlagen wurde, um den Ausbruch des allgemeinen Glasarbeiter-Ausstandes am 1. April zu verhindern, ist nicht zu stande gekommen. Es sind neue Vorbesprechungen eingeleitet.

New York, 27. März. Laut Nachrichten aus Colon von heute berichtet die Columbiische Regierung, daß am 15. d. Mts. eine Abtheilung Regierungstruppen etwa 2500 Auffständische bei Enfilo geschlagen und diesen Ort eingenommen hat. Der Verlust der Regierungstruppen betrug etwa 700, der der Auffständischen etwa 1200 Mann.

(Depeschen-Bureau Gerold.)

Brüssel, 28. März. Sollte die Situation in den Kohlenbezirken nicht bald bessern, dann werden weitere 7000 Mann Reserve eingezogen; der diesbezügliche Beschluß ist bereits unterzeichnet.

Brüssel, 28. März. Heute fand in der Kammer die Fortsetzung der Debatte über das Gemeinewahl-Gesetz statt. Van der Velde sprach sich mit äußerster Bestimmtheit gegen die Vorlage aus; er behauptete, die Regierung wolle die Revolution, um zeigen zu können, wie weit ihre Macht gehe; er (Redner) beschwöre die Deputirten, diesen Fehler nicht zu begehen. — Man glaubt, daß die Debatten über das Gemeinewahl-Gesetz vor Anfang nächster Woche nicht beendigt werden.

Brüssel, 28. März. Der allgemeine Ausstand erfährt immer weitere Kreise. Nun hat auch der Schneiderverein beschlossen, sich dem Streik anzuschließen. — Am 1. April soll in den Straßen Brüssels eine Kundendemonstration veranstaltet werden.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

71. Sitzung vom 28. März 1895. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Reichskanzler Fürst zu Hohenlohe, v. Bötticher, v. Marschall, Graf Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die erste Beratung des von den Abgg. Müller-Dortmund (natl.) und Hise (Soz.) beantragten, von allen Parteien mit Ausnahme der Sozialdemokraten und der süddeutschen und freisinnigen Volkspartei unterstützten Antrages auf Annahme eines Gesetzes wegen Aenderung des Gesetzes über die Einführung einer einheitlichen Zeitbestimmung. Danach sollen die höheren Verwaltungs-Beamten befugt sein, wenn die geschliche von der Ortszeit um mehr als eine Viertelstunde unterschieden ist, Abweichungen zuzulassen bezüglich des Beginns und der Beendigung der Arbeit jugendlicher und weiblicher Arbeiter, die jedoch eine halbe Stunde nicht überschreiten dürfen und die Dauer der Arbeitszeit selbst unberührt lassen müssen.

Nachdem der Antragsteller Abg. Müller-Dortmund die Vorlage damit begründet hat, daß die schon beim Erlaß des Gesetzes über die Einheitszeit vorausgesehenen Unzulänglichkeiten wirklich eingetreten seien, daß Verschiedenheiten zwischen den Mittagspausen in den Fabriken und in den Schulen eingetreten seien, wird die Vorlage sofort in zweiter Lesung genehmigt.

Es folgt die dritte Beratung des Reichshaushalts-Etats für 1895/96 und des dazu gehörigen Anleihegesetzes.

Eine Generaldiskussion wird nicht beliebt. In der Spezialdebatte werden die Etats des Bundesrats und des Reichstages ohne Debatte genehmigt.

Zum Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei beantragt der Abg. Graf v. Bernstorff-Welzen (Welse): Die verhältnismäßig geringen Veranschlagungen für die Verwaltungen der Heereskontingente, der Marine und der Reichspost ihren Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen — insbesondere an Getreide — thunlichst durch unmittelbaren Bezug von den inländischen Landwirthen decken und dabei soviel wie möglich Lieferungen auf mehrere Jahre vertragmäßig vereinbaren mögen auf Grundlage der für den betreffenden größeren Verwaltungsbezirk amtlich festgestellten, mehrjährigen Durchschnittspreise.

Abg. Graf Bernstorff-Welzen weist darauf hin, daß der Antrag bezweckt, wenigstens auf diesem Gebiete der Heeresverwaltung die großen Schwankungen der Getreidepreise zu vermeiden und zu verhindern, daß die Preise unter die Produktionskosten zurückgehen.

Abg. Gamp (Rp.) führt an, daß seine Parteigenossen im preussischen Abgeordnetenhaus bereits eine Resolution haben zukluliren lassen, durch welche die Regierung aufgefordert werden soll, in erster Linie die Produkte des eigenen Landes durch ihre Verwaltungen gebrauchen zu lassen, nicht bloß beim Getreide, sondern auch beim Holz und bei den industriellen Produkten. Eine Beschränkung auf die Heeresverwaltung sei nicht zweckmäßig; weshalb solle nicht auch die Eisenbahn- oder die Marineverwaltung zu demselben Verfahren angehalten werden. Es sei bedauerlich, daß die wichtige Resolution so spät in dritter Lesung vorgelegt werde. Das wichtigste an der Resolution sei aber wohl der Schluß, wonach die Verwaltung Kontrakte auf mehrere Jahre abschließen solle. Der Landwirth könne sich nicht auf mehrere Jahre binden, wenn er nicht die Gefahr laufen will, bei einer ungünstigen Ernte in die Hände der Händler zu geraten. Uebrigens würde die Vertragsabschließung auf mehrere Jahre schließlich auch dahin führen, daß die Verwaltung nur mit einigen Privilegirten unterhandelt, während die Mehrheit der Landwirthe davon keinen Vortheil hätte. Die Einwirkung des Verhältnisses der Militärverwaltung zu den Landwirthen würde schließlich auch keinen großen Einfluß auf die Preisfrage haben. Redner bittet deshalb die Resolution für jetzt zurückzugeben.

Abg. v. Bobbelski (nl.): Meine Parteigenossen stehen der Sache auch sympathisch gegenüber, haben doch aber erhebliche Bedenken; denn die Resolution müßte schließlich auf alle Lieferungen ausgebeugt werden, auf die Papierlieferungen für die Behörden und auf die Schwellenlieferungen für die Eisenbahnen. Der Antrag würde jetzt nur dem größeren Grundbesitz zu gute kommen, während wir für die Bauern sorgen wollen.

Abg. Barth (fr. Vp.): Gegen den Antrag in seinem ersten Theile wird niemand etwas einzuwenden haben, soweit dabei die Interessen der Reichsverwaltung nicht verletzt werden; in diesem Falle würde aber auch eine Aufforderung an die Verwaltungen überflüssig sein. Sobald aber gegen das Interesse der Verwaltungen, unter Verletzung der Interessen der Steuerzahler, eingekauft werden soll, verdient der Antrag keine Unterstützung in seinem ersten Theile. Der zweite Theil aber ist bedenklich; denn es sollen Landwirthe veranlaßt werden, langjährige Verträge abzuschließen über Getreide, welches noch nicht gewachsen ist, von dem sie auch nicht wissen, ob es auf ihren Feldern wachsen wird. Das sind Lieferungs-geschäfte der allerleichtfertigen Art. (Sehr richtig! links) leichtfertiger als die Lieferungs-geschäfte an der Börse, die nur auf Monate im Voraus abgeschlossen werden, nicht auf Jahre. (Sehr richtig! links.) Wir verwahren uns dagegen, daß auf diese Weise die Landwirthe zu Spekulationen geradezu angereizt werden. Solange der Lieferungspreis über den Börsenpreis stehen würde, würde man mit der Sache zufrieden sein, steigt der Börsenpreis aber über den Lieferungspreis, dann würde man darüber klagen, daß man den Landwirthen zu-muthe, so billig zu liefern.

Abg. Richter (fr. Vp.): Die Resolution ist schon so todt, daß sie todt nicht gemacht werden kann. (Heiterkeit.)

Abg. Gamp befreit, daß es sich hier um Geschäfte handle, welche mit den Lieferungs-geschäften an der Börse zu vergleichen seien. Es handle sich dabei nicht um Geschäfte, welche die Existenz eines Landwirthes vernichten könnten. In der Börsen-enquete wurde allerdings von allen Börseninteressenten der Land-wirthschaft der Rath gegeben, sich an der Börse zu decken gegen die Preis-schwankungen. Ich habe stets dagegen gesprochen, weil dadurch die Landwirthschaft in die Börse und ihr Treiben hineingezogen würde. Bei der Vorlage über die Börsenreform werden die Sachen eingehender behandelt werden können. Im Gegensatz zum Abg. Barth möchte ich darauf halten, daß die Betriebsverwaltung des Staates und des Reiches die einheimische Produktion begünstigen, auch wenn dieselbe etwas theurer liefern sollte, als die ausländische, wie dies bei der Eisenbahn-verwaltung schon geschieht. (Zustimmung rechts.)

Abg. Schoenlank: Ich möchte nur darauf hinweisen, daß in den Verhandlungen des Landes-Oekonomikollegiums Herr v. Röder (Ober-Gluth) über die Verhandlungen der Börsen-Enquetekommission berichtet und folgendes gesagt hat: „Leider muß ich sagen, daß unter den Vertretern der hohen Bureaokratie in der Kommission eigentlich nur ein Mann war, der ein wirkliches Herz für die Reform und ein außerordentliches Verständnis für die Sache an den Tag legte.“ Das ist der Honig, Herr Gamp, aber der Wermuth kommt gleich: „Das war der Geh. Ober-Regierungsrath Gamp. Ich will dabei nicht unter-

lassen zu bemerken, daß sein Einfluß — er war auch stellvertretender Vorsitzender — etwas abgeschwächt wurde durch die außerordentliche Beweglichkeit seines Geistes, daß er z. B. einen Antrag, den er kurz vorher mit großer Lebhaftigkeit vertheidigt hatte, eine Viertelstunde später mit großer Bereitwilligkeit unter den Tisch fallen ließ.“ Das Protokoll verzeichnet hier Heiterkeit und ich schließe. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag des Grafen Bernstorff wird darauf gegen die Stimmen desentrums, der Welsen und einiger Nationalliberalen (u. a. v. Heyl) abgelehnt. Der Etat des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wird genehmigt.

Beim Etat des auswärtigen Amtes beschwert sich Abg. Bachem (Z.) über die schlechte Behandlung, welche die katholische Mission auf den Marshallinseln seitens der die Oberhoheit ausübenden Neu-Guinea-Kompagnie zu erfahren habe. Eine Aenderung kam nur erzielt werden, wenn das Deutsche Reich die Hoheit in jenen Gegenden übernimmt. Es läme dabei allerdings in Frage, ob die Verwaltung dieses Schutzgebietes nicht unseren Etat überlastet; aber man könnte die Kosten auf die Neu-Guinea-Kompagnie übertragen.

Direktor der Kolonialabtheilung Kaiser: Ich kann auch nur meinem Bedauern Ausdruck geben, daß die Verhältnisse der dortigen Landesverwaltung und der Mission nicht bessere sind. Die Gründe sind verschiedener Natur, zum theil liegt es daran, daß die Missionen aus Frankreich stammen, daß es erst nach längerer Zeit gelingen wird, deutsche Missionen dorthin zu bringen, zum theil liegt es daran, daß eine Erwerbsgesellschaft die Hoheitsrechte ausübt; wozu ein reiner und vorurtheilsloser Blick notwendig ist. Aber wir können der Gesellschaft ihre Rechte nicht ohne weiteres entziehen, obgleich nach der Erfahrung die Zeit solcher Kompagnien eigentlich vorüber ist. Es giebt nur den einen Ausweg, daß die Kompagnie ihre Landeshoheit auf das Reich überträgt.

Abg. Hammacher (natl.) unterstützt die Anregung des Abg. Bachem; die Klagen desselben seien ihm sehr wohl bekannt und er müsse erklären, daß der verantwortliche Beamte daran einen nicht geringen Theil der Schuld trage. Bei Rechtsstreitigkeiten ist die Neu-Guinea-Kompagnie fast immer be-theiligt, während die von ihr abhängigen Personen den Gerichtshof bilden. Das ist ein unerträglicher Zustand; das Reich muß die Hoheitsrechte wieder in seine Hand nehmen. Die wirtschaftlichen Ausgaben einer solchen Gesellschaft sind sehr umfangreiche; die Beamten derselben sind mit Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Befähigung ausgewählt und nicht in bezug auf ihr Verwaltungstalent. Die Hoheitsrechte müssen durch das Reich ausgeübt werden; ob die Kosten dafür ganz oder zum theil der Neu-Guinea-Kompagnie auferlegt werden, ist eine besondere Frage.

Abg. Bachem (Z.) befreit, daß die Nationalität der Missionäre zu irgendwelchen Klagen Anlaß gegeben habe.

Der Etat des auswärtigen Amtes wird genehmigt.

Zum Etat der Schutzgebiete:

Abg. v. Volkmar (Soz.): Seit dem vorigen Jahre haben wir über das Resultat der Untersuchung in dem Falle des Assessors Wehlan nichts erfahren; bei der zweiten Lesung haben wir nur erfahren, daß die Akten seinem Vorgesetzten, dem preussischen Justizminister zugesandt worden sind, daß aber eine Antwort noch nicht erfolgt ist. Vielleicht wird die Regierung sagen, daß eine weitere Erörterung dieser Angelegenheit mit dem Interesse einer unbeeinträchtigten Rechtsprechung nicht vereinbar sei. Es handelt sich aber hier nicht um eine ordentliche Rechtspflege, sondern um ein Disziplinarverfahren. Wir dürfen also hier nicht dieselbe Rücksicht nehmen, wie wir es in dem Falle Leist gethan haben. Die Untersuchung in der Angelegenheit des Kameruner Anstaltbesitzes ist bekanntlich von dem Herrn Geheimen Regierungsrath Rose geführt worden. Nun weiß ich nicht, von wem die Untersuchung in dem Falle Wehlan geführt worden ist. Vielleicht von dem Herrn Gouverneur v. Zimmerer selbst? Wenn das der Fall sein sollte, so bin ich der Meinung, daß man einen größeren Mißgriff gar nicht hätte machen können, denn Herr v. Zimmerer ist in der Angelegenheit des Kameruner Aufstandes selbst keineswegs unkompromittirt geblieben und gerade Assessor Wehlan war der besondere Liebling von Zimmerer. Ich habe dafür Beweise. Assessor Wehlan ist seinerzeit nach Kamerun geschickt worden, so viel ich weiß, mit dem Zweck, dort das Grundbuch zu führen. Er ist aber größtentheils auf Reisen gewesen und schließlich sogar zum Kommandeur der dortigen Polizeitruppe avancirt. Allerdings ist er unter seinem Kommando vollständig gerüthet worden. Herr v. Stetten, welcher nach Wehlan das Kommando der Polizeitruppe übernommen, hat in einem amtlichen Bericht an das Gouvernement ausgesprochen, daß die Leute völlig verwildert und zu militärischen Akten unfähig gewesen seien, als er das Kommando übernahm. Herr v. Zimmerer hat nun diesen selben Bericht dem beschuldigten Assessor Wehlan zum Discret übergeben. (Hört! hört!) Herr v. Zimmerer ging auf Urlaub und nochher kam vom Auswärtigen Amt an das Gouvernement in Kamerun die dringende Aufforderung, wo denn der Bericht des Herrn v. Stetten eigentlich stehe. Höchst wahrscheinlich hatte Herr v. Stetten eine Abschrift seines Berichtes direkt an das Auswärtige Amt gesandt. Auf die Aufforderung von Berlin hin wurde das Gouvernement drei Tage lang von oben bis unten durchsucht. Der Bericht fand sich nicht, dagegen im Journal eine Notiz, daß Herr Wehlan ihn zum Referat erhalten hätte. Wehlan war aber unterwegs; es wurde eine Expedition ihm nachgeschickt, der er schließlich den Bericht ausgehändigt hat. Man sollte hierüber auch Herrn v. Stetten vernehmen. Wenn diese ungeheuerlichen Vorwürfe gegen Herrn Wehlan erhoben werden, dann sollte er dem ordentlichen Gericht übergeben werden. Denn es handelt sich hier eigentlich um schlimmeres als im Falle Leist, denn er soll sich des größten Mißbrauchs der richterlichen Gewalt schuldig gemacht haben; er soll durch Anwendung reichlicher Prügel Gefändnisse heraus-gereißt haben in offener Gerichts-sitzung. Sollte die Regierung nicht genügend informiert sein, so würde sie die Bestätigung in den Kameruner Akten finden können, und wenn es die Regierung wünscht, so könnten wir ihr unter Umständen die betreffenden Journalnummern anführen. (Hört! hört!) Was nun die behaupteten Schandthaten Wehlan's auf seinen Expeditionen betrifft, tagelanges Festschließen, Niederschießen halb vermachter Leute, Verbungen von Gefangenen u. s. w., so ist in der öffentlichen Presse behauptet worden, daß sich diese ungeheuerlichen Dinge als wesentlich übertrieben herausgestellt hätten. Da wäre es nun von Interesse zu erfahren, ob denn die Regierung in dieser Sache gegenüber diesen Vorwürfen alle Zeugen vernommen hat. Sollte dies nicht geschehen sein, so kann ich ihr einige nennen (Redner nennt u. a. Hauptmann Hering und Offiziere und Mannschaften des Schiffes „Nachtigall“). Die bloße Skizzenfrage, ob Wehlan preussischer oder Reichsbeamter ist, sollte hier doch nicht maßgebend sein, sondern das öffentliche Bewußtsein, dem schon längst eine Genugthuung hätte verschafft werden müssen.

Schließlich noch eine Frage. Herr Leist hat in einem Interview gewissermaßen, um die ihm nachgewiesenen Thaten zu entschuldigen, behauptet, daß es andere Repräsentanten des Reichs dort auch nicht anders machten; ein Offizier hätte, in einer Pängematte liegend, auf alle Schwarzen, welche in seinen

Gefichtskreis gekommen wären, zu seiner Unterhaltung mit dem Revolver geschossen. (Hört! hört!) Wenn das wahr wäre, so läge darin die schlimmste Anklage gegen jenen Offizier. Ich frage: Hat die Reichsregierung Herrn Leist zur Reueung des Namens des betr. Offiziers aufgefordert und ist, falls dies geschehen, gegen den betr. Offizier die Untersuchung eingeleitet worden? (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Marschall: Die letzte Frage beantwortete ich mit Nein; sie wird erst vor dem Reichsgericht zum Antrage kommen. Gegen Wehlan ist eine Disziplinaruntersuchung geführt worden und zwar in Kamerun. Wir haben diese Untersuchung nicht durch Herrn v. Zimmerer führen lassen, aber nicht weil er kompromittirt gewesen wäre in der Affäre Leist. Herr Regationsrath Rose vom auswärtigen Amt hat die Untersuchung geführt. Sie ist aber noch nicht abgeschlossen und unter diesen Umständen kann ich auf die Anklagen des Vorredners nicht eingehen. Ich möchte doch anheimstellen, ob es richtig ist, so wie der Vorredner von einem Manne, von seinen Schandthaten u. s. w. zu reden, gegen den ein Urtheil noch nicht gefällt worden ist. Sofort, nachdem die Disziplinaruntersuchung abgeschlossen war, sind die Akten dem preussischen Justizminister mitgetheilt worden, weil es sich um die Frage handelte, ob die Untersuchung von preussischen oder Reichsbehörden zu erfolgen hat, vor den ordentlichen oder vor den Disziplinargerichten. Eine Antwort ist mir noch nicht zugegangen; ich glaube, sie wird in den nächsten Tagen erfolgen. Daß wir alle Vorwürfe als unbegründet zurückzuweisen geneigt sind, ist bezüglich der Fälle Leist und Wehlan nicht zutreffend. Die Untersuchungen sind in der gründlichsten und unparteiischsten Weise geführt worden; wir werden nichts beschönigen und nichts vertuschen, sondern einfach der Gerechtigkeit ihren Lauf lassen.

Abg. v. Volkmar (Soz.): Von Schandthaten habe ich nicht als von meinem Urtheil gesprochen, sondern nur von Schandthaten, die man ihm vorgeworfen habe. Der Staatssekretär meinte neulich, wer solche Anklage erheben wolle, der müsse mit seinem Namen dafür eintreten. Herr Dr. Valentin hat die Anklagen, die bewiesen werden können, erhoben und ist trotzdem aus dem Reichsdienste ausgeschlossen worden.

Staatssekretär v. Marschall: Nicht wegen seiner wahrheitsgemäßen Anklagen, sondern weil er dieselben, obgleich er noch im Dienste des Reiches war, in der Presse veröffentlichte, ohne seinen vorgesetzten Behörden etwas davon mitzutheilen.

Beim Etat des südwestafrikanischen Schutzgebietes erkennt Abg. Hammacher (natl.) die großen Verdienste des Major Leutwein für die Herstellung der Ruhe in dortigen Gebieten an, bedauert aber, daß derselbe die Meinung habe, daß die Besiedlung der dortigen Kronlandereien vom Reiche durchzuführen sei. Dazu eignen sich aber Reichsbehörden nicht. Die Regierung würde dadurch eine Verantwortung auf sich nehmen, die sie nicht tragen könne.

Direktor der Kolonialabtheilung Kaiser: Die mir vom Reichskanzler gegebenen Instruktionen stimmen mit den Ausführungen des Vorredners überein. Danach sind dem Major Leutwein die Anweisungen dahin ertheilt worden, daß er nicht selbst die Besiedlung vornehmen, sondern sich von der Gesellschaft unterstützen lassen solle.

Beim Reichsamte des Innern erinnert Abg. Noeren (Z.) daran, daß er bei der zweiten Lesung im vorigen Jahre für die Vorlegung eines Gesetzes über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes eingetreten sei. Ein Entwurf auf grund vorhergehender sachverständiger Berathung ist im Reichsamte des Innern ausgearbeitet und publizirt worden. Bis zur Zeit ist die Vorlage aber nicht an den Reichstag gekommen. Wenn die Vorlage aber in dieser Session nicht dem Reichstage zugehen sollte, so würde ich das bedauern im Interesse der hunderte von Existenzen des kleineren und mittleren Gewerbestandes, welche durch den unlauteren Wettbewerb immer mehr ruiniert werden. Ich möchte um die Erklärung darüber bitten, ob wir noch in dieser Session einen solchen Gesetzesentwurf zu erwarten haben.

Staatssekretär v. Bötticher: Der im Reichsamte des Innern fertiggestellte Gesetzesentwurf über den unlauteren Wettbewerb ist publizirt und den Bundesregierungen zugestellt, deren Gutachten zum großen Theil jetzt vorliegen; leider stehen zwei der größeren Bundesregierungen noch aus. In der Presse ist ein reichhaltiges Material enthalten gewesen. Dieser Umstand hat Veranlassung gegeben, schon jetzt, ohne den Rest der Gutachten abzuwarten, Aenderungen an dem Entwurf vorzunehmen und sie den Regierungen zu unterbreiten; ich nehme an, daß die weiteren Berathungen sich in verhältnismäßig kurzer Zeit werden erledigen lassen. Große Bedenken knüpfen sich namentlich an den § 7 über die Verfolgung des Verathes der Geschäfts-Betriebsgeheimnisse; dieser § 7 ist daher in erster Linie einer Korrektur unterzogen worden. Ich hoffe, daß dadurch diejenigen beruhigt werden, welche beantragt waren über die Verwerfung ihrer erworbenen Kenntnisse. Ich hoffe, daß die Vorlage den Reichstag noch in dieser Session beschäftigen wird. (Hört! links.) Es kommt natürlich darauf an, wie lange der Reichstag noch sitzen wird (Große Heiterkeit); aber ich glaube, er ist noch lange nicht zu Ende.

Auf Anfrage des Abg. Kruse (ntl.) erklärt der Staatssekretär v. Bötticher, daß die Nichtwiderverlegung des Seuchengesetzes veranlaßt ist durch die sonstige Belastung des Reichstages mit wichtigen Vorlagen. So große Neigung für das Seuchengesetz beim Ausbruch der Cholera auch vorhanden war, so giebt es doch heute schon Elemente genug, welche meinen, es geht auch so. Ich nehme aber an, daß, sobald die sonstigen Geschäfte des Reichstages es zulassen, das Gesetz von neuem vorgelegt wird.

Abg. Köstke (widl) kommt zurück auf seine Auseinandersetzungen mit dem Abg. Müller-Dortmund über die Fort-führung der Sozialreform und bleibt dabei, daß diese Fortführung die Sozialdemokratie nicht gefördert würde. Er beruft sich auf das Urtheil deutscher und ausländischer Sachverständiger, welche die weitere Durchführung von sozialpolitischen Maßnahmen für nothwendig halten zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens, namentlich müßten die Berufsvereine einen gesetzlichen Schutz erhalten.

Abg. Müller-Dortmund (ntl.) bleibt dabei, daß die Gewerkschaften schließlich nur Streikorganisationen werden würden; in England seien die meisten Gewerkschaften sozialistisch geworden, wenn dort auch mehr die Volkmar'sche, als die Bebel'sche Richtung vorherrsche. Jedenfalls wird durch eine umfassende Organisation der Gewerkschaften der soziale Friede nicht gefördert.

Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.): Wir hätten der Reichsregierung die Umsturz- und die Tabaksteuer-Vorlage gern gesehen, wenn wir dafür eine verbesserte Auflage des Reichs-Seuchengesetzes erhalten hätten, damit wir geschützt werden gegen die Gefahren der Seucheneinführung. Redner empfiehlt ferner die Einführung der obligatorischen Leichenschau.

Staatssekretär v. Bötticher erklärt, daß demnächst vielleicht der Entwurf eines solchen Gesetzes vorgelegt werden würde.

Abg. Bebel: Herr Müller wollte einen Gegensatz zwischen Volkmar und mir konstruiren. Ich fordere ihn auf,

mir nachzuweisen, worin denn dieser Unterschied hauptsächlich begründet ist. Soweit die Tätigkeit hier im Reichstag in Betracht kommt, wird er einen Unterschied zwischen derjenigen Richtung, welche man die Vollmar'sche zu nennen beliebt und der meinigen, nicht entdecken können und ebenso wenig in einem großen Teil der Tätigkeit, welche unsere Partei im allgemeinen draußen im Reich entfaltet hat. Unter großer Unruhe des Hauses, bei welcher seine Ausführungen nur theilweise verständlich sind, geht Redner dann noch auf die Verhältnisse der englischen Gewerkschaften ein. Der letzte Kongress der Trades-Unions zeigte, daß die englischen Gewerkschaften der großen Mehrheit nach in sozialistische Lager übergegangen sind. Daß viele alten Gewerkschaftsführer mit dieser Richtung nicht einverstanden sind und die Sozialisten wieder herauszufinden suchen, ändern nichts an dieser Thatsache. Auf dem nächsten Gewerkschaftskongress in London werden zum ersten Male zugleich die internationalen sozialistischen Arbeiter mit vertreten sein. Zwischen Arbeitgeber und Arbeiter bestehe nun einmal ein Klassenkampf und da sei es jedenfalls besser und läge auch im Interesse der Kapitalisten, wenn beide Parteien, auch die Arbeiter in bestimmter Organisation, auf Seite der Arbeiter durch Berufsvereine, einander gegenüberstünden. Dieses sei die Ansicht aller seiner Freunde. Gätte man bestimmte Vertreter, mit denen man verhandeln könne, so könne man leicht versuchen, einen Vergleich herbeizuführen, ehe man zum äußersten schreite. Es sei ganz falsch, den Sozialdemokraten vorzuwerfen, daß sie mit Eifer um Lohnstreitigkeiten hinarbeiteten. Sie wollen nicht den Kampf um des Kampfes willen. Dazu sind sie viel zu klug, als daß sie ihre Kräfte vergeuden, die sie in einem anderen Kampfe besser verwenden können. Sei aber der Kampf einmal entbrannt, dann werde er auch zu Ende geführt. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Barth (fr. Bg.): Diese Sache hat allerdings nur wenig Zusammenhang mit dem Etat des Reichsamts des Innern; aber nach den bisherigen Ausführungen kann ich mir doch die Bemerkung erlauben, daß die spezifischen sozialistischen Ideen der deutschen Sozialdemokratie in den englischen Gewerkschaften noch keine Wurzel geschlagen haben.

Abg. Meißner (Hamburg, Soz.): Der Reichskanzler hat zur Erhöhung der Sicherheit des Seeverkehrs verschiedene Maßregeln in Aussicht gestellt, aber eine hat dabei gefehlt: eine Revision der Seemannsordnung. Das Unglück der „Elbe“ soll hauptsächlich durch die Nachlässigkeit und Fahrlässigkeit der Mannschaft der „Crathie“ herbeigeführt worden sein und im vorigen Jahre hat auch ein deutsches Schiff einen englischen Dampfer an der dänischen Küste unter ähnlichen Umständen in Grund gefahren. 1892/93 hat unser Fraktionsgenosse Schwarz einen Antrag eingebracht, welcher die Wünsche der See-Steuereute und Maschinen nach dieser Richtung formalisierte. Ist die Revision der Seemannsordnung bereits in Angriff genommen und haben wir demnächst eine Novelle zu erwarten?

Staatssekretär v. Böttcher: Die Arbeiten dafür sind im besten Fortschreiten; die technische Kommission für das Seewesen ist damit befaßt; ihr ist auch der Entwurf der sozialdemokratischen Fraktion mitgeteilt worden. (Abg. v. Vollmar: Sehr gut!) Wir benutzen alles. (Heiterkeit.)

Abg. Werner (Deutschf. Reformp.) bemängelt, daß die Beamten des statistischen Amtes vom Direktor desselben engagiert werden ohne Rücksicht auf die Stellung, die sie früher eingenommen haben; das müßte eigentlich von Reichs wegen festgestellt werden. Ferner beständen manche Klagen über die Ueberführung der diätarisch beschäftigten Beamten in die etatsmäßigen Stellen.

Abg. Ulrich (Soz.) beschwert sich über die lange Dauer der Prozesse vor dem Reichs-Versicherungsamt und fragt, ob nicht durch eine Aenderung der Organisation der Arbeiterversicherung eine Besserung geschaffen werden könne. Redner führt einen Fall an, in welchem ein Verletzter 18 Monate seiner Rente verlustig gegangen ist, weil er eine bestimmte Geldanzahl nicht bezogen wollte. Auch komme es vor, daß ein armer Verunglückter von einer Berufsgenossenschaft zur anderen geschickt werde.

Abg. Köstke (Wid): Durch die Versicherungsgesetze sind solche Uebelstände nicht sämtlich aus der Welt zu schaffen. Auch die Berufsgenossenschaften haben, wie alle Menschliche, ihre Fehler. Ihre Urtheile beruhen auf den Urtheilen der Ärzte und diese stehen sich oft diametral gegenüber, so daß die Berufsgenossenschaften erst nach längerer Zeit zur Entscheidung kommen können. Das Reichs-Versicherungsamt hat aber mit diesen Dingen erst etwas zu thun, wenn der Rekurs eingelegt wird. Die Berufsgenossenschaften haben verschiedene Aenderungen der Gesetzgebung gewünscht, um Mißstände zu beseitigen.

Es folgt der Militäretat.
Abg. Hansmann (Fdb. Sp.) weist darauf hin, daß die abnormen Witterungsverhältnisse dieses Winters es wünschenswerth machen, daß den Soldaten Urlaub im Frühjahr gewährt wird, damit sie ihren Angehörigen bei der Feldarbeit helfen können, weil die Witterungsverhältnisse die Bestellung lange zurückgehalten haben. Namentlich die kleineren Landwirthe wissen nicht, woher sie die Kräfte für diese notwendigen Arbeiten hernehmen sollen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Ich nehme an, daß der Vordränger sich nur auf die besonders lokalen Verhältnisse bezogen hat; ich würde ihm daher rathen, sich mit dem württembergischen Kriegsminister in Verbindung zu setzen. In Preußen ist mir von einem Nothstande nichts bekannt geworden; er pflegt auch nur zur Erntezeit einzutreten. Sollte er sich jetzt noch bemerkbar machen, so werden wir die nöthigen Erwägungen eintreten lassen.

Abg. Preiß (Wid, Elsaß-Lothringer) beschwert sich darüber, daß die in Colmar garnisonirenden Kavallerieerthebe vermietet werden in Konkurrenz mit den privaten Fuhrunternehmern.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff: Nach den erlassenen Instruktionen dürfen Dienstreise an Privatpersonen nicht vermietet werden. Fälle der Art sind mir nicht bekannt. Sollte gegen die bestehenden Dienstvorschriften verstoßen sein, so würde der betreffende zu bestrafen sein.

Abg. Frank (Baden, natl.): Auch der Weinbau leidet jetzt unter der Arbeiternoth; der Kriegsminister sollte doch der Frage etwas näher treten.

Bei den einmaligen Ausgaben beantragen die Abg. v. Ploetz und Genossen, die gestrichene Position von 150 000 M. für eine Kavalleriekaserne in Torgau und einen Exercierplatz daselbst wieder aufzunehmen.

Die Abg. Günther (natl.) und Richter (fr. Sp.) widersprechen dem Antrage im Interesse der Verlassung der Kasernen in Marburg und Weisenfels; letzterer weist auch darauf hin, daß es durch die Beschlässe noch nicht gelungen sei, die ganze Spannung zwischen Matricularbeiträgen und Ueberweisungen zu beseitigen.

Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff empfiehlt die Annahme des Antrages. Derselbe wird gegen die Stimmen der Konservativen und einiger Zentrumsmitglieder abgelehnt. Mehrere Anträge betreffen die Bewilligung des Truppen-Übungsplatzes in Loßstedt und der Infanteriekaserne in Worms, wogegen andere Positionen ermäßigt werden sollen.

Für Worms sind nur 400 000 M. bewilligt worden, während 600 000 M. notwendig sind.

Abg. v. Podbielski will diese Summe bewilligen, dafür aber die Hälfte zum Neubau einer evangelischen Garnisonkirche in Straßburg i. E. von 100 000 M. reichen, während **Abg. Gröber** die dritte Rate für eine Infanteriekaserne in Köln von 845 000 M. auf 745 000 M. ermäßigen will. Außerdem sollen 100 000 M. erspart werden bei der Kavalleriekaserne in St. Johann-Saarbrücken.

Für Loßstedt sollen statt 1 200 000 M., die gestrichen sind, nur 800 000 M. bewilligt werden, während für den Truppen-

übungsplatz des IV. Armeekorps statt der geforderten Summe von 2 000 000 M. nur 1 200 000 M. bewilligt werden sollen.

Abg. Gröber (B.) erklärt sich für diesen Antrag; das Zentrum will sich aber für Loßstedt nur für 1 200 000 M. also für die Vergrößerung des Übungsplatzes mit 1800 Hektar festlegen, nicht für die weitere Vergrößerung des Platzes um noch einmal so viel. Aber für den Abbruch bei einer evangelischen Garnisonkirche können wir nicht stimmen, um auch nur den Schein zu vermeiden, daß wir dem Bau einer evangelischen Garnisonkirche widersprechen.

Abg. Richter (fr. Sp.): Bei dem Loßstedter Übungsplatz handelt es sich um ein ganz neues Engagement, während die Äquivalente nur eine Hinanzschiebung bereits bewilligter Engagements bedeuten. Deshalb erkläre ich mich gegen die Bewilligung von Loßstedt. Anders liegt die Sache bezüglich Worms. Nachdem die dortige Kaserne einmal genehmigt ist, kann es uns gleichgültig sein, ob in einem Jahre 400 000 oder 600 000 M. verwendet werden. Wegen des Ausgleichs möchte ich die Anträge des Herrn Gröber und des Herrn v. Podbielski zusammen annehmen, um keinen zu verlegen (Heiterkeit); die 100 000 M. würden bei den Matricularbeiträgen zur Entlastung nicht zu verschmähen sein.

Abg. v. Podbielski zieht seinen Antrag wegen der Garnisonkirche in Straßburg zurück.

Die sämtlichen Anträge mit Ausnahme des zurückgezogenen werden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen angenommen.

Domit ist der Militäretat erledigt.

Es folgt der Etat der Marineverwaltung. Beim Reichs-Marine-Amt bemängelt **Abg. Ricker**, daß den Werftschreibern die vom Reichstage 1892/93 bewilligte höhere Befoldung nicht gewährt worden ist.

Staatssekretär Hollmann: Die Thatsache ist richtig; es scheiterte aber die Ausführung der beabsichtigten Maßregel daran, daß die Regelung dieser Angelegenheit gleichmäßig für Preußen und das Reich erfolgen mußte. Es wird aber jetzt den Werftschreibern der Rang der Unterbeamten gewährt und das entsprechende Gehalt gezahlt werden.

Abg. Ricker: Es sei nicht nöthig, daß alles im Reich erst nach Zustimmung des preussischen Finanzministers gemacht werde; das Reich solle etwas selbständiger in dieser Beziehung vorgehen.

Im übrigen wird der Marineetat ohne weitere Debatte bewilligt.

Zum Titel Reichs-Justizamt nimmt das Wort der

Abg. Gerisch (Soz.): Als bei der vorjährigen Verathung des Etats mein Fraktionsgenosse Auer die Praxis der sächsischen Gerichte gegen Vertbeiler sozialdemokratischer Wahlsflugblätter zur Sprache brachte, erklärte der Staatssekretär Niederding, daß nach seiner Meinung und wohl auch nach der Auffassung der verbündeten Regierungen die Verbreitung von Wahlsflugblättern, wenn sie im übrigen in den Formen und unter den Voraussetzungen des Gesetzes vor sich gehen, deshalb nicht unzulässig wird, weil der betreffende Vertbeiler diese Druckschriften öffentlich trägt, so daß jedermann sehen kann, was sie enthalten, oder daß er sie jedermann anbietet, ohne Rücksicht auf die Person, ihren Stand und ihre Stellung oder ohne Rücksicht auf politische oder religiöse oder sonstige Anschauungen. Aber 14 Tage später, nachdem der Staatssekretär hier diese Erklärung abgegeben hatte, wurden in Chemnitz wiederum einige 20 Vertbeiler von sozialdemokratischen Wahlsflugblättern in Aufregung verfaßt und schließlich auch wegen angeblicher Verübung von grobem Unfug in allen Instanzen zu 10 M. Ordnungsstrafe verurtheilt. Dabei hat das Schöffengericht ausdrücklich festgestellt, daß hauptsächlich nach außen eine ernste Mißachtung durch das Thun der Angeklagten nicht erfolgt, insbesondere die Ordnung der Strafe nicht gestört worden ist. Zur Verurtheilung kam das Schöffengericht aber doch, und zwar gerade wegen der Momente, die der Staatssekretär hier im Reichstage als ein selbstverständliches Recht des Staatsbürgers bezeichnet hatte. Sämtliche Instanzen haben zunächst eine hösliche Verurteilung vor dem § 43 gemacht und anerkannt, daß die Verbreitung an sich straflos ist, weiterhin aber aus der Vertheilung der Flugblätter an einem Sonntag Morgen gefolgert, daß dadurch die Bevölkerung „beunruhigt“ wurde, denn am Sonntag wolle jedermann für sich Ruhe und Frieden haben. Bei konsequenter Durchführung dieser Grundsätze ist schließlich jede Verbreitung von Flugblättern unmöglich, denn die Gerichte werden, wenn die Vertheilung etwa in den Abendstunden vorgenommen wird, dann erklären, daß auch am Abend jedermann seine Ruhe haben wolle. Wie sehr die sächsischen Behörden bemüht sind, jedermann das feilische Gleichgewicht zu erhalten, geht auch aus einer anderen Gerichtsverhandlung in Dresden hervor. Ein Redakteur war angeklagt, weil er in einer Gewerkschafts-Versammlung eine öffentliche Aergerniß erregende Aeußerung gethan haben sollte. Nun wurde aber bewiesen, daß gerade die unter Anklage stehende Aeußerung mit lebhaftem Beifall aufgenommen worden war, also nicht Aergerniß, sondern Freude erregt hatte. Der jene Versammlung überwachende Beamte erklärte nun, daß er am Ende des Saales einige Personen bemerkt habe, die an diesem Beifall sich nicht betheiligten, sich daher über die Aeußerung wohl geärgert haben. (Hört! hört! und Heiterkeit.) Der Redakteur wurde daraufhin zu 6 Tagen Haft verurtheilt. Wenn aber alle diese angeblichen Beunruhigungen bereits so hart bestraft werden, wie sieht es denn mit der Beunruhigung der Bürger durch andere Faktoren unseres Staatslebens. Wenn schon Arbeiter mit 10 Mark Ordnungsstrafe belegt werden, weil sie durch die Verbreitung eines verhältnismäßig harmlosen Flugblattes Leute beunruhigt haben sollen, wie viel Ordnungsstrafe haben dann die verbündeten Regierungen mit ihrer seit Jahren fortgesetzten Beunruhigung der Tabakindustrie mit ihren zehntausenden von Arbeitern verdient? (Heiterkeit.) Die Sozialdemokratie wird von ihren Gegnern auch nicht geschont! Und gerade im Königreich Sachsen leistet beispielsweise die Amtspresse in der Berührung der Sozialdemokratie das menschenmögliche. So ist es auch wieder bei den sogenannten Wum'schen Enthaltungen über die Sozialdemokratie gewesen. Während alle Zeitungen, die noch einen Funken von Ehr- und Anstandsgefühl besaßen, die Publikation dieser Enthaltungen ablehnten, haben ihr die sächsischen Amtsbücher ihre Spalten geöffnet und auch von der später durch die Organe meiner Partei erfolgten Nichtigstellung nicht die geringste Notiz genommen. Viele tausende von Sozialdemokraten, die diese amtlichen Blätter der in ihnen enthaltenen Bekannmachungen halber lesen müssen, mußten es ruhig über sich ergehen lassen, als elende, lässliche Subjekte geschildert zu werden, ohne wegen der Kränkung und „Beunruhigung“, die ihnen dadurch widerfuhr, die Hilfe des Rabi in Anspruch nehmen zu können. Das ist die bekannte doppelte Buchführung, die mein Parteigenosse Auer bereits bei der vorjährigen Verathung genügend geschildert hat. Wir können nun weder die sächsischen Behörden noch die sächsischen Gerichte an der weiteren Anwendung dieser doppelten Buchführung hindern, nur dürfen Sie sich nicht wundern, wenn der Kreis der Personen, die jedes Vertrauen zu unserer Justiz verloren, immer größer und dieselbe schließlich und zumal in Sachen zum Kinderpott wird.

Bei den Einnahmen aus dem Bauwesen erhält unter großer Unruhe das Wort gegen 5 Uhr

Abg. Ahlwardt: Ich hätte das Wort nicht ergriffen, wenn Herr v. Kardorff mich nicht neulich in die Debatte gezogen hätte. Die deutsche Reichsbank hat nicht die Ideen vermittellich, welche Friedrich den Großen bei der Gründung der preussischen Bank geleitet haben, nämlich den kleinen Leuten zu dienen. Die Reichsbank ist ein Kreditinstitut für das Großkapital. Die Inhaber dieser Bank sind zum theil nicht germanischen Stammes und besitzen zum großen Theil nicht einmal

die Reichsangehörigkeit. (Lachen links.) Die Reichsbank ist ein Hauptmittel geworden, um uns Germanen in fremde Abhängigkeit zu bringen. (Erneutes Lachen.) Was sie leistet, steht nicht im Verhältniß zu dem, was sie dem Staate nützt. Vor allem gehört dazu die Ausgabe des Zettelgeldes; ich bin durchaus kein Gegner des Papiergeldes (große Heiterkeit), es ist für den Verkehr von erheblicher Bedeutung. (Erneute Heiterkeit.) Die Reichsbank hat nun die Befugniß, erhebliche Summen von Papiergeld herzustellen, ohne dafür denjenigen, welche dieses Papiergeld in Empfang nehmen, eine Verzinsung zu geben. Dadurch kommt das Volk immer mehr und mehr in großkapitalistische Knechtschaft. (Große Unruhe; Rufe: Zur Sache!) Aus diesem Grunde hat man auf eine Verstaatlichung der Reichsbank hingearbeitet, um auch den kleinen Mann, den Handwerker u. s. w., an dem Kredit theilnehmen zu lassen. Vor einigen Jahren wurde ein Antrag vom Zentrum gestellt und von den Konservativen unterstützt, welcher die Verstaatlichung der Reichsbank bezweckte. Beide Parteien hatten damals die Mehrheit. Jener Antrag wurde aber abgelehnt, bei der entscheidenden Abstimmung war eine große Anzahl der Herren nicht zugegen. In einer Versammlung in Karlsruhe äußerte ich, daß bei der ungeheuren Wichtigkeit dieser Sache dieses Fehlen etwas unverständlich sei und daß man annehmen könnte, einige der Herren hätten aus Furcht vor üblen Folgen geflohen, es könnte einer oder der andere jener Herren Verpflichtungen gegen Juden haben und üble Folgen befürchten. Es wurde in der Versammlung gerufen: Beweise. Ich erklärte darauf: Beweise für solche Gefühle, die der einzelne hat, sind wohl nicht zu erbringen (Lachen), daß aber versucht worden ist, den Umstand, daß einzelne Herren irgend welche finanzielle Beziehungen haben, auszunutzen, und auch auf Abgeordnete, die an mißliebigen Abstimmungen theilnehmen oder mißliebige Reden führen, einen Druck auszuüben, das läßt sich beweisen. (Zurufe: Dann laß!) Die Firma Mohr u. Speyer war entrüstet über eine Rede, die Herr v. Kardorff in dieser Sache gehalten hat. Ich füge gleich hinzu, daß irgend eine beleidigende Abficht gegen Herrn v. Kardorff bei mir nicht bestanden hat. (Lachen links.) Ein Angriff kann nur gegen die Firma vorliegen. Es kann nichts Beleidigendes sein, wenn irgend ein Herr, wie der Abg. v. Kardorff, ein Konto bei der Firma hatte. (Große Unruhe.) Herr v. Kardorff kann ja auch nicht dafür, welche Briefe er bekommt. Der Geschäfthaber der genannten Firma diktierte aber einem Angestellten einen Brief an Herrn v. Kardorff, worin dieser aufgefordert wird, innerhalb 24 Stunden sein Konto zu begleichen. Ein Angestellter wird abgeschrieben, daß dieser Brief geschrieben worden ist, ein anderer, daß er abgeschrieben ist; daß er in den Besitz des Herrn v. Kardorff gelangt ist, ist hoch wahrscheinlich (Rufe: Namen nennen!). Das das Judenthum seine finanzielle Ueberlegenheit dazu benutzte, um seiner Rache Ausdruck zu geben, ist selbstverständlich. (Präsident v. Buol: Das gehört nicht zum Wortwesen.) Ich werde meine Bemerkungen in Versammlungen außerhalb dieses Hauses wiederholen, damit die Firma Mohr u. Speyer das Recht gewinnt, mich zu verfolgen.

Abg. v. Kardorff: Der Verstaatlichungsantrag ist nicht vom Zentrum gestellt, sondern von einigen meiner agrarischen Freunde. Er blieb aber nicht mit wenigen Stimmen in der Minorität, sondern er wurde mit 2/3 Mehrheit abgelehnt. Ich habe für denselben gestimmt. Nun hat Herr Ahlwardt nach den badischen Zeitungen gesagt, es haben 27 Konservativen bei der Abstimmung gefehlt aus Furcht vor den Juden, und der Abg. v. Kardorff habe einen Drohbrief von Mohr u. Speyer erhalten, es würde ihm ein Kapital gekündigt werden, wenn er für die Verstaatlichung der Reichsbank stimmte. Herr Ahlwardt konnte sich aber aus den Akten überzeugen, daß ich mit der Firma Mohr u. Speyer überhaupt nicht in Geschäftsverbindung gestanden habe. Ein solches Vorgehen ist nicht sehr kollegialisch, und es gehört nicht gerade zu den Eigenschaften eines Germanen, solche Verleumdungen in einem entfernten Winkel Deutschlands vorzubringen, vielleicht in der Hoffnung, daß ich keine Kenntniß davon erhalten würde. Herr Ahlwardt hat dort auch gesagt: „Die Kopie dieses Briefes ist in meinen Händen.“ (Hört! Hört!) Heute ist davon schon nicht mehr die Rede gewesen, sondern Herr Ahlwardt will Zeugen stellen, daß ein solcher Brief von dem Chef der Firma an mich geschrieben sei. Das ist auch nicht wahr, denn ich habe mit ihm in keiner Geschäftsverbindung gestanden. Es kann keine schwerere Beschuldigung geben, als die, daß ich mich dabei bestehen lassen. Das ist unerhört! (Zustimmung.) Nun, ich habe mit Herrn Ahlwardt genug. Rag er auf seinen Volksversammlungen weiter triumphiren. Seine damalige Versammlung in Karlsruhe hat ihm ja 250 M. eingebracht. Vielleicht ist es sehr einträglich, wenn er solche persönlichen Angriffe gegen Parlamentarier macht. Meinethwegen mag er das weiter thun, aber ich lasse mir nicht das Recht beschränken, hier zu sagen, was meine Meinung ist über seine Persönlichkeit. (Beifall.)

Abg. Ahlwardt: Herr von Kardorff hat recht, es ist nicht germanisch, Verdächtigungen auszusprechen. Aber die Verdächtigungen liegen auf seiner Seite. (Wächter.) Die Berichte über die Versammlungen in Baden waren absichtlich falsch. Ich habe deshalb ohne weiteres Versammlungen abgehalten und den Redakteur eingeladen, um ihm zu beweisen, daß er falsch berichtet hat. Der Redakteur hat sich aber nicht eingefunden. Diesen falschen Bericht sollte Herr v. Kardorff nicht benutzen, um hier Verdächtigungen auszusprechen. (Zuruf: das ist unglücklich! Großes Gelächter.) Wenn Herr v. Kardorff die Theilnehmer an meinen Versammlungen als Lumpen bezeichnet hat, so ist das eine Ueberhebung über eine große Menge der Bevölkerung; denn ich weiß, daß in meine Versammlungen auch Mitglieder des Reichstages kommen. Wenn Herr v. Kardorff die Einnahmen aus der Versammlung berechnet hat, so hat er sie zu hoch berechnet. Für mich persönlich sind die Einnahmen aus Versammlungen gleichgültig, weil dieselben auf die Vereine fallen, die die Versammlungen veranstalten. Was Herr v. Kardorff hier gesagt hat, ist also etwas nicht Germanisches, was ihm im Verkehr mit nicht germanischen Leuten angefliegen ist. (Heiterkeit.) Daß ich den Brief in Händen habe, davon ist keine Rede. Trotzdem Herr v. Kardorff mich nicht kollegialisch behandelt hat (Wächter), konstatire ich, daß ich Herrn v. Kardorff nicht habe beleidigen wollen.

Im übrigen wird der Rest des Etats ohne weitere Debatte erledigt.

Schluss 5 1/2 Uhr. Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. (Schleuniger Antrag wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Herber; Gesamtstimmung über den Etat und Erledigung der Resolutionen und Petitionen; Antrag Rank.)

Lokales.

Die Opfer des Gummischlauch-Prozesses treten, soweit sie zu Gefängniß verurtheilt worden sind, heute ihre Strafe an, nachdem das Reichsgericht neulich das Urtheil der Kammer Brausewetter endgiltig bestätigt hat. Es erhielten bekanntlich Redler vom „Vollblatt“ drei Monat, Wisberger von der „Berliner Zeitung“ ebenfalls drei, Jachau vom „Sozialdemokrat“ zwei Monat, Garnich von den „Lichtstrahlen“ gleichfalls zwei Monat und endlich Robert Schmidt vom „Vorwärts“ fünf Monate Pfälzengeubüßniß. Schmidt ist allerdings noch auf freien Füßen, da die deutsche Reichsgerichtsbarkeit, für deren Ausrichtung dem achtzigjährigen Peimiger Deutschlands zur Zeit patriotischer Dank gesollt wird, es bislang noch nicht soweit gebracht hat, daß gegen Reichstags-Abgeordnete für die Dauer der Session in einem schwebenden Strafverfahren vorgegangen werden darf. Schmidt harrt also noch des endgiltigen Reichsgerichtsprüchs in fröhlicher Hoffnung auf Pfälzengeubüßniß. Die übrigen Verurtheilten, Schütte, Berl und Grützeff, sind bekanntlich in dem Prozeß „nur“ mit hohen Geldstrafen bedacht worden.

Vermischtes.

Zur Ueberschwemmungsgefahr am Rhein liegen folgende Depeschen vor: Vier, 28. März. Der Wasserstand der Mosel war heute früh 8 Uhr 3,88 gegen gestern Abend 3,40 Meter. Der Regen, der seit gestern Nachmittag ununterbrochen fiel, hat heute Vormittag hier aufgehört. — Koblenz, 28. März. Der Hafenkommissar macht bekannt, daß der hiesige Pegelstand, sowie die ungünstigen Nachrichten von dem Oberrhein und seinen Nebenflüssen ein Uebertreten der Mosel und des Rheins erwarten lassen. Ein Theil der Rheinwerft ist bereits überschwemmt. — Köln, 28. März. Der Rhein steigt hier stündlich 2/3 Zentimeter; der Pegelstand war heute früh 8 Uhr 6,17 Meter, gestern Abend 7 Uhr 5,77 Meter. Die Schiffbrücke ist für Fuhrwerk gesperrt; die Nebenflüsse sind noch weiter im Steigen begriffen.

Zum Untergang der „Elbe“. Wie aus Rotterdam telegraphisch gemeldet wird, erklärte der Advokat des Norddeutschen Lloyd gestern bei Eröffnung der Verhandlung, daß seine Klienten

24 000 Gulden Kaution gestellt hätten. Der Verteidiger der „Grathie“ forderte die Herausgabe des beschlagnahmten Schiffes und suchte in längerer Rede die Unverantwortlichkeit seiner Eigenthümer nachzuweisen. Der Advokat des „Norddeutschen Lloyd“ verlangte Vertagung der Verhandlung auf nächste Woche. Man glaubt, daß der Prozeß noch lange dauern und wahrscheinlich erst im nächsten Jahre seine definitive Erledigung finden werde.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort erteilt werden soll.
E. P. Sprechen Sie auf der Redaktion vor.
S. L., Hamm. Es ist die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg.
Dr. C. M. in B. Wir kennen keinen Patentvermittler mit der von Ihnen gewünschten Eigenschaft.
S. G. Sind die Kinder in der Lage, die Mutter zu unterstützen? — **S. B. 550.** Die Unterbrechung erfolgt durch jede gegen Sie gerichtete gerichtliche Handlung. — **W. T.** Ist Unter-

schlagung. Anzeige beim Staatsanwalt. — **Lesbre. Ja.** — **W. G. 121.** Wiederholen Sie den Sachverhalt. — **W. 101.** Kommen Sie in unsere Sprechstunde. — **S. B. 118.** Wenn Sie keinen Widerspruch gegen den Zahlungsbeleg erheben, kann Zwangsvollstreckung erfolgen. Ihre weiter in Aussicht genommenen Manipulationen sind unwirksam und kraftlos. — **E. S. 41.** Erst in vier Jahren tritt Verjährung ein. — **R. M. 6.** Fragen Sie beim Amtsgericht nach dem Stande der Angelegenheit nach. — **J. R. 4250.** Zu 1.: Haben Sie die Kündigung angenommen? Zu 2.: Schriftlich. — **L. S.** Wiederholen Sie den Sachverhalt. — **U. B. 73, E. S.,** Braudenburgstraße, M. Sch. 50. Kommen Sie in unsere Sprechstunde. — **R. A. Heilbrunn.** Schreiben Sie uns Ihre Adresse und die Angelegenheit, um welche es sich handelt. Wir werden Ihnen dann schriftlich Bescheid schreiben. — **99 R. A.** Bis abends. — **S. B. 43.** Ja. — **Ausf. Ja.**

Briefkasten der Expedition.

S. R. Zürich. Leider ausverkauft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Freitag, den 29. März.
Opernhaus. Die Hochzeit des Figaro.
Schauspielhaus. Die Welt in der man sich langweilt.
Deutsches Theater. Der G'wissenswurm.
Lesing-Theater. Marcel. Mariensommer. Im Vorzimmer Sr. Excellenz. Eine kleine Gefälligkeit.
Berliner Theater. Der Hypochonder.
Kristen-Theater. Fernand's Ehekontrakt.
Neues Theater. Das liebe Geld.
Shiller-Theater. Die Journalisten.
Friedrich-Wilhelmstadt. Theater. Der Obersteiger.
Theater Unter den Linden. Nanon.
Central-Theater. Unsere Rentiers.
Adolph Ernst-Theater. Madame Suzette.
Sellekiantheater. Oufel Bräutigam.
Alexanderplatz-Theater. Durchgegangene Weiber. Hierauf: Alle 5 Barrison.
National-Theater. Die lebende Brücke.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Amerikan-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne.
 Sonntag, 31. März; II. Abtheilung: Nachmitt. 2 1/2 Uhr, „Mein Leopold“.

Shiller-Theater.

(Wallner-Theater.)
 Freitag, 29. März, abends 8 Uhr: Die Journalisten.
 Sonnabend, 30. März, abds. 8 Uhr: Zum 1. Male: Die Sarolinger. Trauerspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch.
 Sonntag, 31. März, nachm. 3 Uhr: Der Weidenfresser. — Abends 8 Uhr: Die Journalisten.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 192.
 Direction: Max Samst.
 Sensationelle Novität!
 Gastspiel der amerikanischen Gesellschaft **William Calder**
Die lebende Brücke.
 Großes Sensationschauspiel mit Musik in 4 Akten (11 Bildern), nach dem Englischen von Sutton Bone, übersetzt von S. Schwab. Dirigent: **Adolph Wiedeske.**
 Elektr. Beleuchtungseffekte v. Sakowsky.
 Regie: **Max Samst.**
 Rassenöffnung 6 1/2 Uhr. — Anf. 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Central-Theater
 Alte Jakobstraße Nr. 30.
Emil Thomas a. G.
 Novität! Zum 42. Male: Novität!
Unsere Rentiers.
 Große Poffe mit Gesang und Tanz in 4 Akten von Wilhelm Mannshäd und Julius Freund.
 Musik von Julius Gindöhscher.
 In Szene gesetzt vom Dir. R. Schulz.
 Anfang 1/28 Uhr.

Passage-Panopticum.
27
Gitanos
 (andalusische Sänger, Tänzer u. Tänzerinnen)
 Vorstellung um 4, 5, 6, 7, 8 u. 9 Uhr.



Adolph Ernst-Theater
Madame Suzette.
 Vaudeville-Poffe in 3 Akten von Ordomeau.
 Musik von Edmond Audran. (Novität)
 In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
 Anfang 7 1/2 Uhr.
 Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Kaufmann's Variété.
 Gastspiele des einzig lebenden Kolossalmenschen **Emil Naucke.**
 Einen immensen Lacherfolg haben allabendlich 9 Uhr:
Die Kneippgenies
 von **Emil Naucke & A. Fränkel.**
 Musik von O. Blume.
Naucke als Cascadeur!
Hausen als Gaby!
 Zum Schießen!
Naucke & Fränkel
 als Rixdorfer Sandtyrolerinnen!
 Anfang des Konzerts: Sonntags 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr.
 Anfang der Vorstellung: Sonntags 7 Uhr; Wochentags 7 1/2 Uhr.

Castan's Panoptikum.
Noch nie dagewesen!
Die Dinka,
 10 Männer, Frauen u. Kinder.
 Das scheckige Mädchen Mariotta.
„Präsident Faure.“

Feen-Palast
 Burgstr. 22, neben der Börse.
 Zum 1. Mal in Berlin.
Clown Petroff
 und seine originell dressirten Esel, Schweine, Ferkel, Katzen, Hunde, Hühner u. s. w.
Blondin junior.
 Der beste Tanzkünstler d. Gegenwart.
Mr. Albino.
 ????? Das Räthsel ?????
Wilhelm Fröbel
 mit einer ganzen Waggonladung neuer zündender Couplets.
!! Grosses Programm !!
 Anfang: Wochent. 7 1/2, Sonntags 6 1/2 Uhr. Rassenöffn. 1 Stde. vorher.

Unter den Linden 21.
 Einzig in seiner Art.
Beil-Ali-Bey.
 Täglich abends 1/28 Uhr
Magie.
 Preise: 3, 2 und 1 M. Sitzplatz.
 Jeden Sonntag Nachmittag 4 Uhr: Familien-Vorstellung
 zu halben Preisen.
 Vom 1. April ab beginnen die Vorstellungen um 6 Uhr.

Parodie-Theater
 Oranien-Straße 52 (am Moritzpl.).
Die Weber.
 Vorher:
Madame Sans-Gêne.
 Zum Schluß:
Heimath.
 Rassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Urania
 Anstalt für volksthümliche Naturkunde.
 Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).
Geöffnet von 5-10 Uhr.
 Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.
 Näheres die Anschlagzettel.

Bock-Brauerei
 Tempelhofer Berg.
57. Bock-Saison.
 Täglich:
Militär-Konzert.
 Anfang 5 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Cirque Variété
 (früher Circus G. Schumann).
 Freitag, 29. März, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Komiker-Vorstellung.
 Sonnabend und Sonntag nachmittags 4 und abends 7 1/2 Uhr:
2 Extra-Vorstellungen 2.
 Kinder zahlen nachm. auf allen Plätzen nur **20 Pf.**
 Montag, 1. April, abends 7 1/2 Uhr:
Grosse Fest- u. Jubel-Vorstellung
 U. a. gelangt zur Ausführung:
Vor 25 Jahren.
 Grosses militärisches Schauspiel mit Prolog, Chorgesängen und Tableaux

Unserem verehrtem Stammbudiker, Genossen **Albert Piper**, zu seinem heutigen Wiegensfeste ein donnerndes Hoch, daß der ganze Gartenplatz umflüzt.
 331b
 Durstige A. E. G.- und Nagel-Brüder.

Freie Kranken- und Begräbniskasse
 d. Schuhmacher Berlins.
 Die Beerdigung des verstorbenen Schriftführers 330b
Johann Härling,
 findet Sonntag, den 31. März, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Luisenkirchhofes in Briß aus statt. Um ehrende Theilnahme bittet
 J. G. e.

Danksagung.
 Für die liebevolle Theilnahme sowie für die zahlreichen Blumen Spenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau, **Anna Schoffler**, geb. **Schubert**, sage ich allen Theilnehmern, insbesondere dem Gesangsverein „**Lorbeer-Rang**“ für seine vorzüglichen Gesangsvorträge meinen innigsten Dank.
 338b
Albert Schoffler.

Statt besonderer Meldung!
 Ein kräftiger Sozialdemokrat ist angekommen! Dies zeigen hoch erfreut an **Hinze** und **Frau**, Elisabethstr. 15.

Kränze,
Guirlanden und Blumen,
 empfiehlt zu den billigsten Preisen **A. Retzlaff**, Kranzbinderei an gross, 80 Gerichthstr. 80.
Wildgehefts-Atensilien und Molkerzigräthe,
Jordan, Kleine Marktstr. 28.
Barriere-Restaurant m. Garten
 2 Vereins- und 1 Billardzimmer ist umständlicher sofort zu verlausf. Näh. bei Verfahr, Zimmerstr. 68, 1 Tr.
 Stube, Küche, Boden und Keller billig zu vermietthen Reichensbergerstr. 100, Quergeb. part. Sommerfeld.
 Füslierstr. 13 bill. Wohnungen 1 und 3 Tr. 2946b
 Vord., Gart., Hofwohn. 7-36 M. monatl. Dennisdorferstr. 26.
 Friedrichsberg, Jungstr. 46, mehrere Vorderwohnungen von 63 Tgr. an sofort. 277b
Dresdenerstr. 18 vorn 3 Tr. 1. Fenster möbl. am Dranien-Platz Stube f. 2 Hrn. 102M.
 Schlafst. Kottstr. 17, 1 Tr. r.
 Möbl. Schlafstube für 2 Herren bei **Metscher**, Stalitzerstr. 12, 2 Tr.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 31. März (Lesing-Theater), VI. Abtheilung:
„Der Geizige.“ Vorher „Cavalleria rusticana.“
 Anfang 3 Uhr.
 II. Abtheilung (National-Theater), Anfang 2 1/2 Uhr:
Der Pelikan.

Sonnabend, den 30. März, abends 9 Uhr,
 in den Festsälen von Louis Keller, Kopenstraße Nr. 29:
Großes Fest.

unter Mitwirkung des 40 Mitglieder starken Berliner Konzert-Orchesters unter Leitung des Herrn **Grass**, der Sängerin **Annie Hindermann**, des Geigenvirtuosen **F. Borisch**, der Schauspielkräfte **Helene v. Rianzi** und **Paul Kollet**, sowie des Gesangvereins **Typographia.**
 Nach dem Konzert: **Tanz.**
 Im oberen Saale von Beginn des Festes an: **Tanz.**
 Billets à 50 Pf. incl. Tanz sind in allen Zahlstellen zu haben.
 Um Mißverständnissen vorzubeugen, theilen wir den Mitgliedern und unsern Freunden mit, daß Eintrittskarten zu dem Fest nur von den Zahlstellen, nicht von dem Unterzeichneten ausgegeben werden, daß aber auf sämtl. Zahlstellen noch Eintrittskarten vorhanden sind.
Der Vorstand der Freien Volksbühne.
 300/15 J. A.: Julius Türk, O., Blumenstraße 21.

Färber, Delatene, Appreteure, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen.
 Sonntag, den 31. März 1895:
Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag. (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.)
 2. Diskussion.
 3. Bericht des Delegirten zur Gewerkschafts-Kommission und Neuwahl desselben. 127/8
 4. Verschiedenes. **Der Einberufer.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)
 Sonntag, den 31. März, vormittags 10 Uhr:
Versammlung der Parquetbodenleger
 bei **Schöning**, Stalischerstr. 29.
 Tages-Ordnung: Unsere Preis- und Lohnverhältnisse.
 Sämmtliche Parquetbodenleger werden ersucht, pünktlich zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.
 203/14
 Heute Abend Sitzung der Ortsverwaltung bei **Schöning**, Stalischerstr. 29.

Achtung! Vergolder.

Sonnabend, 30. März, abends 8 1/2 Uhr, bei **Deigmüller**, Alte Jakobstr. 48a:
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 Vortrag des Genossen **Adolf Hoffmann**: Die Umsturzoorage und die Gewerkschaften. 269/3
 Nachdem: **Gemüthliches Beisammensein.**

Achtung! Schäftearbeiter. Achtung!

Sonnabend, 30. März, abds. 9 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:
Große öffentliche Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Die Raifrage. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. (Der Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht.) 334b

Bestellungen auf **Mai-Marken** erbitte bis längstens 15. April.
Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig,
 Marken- und Stempelfabrik.

Sieben erschienen: **„Ein 1. Mai auf dem Lande.“** 837b
Preis 10 Pf. 100 Lektücher 5 M. 50 Pf. Porto 50 Pf.
Preis 10 Pf. Ferner **Maisfeier** Grass an den 1. Mai, von Strzelowicz, für Männerchor. Partitur 1 M., 4 Stimme 15 Pf.; dasselbe für 1 Singst. 75 Pf. Die heilige Allianz der Völker, Lied für Männerchor von Berger, Musik von Pier. Partitur 40 Pf., 4 Stimme 15 Pf. Ravachol oder das Maifester (Sozialistenlied). Satirisches Gegenwartsbild mit Gesang in 1 Akt von P. Gent. Preis 40 Pf. Porto 3 Pf. (8 Bücher als Rollen mit Porto 2,60 M., Musik 1,55 M. Katalog gratis und franko. Auswahlsendungen an Vereine bereitwilligst. Viele Neuheiten. Briefmarken werden in Zahlung genommen.)
A. Hoffmann's Verlag, Berlin O. 27, Krautstr. 38a.

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhand.

51. Sitzung vom 28. März, 11 Uhr.

Am Regierungstische: Boffe, v. Hammerstein.
In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung des Wittwen- und Waisenfonds und die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der evangelischen Geistlichen in den neueren Provinzen angenommen.

In zweiter Beratung wird der Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der evangelischen Landeskirchen in den neun älteren Provinzen, angenommen.

Es folgt die Interpellation der Abgg. v. Bloch, v. Mendel-Steinels und Genossen: Beabsichtigt die preussische Staatsregierung noch in dieser Session gesetzliche Maßnahmen zu ergreifen, die Verfügungen der Futter- und Düngemittel zu verhindern? Minister v. Hammerstein erklärt sich zur Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. v. Mendel-Steinels (L.): Es kommen im Düngerhandel große Unregelmäßigkeiten vor, und da private Verhandlungen mit den Händlern vergeblich gewesen sind, hat der deutsche Landwirtschaftsrath die Regierung um gesetzliche Maßnahmen ersucht. Nach den Analysen der agrarischen Versuchsanstalten kommen zahlreiche Verfälschungen der Futter- und Düngemittel vor, insoweit verfälschter Futterstoffe ist vielfach Vieh krepirt. In einer Lieferung Thomasschlacke wurde nicht ein Atom wirklicher Thomasschlacke vorgefunden. (Hört! rechts.) Der kleine Landwirt kann sich am wenigsten dagegen schützen, da er nicht bei jeder Lieferung die kostspieligen Analysen machen kann. Deshalb muß gegen die Händler nicht nur auf Schonungserlass angetragen werden, sondern sie müssen auch wegen Betrugs bestraft werden. In vielen Fällen mühten die Händler freigesprochen werden, weil sie sich auf die ungeligen Handelsbureauce berufen konnten. In anderen Staaten sind schon Maßnahmen dagegen getroffen, wir sind aber hinter Frankreich, Belgien, Amerika, zurückgeblieben, alle diese Staaten haben vortreffliche Spezialgesetze gegen diesen Uebelstand. In Connecticut dürfen nur staatlich geprüfte Futter- und Düngemittel verkauft werden. Wir brauchen den Deklarationszwang, es muß deklarirt werden: was ist die Waare, woher stammt sie, ist sie rein, ist sie frisch? Warum sollen wir eine Ausnahme von allen Staaten machen und nicht auch ein Spezialgesetz erlassen? Wir wissen ja noch gar nicht, was dieser Reichstag machen wird. Die Margarinefabrikanten fälschen trotz des Gesetzes ruhig weiter, weil sie immer noch ein Geschäft dabei machen. Der Betrug muß bestraft werden. Ich bitte namens meiner Partei die Regierung um ein Spezialgesetz.

Minister v. Hammerstein: Das Reich hat schon Gesetze über den Verkehr mit Nahrungsmittelein, Wein und Butter erlassen und beschäftigt sich jetzt mit dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Verhandlungen, ob diese Materie in dieses letztere Gesetz hineinpaßt, haben dahin geführt, daß nur auf dem Wege eines Spezialgesetzes diese Frage gelöst werden kann. Die Regierung denkt daher daran, ein Spezialgesetz dem Reichstag vorzulegen, die Vorarbeiten sind dazu bei der preussischen Verwaltung im Gange. Die preussische Regierung erkennt das Bedürfnis dafür vollkommen an. Ob das Gesetz noch in dieser Session kommen wird, läßt sich noch nicht sagen. (Beifall rechts.)

Auf Antrag des Abg. Grafen Limburg-Stirum (L.) findet die Besprechung der Interpellation statt.

Abg. v. Heubrand u. d. Lasa (L.) erkennt dankbar die Erklärung des Ministers an. Die Regierung darf nicht darauf warten, bis die Interessenten Vorschläge machen, sie muß selbst mit praktischen Vorschlägen kommen. (Zustimmung rechts.) Durch Herabsetzung der Zölle hat das Inland mehr Angebot als Nachfrage, durch Bindung der Zölle auf zehn Jahre haben wir das beste Mittel zur Hebung der Getreidepreise aus der Hand gegeben. Die preussische Regierung hat mitgewirkt, den jetzigen Nothstand zu schaffen. Tausende von Landwirthen hängen jetzt an dem Munde des Landwirtschaftsministers. (Beifall rechts.)

Minister v. Hammerstein: Nach den Verhandlungen des Staatsrathes ist der Antrag Kanitz unausführbar, er verstoßt gegen die Handelsverträge und erreicht das gewünschte Ziel nicht. Die Regierung ist verpflichtet, die Handelsverträge pure zu halten. (Beifall links.) Die Regierung kann die Preise der landwirtschaftlichen Produkte nicht bestimmen, es handelt sich um eine internationale Preisbewegung. Frankreich hat trotz seiner gesetzlichen Maßregeln dasselbe Sinken der Getreidepreise. Ich bin ein warmer Anhänger der Landwirtschaft, ich bin auf meine alten Tage gegen meinen Willen auf diesen Posten gestellt, will aber gern mitarbeiten, aber solche unausführbaren Forderungen muß ich mit Entschiedenheit zurückweisen. (Beifall links. Zischen rechts.)

Abg. Buech (nl.): Wir sind mit den Zielen der Interpellation vollkommen einverstanden (Beifall rechts) und ich freue mich, daß die Regierung zu der Erkenntnis gekommen ist, daß ein Spezialgesetz dringend notwendig ist.

Abg. v. Kröcher (L.): Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen Thaten sehen. (Beifall rechts.) Die Zeit der wohlwollenden Erklärungen ist vorüber, wir wollen wohlwollende Thaten haben. So denken tausende gepeinigter Landwirthe. (Zustimmung rechts.) Von dem jetzigen Minister haben wir noch keine Thaten gesehen. Die Regierung scheint den Nothstand noch nicht für so groß zu halten, wie er ist; sie muß für eine Hebung der Getreidepreise sorgen. Was soll denn werden, wenn tausende von Landwirthen an den Bettelstab kommen? Das Deutsche Reich steht und fällt mit der Landwirtschaft. Es giebt kein anderes Mittel gegen den Nothstand, als die Hebung der Getreidepreise. (Sehr richtig! rechts.) Oder hat die Regierung ein anderes Mittel? Ich verkenne die Bedenken gegen den Antrag Kanitz nicht, es darf aber kein Mittel unversucht bleiben, um die Getreidepreise wenigstens stabil zu machen. Eine Brotvertheuerung ist nach keiner Richtung zu erwarten, der Verdienst der Konsumenten wird sich steigern bei steigendem Wohlstand der Landwirtschaft. Woher nimmt der Staat sein Geld, wenn die Steuerzahler nichts haben. Die Behauptung von der Brotvertheuerung weise ich also auch mit Entschiedenheit zurück. (Weiterkeit und Beifall rechts.)

Minister v. Hammerstein: Ich habe diese allgemeine agrarische Debatte heute nicht erwartet. Wie kann Herr von Kröcher verlangen, daß ich nach den paar Monaten meiner Amtszeit schon alle die gewünschten Maßnahmen durchgeführt hätte. Ich habe fleißig gearbeitet und verschiedene Gesetze vorbereitet, wie Spiritusgesetz, Zuckerertrag zc. Wenn Sie (zu den Konservativen) das Spiritusgesetz nicht haben wollen, wollen Sie dann lieber alles weiter drüber und drunter gehen lassen, wenn Sie den Antrag Kanitz nicht bekommen? Ich habe in meiner Rede ja eine große Menge kleiner Mittel empfohlen. Wenn Sie einen anderen Minister haben wollen, vielleicht bitten Sie dann Sr. Majestät, einen anderen Minister zu berufen, der mehr leistet als ich und ausführt, was ich für unausführbar halte. Ich werde weiter thun, was in meinen Kräften liegt.

Abg. Gerlich (L.): Ueber den Antrag Kanitz zu beraten, hat heute keinen Zweck, weil sich der Reichstag damit morgen zu beschäftigen hat. Der Minister sollte es den Landwirthen nicht übel nehmen, wenn sie sich heftig beklagen, denn die Noth ist bei uns viel größer als in den anderen Ländern.

Abg. v. Ploß (L.): Von diesem Reichstag haben wir bitter wenig zu erwarten, wir wissen nicht einmal, wie lange dieser Reichstag noch existiren wird, den ich auch zwar nicht die Ehre, aber die Nothwendigkeit anzugehören habe. (Choi! links.) Ja, leider. Der Minister kann nicht von dieser Debatte überrascht sein, es ist ihm von einem unserer Vorstandsmitglieder mitgeteilt, daß wir diese Debatte provoziren werden. Was sollen unsere Wähler sagen, wenn wir wieder nach Hause kommen, ohne etwas erreicht zu haben. Wenn wir den Bauern bettelarm von seiner Scholle gehen lassen, hat allein die Sozialdemokratie den Vortheil. Sr. Majestät um einen anderen Minister zu bitten, dazu haben wir kein Recht, das thun wir nicht.

Minister v. Hammerstein: Ich lehne es ab, jetzt auf alle diese Punkte einzugehen. Ein Provisorium für Preußen will ich erwägen, glaube aber doch, daß diese Sache nur zur Zuständigkeit des Reiches gehört.

Abg. v. Pappenheim (L.): Wir greifen den Minister nicht persönlich an, wir haben noch immer Vertrauen zu ihm und hoffen noch, daß dieses gerechtfertigt wird. Auch von den kleinen Mitteln haben wir bisher noch nichts gesehen, aber diese helfen auch nicht vollkommen ohne eine Hebung der Getreidepreise. Wenn die Regierung mit Entschiedenheit die Hebung der Getreidepreise zurückweist, so weist sie damit zurück, die Karre, die sie mit so tief in den Dreck geschoben hat, wieder herauszuziehen. Der Antrag Kanitz ist ein geeignetes Mittel, wir bedauern daher die Zurückweisung des Ministers.

Minister v. Hammerstein: Ich habe nur die Art und Weise zurückzuweisen, wie Herr v. Pappenheim von mir Vorschläge erwartet. Ich bin an den jetzigen Zuständen und den Handelsverträgen nicht schuld, habe also die Karre nicht in den Dreck geschoben.

Abg. Zattler (natl.): Uns hat diese Debatte überrascht, zumal dieselbe morgen den Reichstag beschäftigen will. Herr v. Ploß dachte an seine Wähler, die Herren wollen also hier wohl nur für den Fall einer Auflösung vorsorgen. Ich protestire gegen die Unterstellung, daß die Bauern von ihrem monarchischen Sinn abgehen und Sozialdemokraten werden. (Beifall links. Lärm rechts.)

Abg. v. Niepenhausen-Erlangen (L.): Ich muß es zurückweisen, daß wir eine Verbeugung der Massen bezwecken und daß wir alles vom Staat erhoffen. Herr v. Ploß hat nicht gesagt, der Bauer wird Sozialdemokrat, sondern: Der Bauer wird Sozialdemokrat, wenn er von seiner Scholle getrieben wird. Wir nehmen auch das kleinste Mittel dankbar an.

Abg. v. Quene (Z.): Auch ich erkenne die Nothwendigkeit eines Schutzes namentlich der kleineren Landwirthe bei dem Bezug der Futter- und Düngemittel an, die heutige agrarische Debatte hat mich ebenfalls überrascht. Die Art, wie die Herren rechts heute vorgegangen sind, dient nicht zum Heile des Vaterlandes. (Unruhe rechts.) Der Antrag erweist sich als unausführbar, auch ganz abgesehen von den Handelsverträgen. Sagen Sie nur den Bauern, daß es mit dem Antrag Kanitz nicht geht, daß aber alles für sie geschieht, was möglich ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Wenn auch die Bauern selbst nicht Sozialdemokraten werden, so doch ihre Söhne, wenn die Bauern von ihrer Scholle vertrieben sind. Wir sind dankbar für die Gewährung der kleinen Mittel, aber ohne Hebung der Getreidepreise ist eine dem Staat dienliche Stellung nicht möglich. Die Getreidepreise sind uns genommen worden, wenigstens in der wirksamen Höhe. Allerdings ist es schwer, den Antrag Kanitz durchzuführen, aber unüberwindlich sind die Schwierigkeiten nicht. Ueberläßt man die Landwirtschaft ihrem Schicksal, so fallen die besten Stützen des Staates fort. Die Person des Ministers greifen wir nicht an, wenn er auch in seiner offenen klaren Weise manchmal ein schärferes Wort gebraucht, als nöthig ist. (Beifall rechts.)

Abg. Bräuel (fr. Vg.): Den Herren kommt es nur auf eine rücksichtslose und gewissenlose Agitation im Lande an. Die sachlichen Ausführungen des Abg. v. Quene haben die Unausführbarkeit des Antrags Kanitz gezeigt.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ein Gesetz im Sinne meines Antrages würde nicht im jetzigen Augenblick nur den Händlern nützen, welche noch Getreidevorräthe haben, denn es würde in den Uebergangsbestimmungen auf diese Vorräthe durch eine Anderer Rücksicht genommen werden. An den jetzigen verschiedenen Preisverhältnissen an verschiedenen Orten ist die große Ausnutzung der Wasserstraßen des Rheins im Westen und die große Zahl der zollfreien Transporthäfen schuld. Die Schwierigkeiten, die für den Getreidehandel entliehen sollen, hat man 1879 gegen die Zollpolitik angeführt, ohne daß nachher der Handel gelitten hätte. Der notwendige Bedarf an Getreide muß eben eingeführt werden und es werden sich auch nach Durchführung meines Antrages Händler dazu finden. Die Währungsreform ist allerdings auch ein Mittel zu Gunsten der Landwirtschaft, aber wir wissen noch gar nicht, ob man das alte Werthverhältnis von 1:15/2 wieder herstellen will. Auch die Währungsreform gehört zu den erwünschten kleinen Mitteln, aber wir können auf das große Mittel der Hebung der Getreidepreise nicht verzichten. (Beifall rechts.)

Abg. Klose (Z.) erkennt an, daß der jetzige Landwirtschaftsminister an der Nothlage der Landwirtschaft nicht schuld sei, verlangt aber von der Regierung energische Maßnahmen zur Abhilfe der Nothlage und spricht sich für den Antrag Kanitz aus.

Abg. v. Niepenhausen betont nochmals, daß die heutigen Steuern und anderen Kosten für den Bauer so groß seien, daß er seinen Voth nicht mehr länger halten könne, wenn ihm nicht vom Staate Hilfe komme. Das Drohungen gegen die Regierung und sogar gegen die Monarchie ausgesprochen seien, weise er mit Entschiedenheit zurück, auf seiner Seite sei man royalistisch bis auf die Knochen.

Damit schließt die Debatte.
Schluß gegen 4 1/2 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 11 Uhr. (Kleinere Vorlagen; Gerichtsverhandlungen.)

Gerichts-Beitrag.

Wucherprozeß Labaschin und Genossen.
Vor der vierten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I begangen gestern die Verhandlungen in dem Wucherprozeß Labaschin.

Auf der Anklagebank nahmen Platz: 1. Der Kaufmann Labaschin, seit dem 21. September v. J. in Untersuchungshaft, 1856 zu Schwerin a. W. geboren, wofalsch, unbestraft. 2. Der Kaufmann Joseph Rich, seit dem 9. Oktober v. J. in Untersuchungshaft, 1854 zu Posen geboren, wofalsch, vorbestraft wegen Anpreisens von Geheimmitteln mit 20 M. und wegen Betruges mit 3 Monaten Gefängnis. 3. Der Buchhalter Emil Hempfer, 33 Jahre alt, evangelisch, unbestraft.

Die Angeklagten werden des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen verleihten Wuchers beschuldigt, Nies indem er sich außerdem die wucherlichen Vermögensvorteile wechselmäßig verschaffen ließ. Bei Labaschin geht die Anklageformel ferner noch

dahin: durch dieselbe Handlung mit Kenntniß des Sachverhalts Forderungen dieser Art erworben und entweder sie weiter veräußert oder die wucherlichen Vermögensvorteile geltend gemacht zu haben, sowie unter Geltung des Wuchergesetzes in der Fassung vom 19. Juni 1893: mit bezug auf Rechtsgeschäfte anderer als der im § 302a Strafgesetzbuch bezeichneten Art gewerbs- und gewohnheitsmäßig unter Ausbeutung der Nothlage, des Leichtsinns und der Unerfahrenheit anderer sich haben Vermögenswerthe verschaffen und gewähren lassen, welche den Werth der Leistungen dergestalt überschreiten, daß nach den Umständen der Fälle die Vermögensvorteile in auffälligem Mißverhältnis zu der Leistung stehen.

Labaschin soll bis zum Jahre 1885 mittellos gewesen sein. Dann übernahm er die Außenhande der in Liquidation gegangenen Porzellan- und Steingutfabrik Adolf Heckmann und soll hierbei etwa 80 000 M. verdient, und sich mit diesem Gelde selbständig gemacht haben. Er gründete sein Geschäft auf den Ankauf von Hypotheken, Grundstücken, Erbschaften und Renten, durch deren Einziehung oder schließlichen Weiterverkauf er erhebliche Gewinne erzielte, so daß sein Vermögen bis zu 300 000 M. anwuchs, trotzdem an seinen Geschäften noch andere Personen mit Geldeinlagen theilhaftig waren. Um mit dem Wuchergesetz, wie es vor dem Erlaß des Gesetzes vom 19. Juni 1893 in Kraft war, nicht in Konflikt zu gerathen, lehnte er, wie die Anklagebehörde behauptet, es formell ab, ein Darlehen zu gewähren, oder er gab geringe Beträge Geldes ganz zinslos oder zu den landesüblichen Zinsen bis zu 6 v. H. für das Jahr. Er soll solche Darlehne gewöhnlich aber nur solchen Personen gewährt haben, mit welchen er bereits gewinnbringende Geschäfte abgeschlossen hatte oder anderweit in geschäftlichen Beziehungen stand. In allen anderen Fällen erklärte er sich zur Hingabe von Geld nur gegen Besohn von Renten und Forderungen und gegen Abtretung von Erbschaften bereit.

Zunächst sollen aber diesen Geschäften häufig wirkliche Darlehensverträge zu Grunde gelegen haben, die nur zur Verschleierung des Wuchers in der Form des Renten- oder Erbschaftskaufes gekleidet wurden. Labaschin soll dabei ein großer Sicherheitskommissarius gewesen sein. Der Rentenverkäufer mußte sich in eine Lebensversicherung einlassen, deren Veltze ihm in Höhe der auszubahlenden Rentensummen verpfändet wurde. Der Erbschafts- und Hypothekenverkäufer mußte eine Gewährleistung dafür übernehmen, daß aus die Forderungen Verträge bis zu einer bestimmten, dem Kaufpreis weit übersteigenden Höhe gezahlt wurden, widrigenfalls er für die Differenz auszukommen hatte. Manchmal wurde der Anspruch des Käufers noch durch Bestellung von Kautionshypotheken gesichert. Wofalsch soll er den Verkäufern, die gewöhnlich sofort bares Geld brauchten, vor Abschluß des Geschäftes Vorschüsse gezahlt und damit dann später um so leichter Einfluß auf die Preisfestsetzung ausgeübt haben. Nach Ansicht der Anklagebehörde waren diese Geschäfte wirtschaftlich nicht anderes als Darlehensgeschäfte mit Besetzung besonderer Rückzahlungsbedingungen. Labaschin und sein juristischer Berater sind dagegen der Meinung, daß er überhaupt keine Darlehensgeschäfte, sondern Kaufgeschäfte abgeschlossen habe, bei denen er nicht auf hohe Zinsen, sondern auf hohen Gewinn gerechnet habe.

Auch Labaschin, dem sehr hohe Gewinne zufielen, hat sich vor Abschluß der Geschäfte die genaueste Kenntniß von den Erwerbs- und Vermögensverhältnissen des Geldsuchenden verschafft, es aber stets vermieden, mit ihnen direkt über ihre Vermögenslage zu sprechen.

An Labaschin's Geschäften soll ein Rentier Eduard Löwe mit einer Einlage von 100 000 M. gegen 5 pCt. Zinsen und 10 pCt. Gewinntheil pro Jahr als stiller Gesellschafter theilhaftig sein. Außerdem stand Labaschin mit zahlreichen anderen Personen in Verbindung, die ihm gegen mäßige Zinsen Wechsel diskontirten, Darlehne gaben oder die erworbenen Hypotheken, Forderungen und Erbschaften abkauften. In verschiedenen Fällen erhöhte er seinen Gewinn dadurch, daß er die Geldnehmer veranlaßte, in Anrechnung auf die Valuta größere Mengen von Wein, Cognac oder Zigarren anzunehmen.

Den großen Zuspruch von Geldbedürftigen erhielt Labaschin durch Bekanntmachungen in den Zeitungen und insbesondere durch Vermittelung von Agenten; als solche sind etwa ein Duzend bekannt geworden.

Der Mitangeklagte Nies führte Labaschin Geldsuchende zu, machte außerdem auf eigene Faust ähnliche Geschäfte wie Labaschin, soweit seine Mittel reichten und ließ auch reine Darlehne zu 40 v. H. pro Jahr aus. Auch er stand wieder mit einer ganzen Anzahl von Agenten in Verbindung. Auch sein Geschäft ging so gut, daß er, trotz ursprünglicher Mittellosigkeit, ein Kapital von 30 000 M. angeammelt haben soll, was er aber bestritt.

Der Angeklagte Hempfer war seit Februar 1889 bei Labaschin Buchhalter. Er unterstützte letzteren in seinen Geschäften, theilhaftig sich zum Theil an den Geschäften des Nies und schloß gelegentlich selbständig Verträge mit den Darlehnern ab. Nebenbei besaß er sich, ebenso wie Rich, mit der Vertheilung zweifelhafter Forderungen gegen Uebel.

In diesen Thatsachen erblickt die Anklagebehörde bei allen drei Angeklagten die Thatbestandsmerkmale des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Wuchers, sie muß aber anerkennen, daß eine größere Zahl der von ihr herangezogenen Zeugen dem Labaschin ein günstiges Zeugnis über sein geschäftliches Verhalten ausgestellt und zum Ausdruck gebracht haben, daß sie sich ihm für seine bereitwillige Hilfe zu Dank verpflichtet fühlen.

Die Verhandlungen finden im kleinen Schwurgerichtssaale statt. Den Vorsth führt Landgerichtsrath Braun, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Strähler, als Beistandiger sind zur Stelle: Rechtsanwält Schönfeld, Justizrath Hering, und die Rechtsanwälte Dr. Cohnmann und Jacobson. Als gerichtliche Sachverständige für Hypotheken- und Grundstücks-Verhältnisse sind Geh. Kommissionsrath Liman und Kaufmann Ad. Oliven geladen.

Der Angeklagte Labaschin bestritt jede Schuld. Er habe keine Darlehne gewährt, sondern Forderungen ge- und verkauft. Sein juristischer Rathgeber sei Justizrath Hirsch gewesen, dem er alle seine Geschäfte zur Vorprüfung unterbreitet habe. Sobald Justizrath Hirsch ihm gesagt habe, daß irgend ein solches Geschäft nicht unbedenklich sei, habe er davon Abstand genommen. Er habe geglaubt, der Rechtskenntniß eines königlichen Notars und Justizraths folgen zu dürfen. Justizrath Hirsch habe alle diesbezüglichen notariellen Akte — etwa 1000 an der Zahl — für ihn aufgenommen. Er habe in den Jahren 1869—72 den Buchhandel erlernt, sich dann dem Börsen-Kommissionsgeschäft zugewandt und sei bis 1888 in der Porzellanfabrik von Adolf Heckmann thätig gewesen. Als er sich selbständig gemacht, habe er von dem jetzigen Rentier Eduard Löwe, Brücken-Allee 10, in dessen Kolonialwaaren-Geschäft er früher die Bücher geführt, eine Einlage von 100 000 M. erhalten. Das Vermögen, welches er sich erworben, beziffere sich nicht auf 300 000 M., sondern auf etwa 50—60 000 M. Er habe niemals in den Zeitungen annoncirt, niemals sich Agenten oder sogenannte „Schlepper“ gehalten, ebenso niemals jemand genaugen, Wein, Cognac zc. auf eine Valuta anzunehmen. Er müsse entschieden befreiten, verschleierte Wucherer-Geschäfte betrieben zu haben, bleibe vielmehr dabei, gewagte Kaufgeschäfte in der Form des Ankaufs von Erbschaften, Hypotheken zc. ge-

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Hiermit geben wir den Parteigenossen folgende Lokale bekannt, in denen von jetzt ab nur Beiträge erhoben werden. Wir ersuchen daher die Parteigenossen, sich die angegebenen Lokale und den Tag, an welchem die Kaffirung stattfindet, genau merken zu wollen.

Schönhauser Vorstadt:

428. Bezirk. Jeden Freitag nach dem 1. bei Mathes, Saarbrückerstr. 31.
427. " " Freitag nach dem 1. bei Blume, Prenzlauer Allee 13.
428. " " Freitag nach dem 1. bei Mathes, Saarbrückerstr. 31.
429. " " 2. Montag nach dem 1. bei Blume, Prenzlauer Allee 13.
430. " " Montag vor dem 15. bei Weile, Tempelinerstr. 7.
431. " " Freitag nach dem 1. bei Mathes, Saarbrückerstr. 31.
432. " " Freitag nach dem 1. bei Natuschke, Angermünderstr. 12.
433. " " Montag vor dem 15. bei Weile, Tempelinerstr. 7.
434. " " Montag vor dem 15. bei Weile, Tempelinerstr. 7.
435. " " Montag vor dem 15. bei Weile, Tempelinerstr. 7.
436. " " Montag vor dem 15. bei Weile, Tempelinerstr. 7.
437. " " Montag nach dem 15. bei Liehe, Schwedterstr. 33.
438. " " Freitag nach dem 1. bei Rogge, Zionskirchstr. 40.
439. " " Mittwoch nach dem 1. bei Dengler, Fehrbellinerstr. 81.
440. " " Montag vor dem 15. bei Weile, Tempelinerstr. 7.
441. " " Montag nach dem 15. bei Brück, Lothringersstr. 41.
442. " " Montag nach dem 15. bei Brück, Lothringersstr. 41.
443. " " 1. Freitag im Monat bei Freund, Prenzlauer Allee 232.
444. " " 1. Donnerstag im Monat bei Schmidt, Treseowstr. 24.
445. " " 2. Donnerstag im Monat bei Schmidt, Treseowstr. 24.
446. " " 2. Montag im Monat bei Rose, Weissenburgerstr. 18.
447. " " 2. Montag im Monat bei Rose, Weissenburgerstr. 18.
448. " " 2. Montag nach dem 1. bei Schmidt, Wörthersstr. 19.
449. " " Montag nach dem 1. bei Buchholz, Wörthersstr. 96.
450. " " 1. Montag im Monat bei Walter, Koflerstr. 13.
451. " " Mittwoch nach dem 1. bei Kamrad, Treseowstr. 40.
452. " " Montag nach dem 15. bei Gröbeler, Franzosenstr. 12.
453. " " Mittwoch nach dem 1. bei Pöschel, Hochmeisterstr. 13.
454. " " 1. Sonnabend im Monat bei Mörchel, Schön. Allee 28.
455. " " Sonnabend nach dem 1. bei Behnfeld, Schön. Allee 40.
456. " " Sonntag nach dem 1. bei Ruhl, Chorinerstr. 58.
457. " " Montag nach dem 15. bei Kuglitz, Kakanien-Allee 11.
458. " " Montag nach dem 15. bei Diehle, Schwedterstr. 33.
459. " " Mittwoch nach dem 1. bei Baumann, Oberbergstr. 28.
460. " " Montag nach dem 1. bei Merle, Oberbergstr. 16.
461. " " Montag nach dem 1. bei Donath, Foppel-Allee 8/4.
462. " " Montag nach dem 1. bei Schmidt, Buchholzerstr. 1.
463. " " Montag nach dem 15. bei Kamlow, Schön. Allee 55.
464. " " Mittwoch nach dem 1. im Jägerhaus, Schön. Allee 108.
Abteilungsführer: Carl Mars.

Rosenthaler Vorstadt:

443. Bezirk. Jeden Freitag nach dem 1. bei Brück, Lothringersstr. 41.
444. " " Freitag nach dem 1. bei Brück, Lothringersstr. 41.
445. " " Mittwoch nach dem 1. bei Geisler, Veteranenstr. 4.
446. " " Mittwoch nach dem 15. bei Biering, Veteranenstr. 19.
447. " " Sonntag nach dem 1. Vorm. bei Voigt, Fehrbellinerstr. 34.
448. " " Donnerstag nach dem 1. bei Voigt, Fehrbellinerstr. 34.
449. " " Mittwoch nach dem 15. bei Fischer, Anklamerstr. 34.
450. " " Montag nach dem 1. u. 15. bei Gabbert, Fürstenbergerstr. 5.
451. " " Montag nach dem 1. u. 15. bei Gabbert, Fürstenbergerstr. 5.
452. " " Montag nach dem 1. bei Trill, Zionskirchplatz 5.
453. " " 2. Mittwoch nach dem 1. bei Dolz, Swinemünderstr. 140.
454. " " Mittwoch nach dem 15. bei Wiske, Wollmerstr. 3.
455. " " Montag nach dem 1. u. 15. bei Gabbert, Fürstenbergerstr. 5.
456. " " Freitag nach dem 15. bei Diehle, Schwedterstr. 33.
457. " " Mittwoch nach dem 1. bei Salmann, Rheinsbergerstr. 38.
458. " " Donnerstag nach dem 1. u. 15. bei Welteroth, Gremmnerstr. 8.
459. " " letzten Montag im Monat bei Preeh, Rheinsbergerstr. 51.
460. " " Montag nach dem 15. bei Raabe, Ruppinerstr. 42.
461. " " Montag nach dem 15. bei Raabe, Ruppinerstr. 42.
462. " " Sonntag nach dem 1. Vorm. bei Schaper, Brunnenstr. 40.
463. " " Mittwoch nach dem 1. u. 15. bei Schaper, Brunnenstr. 40.
464. " " Montag nach dem 15. bei Draffe, Ruppinerstr. 38.
465. " " 3. Donnerstag im Monat bei Hoffmann, Bernauerstr. 47b.
466. " " Freitag nach dem 15. bei Hildebrandt, Bernauerstr. 89.
467. " " Montag nach dem 15. bei Weile, Swinemünderstr. 20.
468. " " Mittwoch nach dem 1. u. 15. bei Draffe, Ruppinerstr. 38.
469. " " Freitag nach dem 15. bei Weile, Swinemünderstr. 20.
470. " " Donnerstag vor dem 15. bei Bigel, Ackerstr. 145.
471. " " Montag nach dem 15. bei Merker, Bergstr. 10.
472. " " Montag nach dem 15. bei Merker, Bergstr. 10.
473. " " Donnerstag vor dem 15. bei Bigel, Ackerstr. 145.
474. " " Donnerstag vor dem 15. bei Bigel, Ackerstr. 145.
475. " " Donnerstag nach dem 15. bei Scholz, Bernauerstr. 90.
476. " " Mittwoch nach dem 1. u. 15. bei Reiter, Streifergstr. 64.
477. " " Donnerstag nach dem 15. bei Jungnick, Bernauerstr. 108.
478. " " Montag nach dem 15. bei Hildebrandt, Bernauerstr. 89.
479. " " Mittwoch nach dem 15. bei Buntzen, Süsslittenstr. 16.
480. " " Mittwoch nach dem 1. bei Lehn, Straßanderstr. 19.
Abteilungsführer: Otto Naalher.

Oranienburger Vorstadt:

513. Bezirk. Jeden Mittwoch nach dem 15. bei Krug, Süsslittenstr. 43.
514. " " 3. Donnerstag im Monat bei Bräuner, Gartenstr. 77.
515. " " 3. Donnerstag im Monat bei Bräuner, Gartenstr. 77.
516. " " 2. Mittwoch im Monat bei Hilgenfeld, Bergstr. 60.
517. " " 2. Donnerstag im Monat bei Kramm, Ackerstr. 50, Keller.
518. " " 2. Donnerstag im Monat bei Kramm, Ackerstr. 50, Keller.
519. " " 2. Sonntag im Monat bei Diezberg, Ackerstr. 125.
520. " " 2. Mittwoch im Monat bei Hilgenfeld, Bergstr. 60.
521. " " Mittwoch nach dem 1. bei Thomas, Gartenstr. 152, Keller.
522. " " Mittwoch nach dem 1. bei Thomas, Gartenstr. 152, Keller.
523. " " Mittwoch nach dem 1. bei Thomas, Gartenstr. 152, Keller.
524. " " Mittwoch nach dem 1. bei Thomas, Gartenstr. 152, Keller.
525. " " Mittwoch nach dem 15. bei Kasper, Vorfigstr. 9.
526. " " Mittwoch nach dem 15. bei Kasper, Vorfigstr. 9.
527. " " Mittwoch nach dem 15. bei Kasper, Vorfigstr. 9.
528. " " Mittwoch nach dem 15. bei Kasper, Vorfigstr. 9.
529. " " Donnerstag nach dem 1. bei Gröbning, Chausseest. 98.
530. " " Mittwoch nach dem 15. bei Kasper, Vorfigstr. 9.
531. " " Donnerstag nach dem 1. bei Gröbning, Chausseest. 98.
532. " " Donnerstag nach dem 15. event. am 15. bei Obst, Scharnhorststraße 37.

533. Bezirk. Jeden Donnerstag nach dem 15. event. am 15. bei Obst, Scharnhorststraße 37.
534. " " Donnerstag nach dem 15. event. am 15. bei Obst, Scharnhorststraße 37.
535. " " Donnerstag vor dem 15. bei Hecht, Chausseest. 52, Hof p.
536. " " Donnerstag vor dem 15. bei Hecht, Chausseest. 52, Hof p.
537. " " Mittwoch nach dem 15. bei Gieshoit, Bogenstr. 40.
538. " " Donnerstag vor dem 15. bei Gieshoit, Bogenstr. 40.
539. " " Donnerstag nach dem 15. bei Weitsch, Chausseest. 64.
540. " " Mittwoch nach dem 1. bei Poillon, Schulzenborferstr. 18a.
Abteilungsführer: Eugen Ernst.

Wedding:

541. Bezirk. Jeden 3. Donnerstag im Monat bei Tauschel, Grenzstr. 4.
542. " " 4. Donnerstag im Monat bei Tauschel, Grenzstr. 4.
543. " " 4. Freitag im Monat bei Behrend, Gerichtsstr. 75.
544. " " 3. Donnerstag im Monat bei Kerber, Hochstr. 30.
545. " " 1. Montag im Monat bei Gade, Fennstr. 17.
546. " " 2. Mittwoch im Monat bei Buchwald, Fennstr. 10.
547. " " 1. Freitag im Monat bei Bergmann, Müllerstr. 10/11.
548. " " 1. Donnerstag im Monat bei Förster, Dallsdorferstr. 17.
549. " " 1. Donnerstag im Monat bei Bergmann, Müllerstr. 10/11.
550. " " 1. Montag im Monat bei Stephan, Müllerstr. 25.
551. " " 2. Mittwoch im Monat bei Schulz, Gerichtsstr. 59.
552. " " 1. Sonntag im Monat bei Kranz, Müllerstr. 159a.
553. " " 3. Mittwoch im Monat bei Brände, Tegelerstr. 26.
554. " " 1. Mittwoch im Monat bei Lusche, Müllerstr. 34.
555. " " 1. Mittwoch im Monat bei Lusche, Müllerstr. 34.
556. " " 3. Dienstag im Monat bei Heising, Schulstr. 114.
557. " " 2. Dienstag im Monat bei Berth, Cudenarstr. 10.
558. " " 4. Dienstag im Monat bei Schröder, Wiesenstr. 99.
559. " " 2. Montag im Monat bei Baumüller, Schulstr. 40.
560. " " 1. Montag im Monat bei Treann, Adolfsstr. 15.
561. " " 1. Mittwoch im Monat bei Marks, Prinz Eugenstr. 22.
562. " " 1. Mittwoch im Monat bei Herzog, Reinickendorferstr. 133.
563. " " 3. Donnerstag im Monat bei Neumann, Pasewalkerstr. 3.
564. " " 3. Montag im Monat bei Seidel, Gerichtsstr. 19.
565. " " 1. Mittwoch im Monat bei Poland, Panstr. 49.
566. " " 3. Mittwoch im Monat bei Wanz, Wiesenstr. 6.
567. " " 1. Donnerstag im Monat bei Pape, Kolbergerstr. 23.
Abteilungsführer: Eugen Gaborn.

Gesundbrunnen:

493. Bezirk. Jeden Mittwoch nach dem 15. bei Gries, Brunnenstr. 80, Ecke Rügenstraße.
494. " " Mittwoch vor dem 15. bei Manke, Puttbuscherstr. 25.
495. " " Freitag nach dem 15. bei Biemer, Demminerstr. 15.
496. " " Donnerstag nach dem 1. u. 15. bei Hermann, Puttbuscherstr. 45.
497. " " Freitag nach dem 1. u. Sonntag nach dem 15. bei Krusch, Rügenstr. 15.
498. " " Mittwoch nach dem 1. bei Renter, Swinemünderstr. 45.
499. " " Donnerstag nach dem 15. bei Gries, Brunnenstr. 89.
500. " " Donnerstag nach dem 1. bei Fittinger, Uesdomstr. 22.
501. " " Donnerstag vor dem 15. bei Joest, Hochstr. 33.
502. " " Donnerstag nach dem 1. u. 15. bei Kerstin, Panstr. 32b.
503. " " 2. Mittwoch im Monat bei Hodein, Puttbuscherstr. 2.
504. " " Donnerstag v. d. 15. bei Hemmerling, Grünthalerstr. 3/4.
505. " " Freitag nach dem 1. bei Daclavici, Steintinerstr. 9.
506. " " Montag nach dem 1. u. 15. bei Hoyerland, Bellermaunstr. 67.
507. " " Donnerstag nach dem 1. bei Sende, Briegenerstr. 6.
508. " " Mittwoch vor dem 15. bei Pisch, Soldinerstr. 37-38.
509. " " Donnerstag nach dem 15. bei Kogler, Prinzen Allee 14.
510. " " Mittwoch nach dem 15. bei Wolfram, Prinzen Allee 21.
511. " " Mittwoch vor dem 15. bei Henschke, Greergerstr. 4b.
512. " " Donnerstag nach dem 1. bei Wehner, Koloniestr. 40.
Abteilungsführer: W. Brinkmann, Prinzen-Allee 67, 2 Tr.
Abteilungskassier: Paul Haforland, Bellermaunstraße 87.
Zahlstellen nur für Aufnahmen W. Wolfram, Prinzen-Allee 21, Gust. Herrmann, Puttbuscherstr. 45.

Moabit:

557. Bezirk. Jeden Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
558. " " Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
559. " " Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
560. " " 2. Montag nach dem 1. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
561. " " Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
562. " " Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
563. " " Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
564. " " Montag nach dem 1. bei Köhler, Calvinst. 11.
565. " " 3. Sonnabend nach dem 1. bei Drendel, Jagowstr. 16.
566. " " Donnerstag nach dem 15. bei Feder, Gohlowskystr. 8.
567. " " 1. u. 2. Montag nach dem 15. bei Hensler, Beusselstr. 19.
568. " " Donnerstag vor und nach dem 15. bei Nig, Beusselstr. 62.
569. " " Mittwoch nach dem 15. bei Haber, Waldstr. 57.
570. " " Mittwoch nach dem 1. bei Dummer, Wilhelmshavenerstr. 13.
571. " " Dienstag nach dem 15. bei Schirmer, Emdenerstr. 47.
572. " " Dienstag nach dem 15. bei Schirmer, Emdenerstr. 47.
573. " " Donnerstag nach dem 15. bei Dummer, Wilhelmshavenerstr. 13.
574. " " 2. Donnerstag nach dem 1. bei Perschke, Havelbergerstr. 37.
575. " " Montag nach dem 1. bei Gerlach, Lüderstr. 46.
576. " " Montag nach dem 1. bei Meier, Lüderstr. 27.
577. " " 3. Montag nach dem 1. bei Lange, Stromstr. 28.
578. " " 2. Donnerstag nach dem 1. bei Perschke, Havelbergerstr. 37.
579. " " Montag nach dem 1. bei Hart, Puttbuscherstr. 9.
580. " " 2. Dienstag nach dem 1. bei Geppert, Perlebergerstr. 6.
581. " " Donnerstag nach dem 1. bei Graf, Stephanstr. 53.
582. " " Montag nach dem 15. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
583. " " 2. Montag nach dem 1. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
584. " " 2. Montag nach dem 1. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
585. " " Montag nach dem 1. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
586. " " 2. Montag nach dem 1. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
587. " " Mittwoch nach dem 15. bei Geppert, Perlebergerstr. 6.
588. " " Montag nach dem 1. bei Hermerichmidt, Perlebergerstr. 28.
589. " " Mittwoch nach dem 15. bei Lobbin, Stephanstr. 65.
590. " " Mittwoch nach dem 1. bei Pfarz, Puttbuscherstr. 9.
591. " " Mittwoch nach dem 1. bei Jaddan, Lehrterstr. 40a.
592. " " Mittwoch nach dem 1. bei Jaddan, Lehrterstr. 40a.
Abteilungsführer: Renner.

Bekanntmachung. Orts-Krankenkasse des Töpfer-Gewerbes zu Berlin.

Freitag, den 5. April, abends 6 Uhr,
General-Versammlung
der Mitglieder (Arbeitnehmer) im Lokale
des Herrn **Buske**, Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Erziehung der Delegierten.
(42 Arbeitnehmer).
2. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Freitag, den 5. April, abends 8 Uhr:
Ordentliche
General-Versammlung
der Delegierten (Arbeitgeber u. Arbeit-
nehmer) im Lokale des Hrn. **Buske**,
Grenadierstr. 33.
Tages-Ordnung:
1. Jahres-Rassenbericht und Bericht
der Revisionen pro 1894.
2. Bericht des Vorstandes über seine
Thätigkeit.
3. Abänderung des § 29 des ersten
Nachtrages zum Statut.
4. Erziehung des Vorstandes. (Zwei
Arbeitnehmer).
5. Beschlussfassung über den Vertrag
mit d. Verein d. freigeählten Kassenärzte.
6. Beschlussfassung über den Beitritt
zu einem Verbands gemäß § 46 des
Kranken-Versicherungsgesetzes.
7. Verschiedene Kassenangelegenheiten.
Zahlreiches u. pünktliches Erscheinen
ist notwendig.
245/1 Der Vorstand.

Achtung!
Zahn- der Bilderrahmenmacher
Berlins und Umgegend.
Sonnenb., den 30. März 1895,
abends 8 1/2 Uhr:
II. Stiftungsfest
in Cohn's Postsaal,
Beuthstraße 20/22 (Industrie-Gebäude).
Hypnotischer Vortrag
mit Experimenten.
Nachdem: **Tanz.**
Festrede, gehalten vom Gen.
O. Antrick.
Hierzu ladet freundlichst ein
335b Das Comité.

Alte Stiefel, gr. Rudow, West. u.
Reparat. restl. u. bill.
Runge, Adalbertstr. 86. (942b)

Trinkt

Holz-Kaffee-Hof

In
allen
Kolonial-
waren-
handlungen.
Packet 200 Gr.,
35 Tassen 10 Pf.

Arbeitsmarkt.
Tüchtige Versilberer
finden dauernde Beschäftigung bei
A. Rechtenbach,
Stondal, Goldleisten-Fabrik.

Ein Walker,
welcher vollständig vertraut ist mit Berl.
Ballwaare, Satin, Geneset, Geviert u.
findet dauernde Beschäftigung. Adr. u.
Chiffre L. L. i. d. Exp. d. Bl. 889b

Languetten-Damenhanden,
hochfeine Waare.
Herrn nachtheilenden, Primawaare.
1/4 Dgd. 4,50 M. D. Meyerson, Poststr. 7.

Möbelpolierer!
Wegen Differenzen ist der Bezug
von Polierern bei **Veridez**, in Firma
Rückwardt & Riegel, Wienerstr. 50,
und **Dräsel**, Admiraistr. 7, bis auf
weiteres ferngehalten. 201/20

Tischler-Verein.
Sonnabend, den 30. März, ev.,
abends 9 Uhr, Meißelstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
Vortrag des Herrn **Jahn** über:
Städte und Wälder im
Mittelalter.
Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden auf § 3 des
Statuts aufmerksam gemacht.
840b Der Vorstand.
Unfalljaden, Klagen, Eingaben,
Putzger, Steglitzerstr. 65

Rohrleger u. Gehilfen!
Sonntag, den 31. März, vormittags 10 Uhr, bei **Schneider**
(Ehrenberg), Annenstr. 16:
Grosse öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bericht des Vertrauensmanns und Neuwahl desselben.
2. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer.
3. Diskussion.
4. Stellungnahme zum 1. Mai.
5. Verschiedenes.
Es ist Pflicht eines jeden Kollegen in dieser Versammlung zu
erscheinen, keiner darf fehlen.
67/11 Der Vertrauensmann.

Achtung! Charlottenburg. Achtung!
Große öffentliche Versammlung
der Glasarbeiter Charlottenburgs u. Umgegend
Sonntag, den 31. März, nachmittags 2 Uhr,
im großen Saale „**Bismarckhöhe**“, Wilmersdorferstr. 39.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Flemming** über: „Die wirtschaftliche Lage
der arbeitenden Klasse.“ 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Um recht zahlreichen Besuch bittet 124/6
Der Einberufer.
Künstl. Zähne 2 M. Vollst. schmerzlos. Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Rep.
sof. Theilz Zahnarzt **Wolf**, Leipzigerstr. 22. Spr. 8-7 Uhr.

Die Hilfe,
Christlich-soziales Wochenblatt
Herausgegeben von
Pfarrer Naumann in Frankfurt a. M.
sucht an allen Orten Agenten.
Preis vierteljährlich 50 Pf.
durch Agenten; 1 M. durch die Post.
Probenummern
bei der Expedition, Frankfurt a. M.,
Obermainstr. 2 zu verlangen. 47/27

Achtung!
Zahnerfabr. auch Theilfabr., wöchentl.
1 Mark, G u d e l, Kaiserplatz 2,
Eiffelstr. 12.

**Möbel-
Gelegenheitskauf**
zu außergewöhnlich billigen Preisen.
Für Brautleute ganze Einrichtungen
von 200-1000 M. Theilzahlung ge-
stattet. Elegante Nußbaum- u. Mahagoni-
Kleiderspinden und Vertikows 30 M.,
einfache 15 M., Sophas, Bettstellen
mit Matratzen 20 M., Waschtiseltten,
Küchenspinden, Kommoden 12 M.,
Stühle 3 M., Sophasische 6 M.,
Säulen-Trumeaux 65 M., Plüsch-
garnitur 60 u. 100 M., Muschelspinden
40 M., Paneelsofhas 80 M., Buffets,
Silberchränke, Herren-Schreibtische,
Schreibsekretäre, Zylinder-Bureau,
Spiegel. Wenig gebrauchte Möbel zu
halben Preisen und sollte es niemand
verkümmern, der gut und reell kaufen
will, mein großes Lager zu besichtigen.
Bekante Möbel werden bis 1. Mai
kostenfrei aufbewahrt, transportiert
und aufgestellt. 1884E
Schützenstr. 2, Möbelfabrik.

Weißensee!!
Den Genossen wie Interessenten die
Mittheilung, daß die Parteipedition
für Zeitungen und Literatur nach wie
vor sich bei 1980E

H. Klar, Sedanstr. 21,
befindet. Dasselbst Annoncen-Aannahme.

Zum bevorstehenden Wohnungswechsel
empfehle ich bei pünktlicher Lieferung den
„Vorwärts“. 1889E
Max Kirsch, Zeitungsredakteur,
Mitterstr. 107, Ecke Prinzenstr. 28.

**Ausverkauf von englischen
Füll-Gardinen
spottbillig, D. Meyerson, Poststr. 7.**

Plüschgarnitur Verzug halber bill.
Kl. Frankfurtstr. 22,
1 Treppe links. 8436E

Kalbsteif von 40-50 Pf. à Pfd.
täglich Auguststr. 50a.

Kamerun (König. Wiesen) 3 Min.
hinter der Pumpstation zu verpacken.
K. 40 Pf. Näheres Wienerstr. 30,
Querg. 2 Tr. bei G. Woitschach.

Brieftaschen, einzelne, wie ganze
Sammlungen,
kauft Kaim, Friedrichstr. 280.

Arbeitsanzüge W. Fahr,
Brunnenstr. 112.

Nußbaum-Möbel
verf. schleimig Kleiderchränke, Wäsche-
chränke, Spiegel 19, Ausziehtisch,
Sophasisch 9, Oelgemälde, prachtvolle
Köpfe 4.50, Bettgestelle 12, Plüschgarni-
Schlagregul., Teppiche, Gardinen spott-
billig Landwehrstr. 5/6, 1. (Nähe
Alexanderplatz).

Wichtig
für
Installateure!

„Gas-Glühlicht Gautzsch“

Wichtig
für
Installateure!

Hierdurch die ergebene Mittheilung, dass ich Herrn E. Billeit,
Kaiser Franz-Grenadier-Platz 2, meine Vertretung für Berlin
und Umgegend entzogen habe.

C. Gautzsch, Amsterdam.

Gautzsche Brenner und Glühkörper **nur echt**
durch unsere Firma zu beziehen.
Glühkörper zu den von dem bisherigen Vertreter,
Herrn E. Billeit, bezogenen Apparaten liefern wir bereit-
willigst nach.

„Gas-Glühlicht Gautzsch“
G. m. b. H.
Berlin, Anhalt-Str. 14.

Möbel-Magazin
C. Wildberger, Lübeckerstr. 31 (Moabit).
Große Auswahl in eleganten und einfachen Möbeln.
Preise äußerst billig bei nur solider Ausführung.

14. Brunnenstr. 14.
Billigste Bezugsquelle
für
Mehl, Mühlenfabrikate, Hülsenfrüchte u. Kolonialwaren
im Spezial-Geschäft
Lust & Co.
14. Brunnenstr. 14.
Berlin N.

Zum Umzug! Haus- und Küchengeräthe
billigst.
Sämmtliche Eisenwaaren! Hermann Schröder
Blumenstr. 69, Ecke Marallusstr.
Möbel, Spiegel u. Polsterwaaren liefert
zu billigen Preisen in reichster Auswahl
die Fabrik Frucht-Strasse 25, part.
LINOLEUM-RESTE Wachstuchreste, Gummitischdecken, auch
fehlerrhafte, sehr billig. Gröner Weg 102.
Achtung! Saal (ca. 400 Pers.) **Bühne** s. 1. Osterfeiertag
noch zu vergeben.
Buske (früher Seefeld), Grenadierstr. 33.
Ebel's Caféhalle, Seydelstr. 17, Ecke Alte Jakobstraße.
Raffee 10-15, Chocolade 15, Bier 10 Pf. [250b]

Täglich, auch Sonntags Vorm. von
7-9 Uhr:
**Verkauf von gefohtem
Rind- u. Schweinefleisch**
à 30-40 Pf. per Pfd.
Rückenfett à 45 Pf. per Pfd.
**Verwaltung der Kochanstalt
Central-Viehhof.**

Bitte lesen Sie!
Jedem Genossen, der seinen Bedarf
an **Commer-Paletots, Anzügen,**
einzelnen
Höcken, Jagnets, Hosen, Westen,
Hüten, Stiefeln u. ferner Betten,
Wäsche, Waschtiseln, Koffer, Schirme
billig und gut kaufen will, empfehle
mein reichhaltiges Lager in alt u. neu.

A. Wergien,
Schneidermeister und Parthiewaaren-
Händler,
127 Skalitzerstraße 127.
Bestellungen nach Maß werden
gut und billig ausgeführt.
Bitte sehr, recht genau auf Namen
und Hausnummer zu achten.
Bruchbandagen
aller Art (eigenes Fabrikat), sowie
sämmliche Artikel zur Kranken-
pflege empfiehlt
**J. Ch. Pollmann, Linden-
straße 30.**
Lieferant für Orts- u. Hilfs-Krankenk.

Buchhandlung des „Vorwärts“
Berlin SW., Seuth-Strasse 2.
Die Emser Depesche
oder
Wie Kriege gemacht werden.
Von **W. Liebknecht.**
Sechste vermehrte Auflage.
4 1/2 Bogen Oktav.
Preis 30 Pf. Porto 5 Pf.
Vorstehende Schrift verdient
Angeichts des von den Bismarck-
Schwärmern zu dessen 80. Geburts-
tag geplanten Nummerns die weiteste
Verbreitung, da sie den „Heros des
Jahrhunderts“ in die richtige
Beleuchtung rückt.

Muschelmöbel, spottbillig, verk. In-
validenstr. 157, II. 1.

**J. Sturm, Münzstrasse 5,
Friedrichstr. 25/26**
Bonbon, Marzipan, Confituren.
Bei Erhält, Husten u. mache man
einen Versuch in Sturm's Pectoral-
Bonbon, per Packst 20 Pf.

Gelegenheitskauf
für Brautleute: Im Möbelspeicher
Neue Königstr. 59, vorn 1., sollen über
100 Wirtschaftseinrichtungen, kurze
Zeit vertriehen gewesene u. neue Möbel
spottbillig verkauft werden. Ganze
Einrichtungen 100, 150, 200-1000 M.
Theilzahlung gestattet. Beamten ohne
Anzahlung. Kleiderspinden 15, Küchen-
spinden, Kommoden 12, Sophas 15 M.,
Bettstellen mit Sprungfeder-Matratzen
18, Nußbaum-Kleiderspinden 30, Stühle
3 Mark, hochseine Muschelspinden
40, Plüschgarnituren 60 Mark, Herren-
schreibtische, Damenschreibtische 30,
Cylinderbureau, Schreibsekretäre 15
Mark, Garderobenspinden, Paneel-
sofhas 75, Buffets, Trumeaux 65 M.,
Betten, Confituren, alles spott-
billig. Auch einzelne Gegenstände
werden zu Engrospreisen verkauft.
Empfehle allen Herrschaften, mein
größtes Möbellager Berlins zu be-
sichtigen u. sich von den staunend billigen
Preisen zu überzeugen. Bekante Möbel
bleiben bis April kostenfrei stehen
spanne transportirt und aufgestellt.

Rohrtabak.
Größte Auswahl! Billigste Preise!
Lager in Formen, Bockfagons.
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstraße Nr. 185.

**Sophastoff-
Reste**
in Kips, Damast, Crêpe,
Phantast, Gobelin und
Plüsch spottbillig!
Proben franko!
in allen Qualitäten zu
Fabrikpreisen.
**Emil Lefèvre, Berlin S.,
Oranienstraße
158.**
Rinderwagen beschaffte Fabrik-
angestellter
Privatleuten zu Engrospreisen. Näheres
Lindenstraße 16, 1 Tr.
Wir kaufen größere Posten Kalb-
leder, Abfälle für Portefeulleswede.
M. Gunzenhäuser & Co., Schmidstr. 49.

Grösstes Spezial-Reste-Geschäft

BERLIN C.,
Rosenthalerstr. 53 Mandowsky & Co., Ecke Weinmeister-Strasse,
Erste Etage.

Zu wirklich billigen Preisen werden alle Arten

Reste

Streng feste Preise!

Unterröcke
in weissen und farbigen Stoffen.

Coulante Bedienung!

Schürzen,
Tücher und Haushaltungs-
Schürzen enorm billig.

der Manufakturwaarenbranche zum Verkauf gebracht.

Wir offeriren:

Gardinen, Portiären, Teppiche, Läuferstoffe, Sämmtliche Lutterstoffe, Leinen, Gardende etc. etc.	Eisendraht, Kaffeedecken, Schlaf- und Pferdedecken, Vorleger etc., Tuche, Packhins, Bettzeuge, Dullette etc. etc.	Schürzen- Shirting- Kattun-	Reste.
--	--	-----------------------------------	---------------

Umtausch bereitwilligst gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: J. Dietl (Emil Roland) in Berlin. Druck und Verlag von Max Sading in Berlin, SW., Seuthstraße 2.